



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie



1 2 3 4 5 6 7 8 9 11 12

Oktober

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht
Oktober 2009

www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Redaktionsteam „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“
sdw@bmwi.bund.de

Redaktionsschluss:

22. September 2009

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Druck

Silber Druck oHG, Niestetal

Bildnachweis

Corbis (Titel)

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
10115 Berlin
www.bmwi.de

Bestellservice:

Buero-IA8@bmwi.bund.de

Der Umwelt zuliebe gedruckt
auf 100% Recyclingpapier.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie ist mit dem audit berufundfamilie® für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

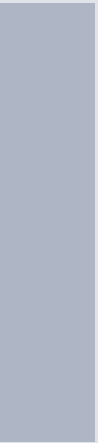


Freiheit
Einheit
Demokratie

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht
Oktober 2009



Zur Sache

Handwerk hat goldenen Boden, heißt es. Fast eine Million Handwerksbetriebe beschäftigen fast fünf Millionen Erwerbstätige. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden die Basis für den Erfolg der Firmen. Doch viele Betriebe müssen noch die demografischen Herausforderungen annehmen, die sich im Altersaufbau der Bevölkerung bereits ankündigen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn haben sich drei Viertel aller Handwerksbetriebe mit dem Thema des demografischen Wandels beschäftigt – weniger als im gesamten Mittelstand. Demnach besteht im Handwerk Nachholbedarf, etwa in der Nachwuchsgewinnung, die als echte strategische Herausforderung angesehen werden sollte. Unser Schlaglichterartikel berichtet, wie die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ das Handwerk anspricht und bei der Entwicklung neuer Unternehmensstrategien unterstützt.

Wissensintensive Dienstleistungen sind in allen entwickelten Volkswirtschaften zu einem wahren Innovationsmotor geworden. Denn die Märkte für wissensintensive Dienstleister wachsen schneller als andere Märkte. Die Bandbreite ist groß: Von Software-Diensten über Unternehmensberatungen bis hin zu Ingenieurbüros werden Unternehmen den wissensintensiven Dienstleistern zugeordnet. Innovationen in diesem Bereich sind oft keine technischen Innovationen. Neue Formen der Prozessorganisation zählen ebenso dazu wie innovative Servicestrukturen. Ein Beitrag im Monatsbericht informiert darüber, wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wissensintensive Dienstleister gezielt mit Förderprogrammen unterstützt.

Auch die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört zum Dienstleistungssektor. Bei dieser Branche stellt sich die Frage, welcher Teil der Wirtschaft unter die-



sem Begriff gefasst wird und was diesen Wirtschaftszweig gegenüber anderen auszeichnet. Das war der Untersuchungsgegenstand eines Forschungsgutachtens, das von der Bundesregierung auf Empfehlung der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ in Auftrag gegeben und Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurde. Insgesamt hat die Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2008 mit 63 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung beigetragen und liegt damit in ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung zwischen der chemischen Industrie und der Automobilindustrie. Die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche weiter zu stärken und ihre Wachstums- und Beschäftigungschancen besser auszuschöpfen. Auch darüber berichten die Schlaglichter.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "K. T. Guttenberg". The signature is fluid and cursive, written over a light blue background.

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Inhalt

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen6
Aktuelles7
Demografischer Wandel – Herausforderung für das Handwerk8
Wissensintensive Dienstleistungen – ein bedeutender Innovationsmotor in Deutschland16
Ein Jahr Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft – Ergebnisse und Perspektiven20
II. Wirtschaftliche Lage27
Überblick28
Internationale Wirtschaftsentwicklung30
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland32
III. Übersichten und Grafiken45
1. Gesamtwirtschaft46
2. Produzierendes Gewerbe54
3. Privater Konsum62
4. Außenwirtschaft64
5. Arbeitsmarkt66
6. Preise72
7. Monetäre Entwicklung76
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse78
Verzeichnis der Fachartikel zum Monatsbericht von Juli 2007 bis September 200980

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Aktuelles

Fallversuchsanlage und Sprengplatz

Mit einem Tag der offenen Tür feierte die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) am 9. September 2009 die Auszeichnung des Testgeländes Technische Sicherheit (TTS) in Horstwalde bei Berlin als „Ausgewählter Ort im Land der Ideen 2009“ mit mehr als 3.000 Besuchern. Mehr als 24 Millionen Euro wurden in die technischen Anlagen auf dem Gelände investiert. Damit sind weltweit nahezu einmalige Untersuchungen zum chemischen und mechanischen Verhalten von Substanzen und Systemen möglich. Das Testgelände hat Bedeutung für die chemische Industrie sowie für den Bau-, Verkehrs- und Energiesektor.

Gewachsene Tradition

Die Anfänge des Testgeländes reichen bis ins Jahr 1871 zurück, als das Preußische Kriegsministerium die Verlagerung des Schießplatzes Tegel der Artilleriekommission in den Kammersdorfer Forst beschloss. Es war zufällig das Jahr, in dem die Vorläufereinrichtung der BAM, die Preußische Königliche mechanisch-technische Versuchsanstalt, ihre Arbeit in Berlin aufnahm. In den folgenden Jahrzehnten wurde das Gelände zur technischen Versuchsanlage insbesondere für Rad- und Kettenfahrzeuge ausgebaut, wovon noch heute die Steigungsbahnen und andere Wegstrecken zeugen.

Technische Anlagen

Unter den Prüfeinrichtungen ist die 36 Meter hohe Fallversuchsanlage hervorzuheben und deren wesentliches Element, das unnachgiebige 2.500-Tonnen-Fundament. Mehrere Brandprüfstände können eingesetzt werden, wenn für Prüfungen oder wissenschaftliche Untersuchungen ein offenes Feuer erforderlich ist. Sie werden

hauptsächlich zur Untersuchung der thermischen Belastbarkeit von Gefahrgutumschließungen verwendet. Damit werden sicherheitstechnische Konzepte für Lagertanks, Tankfahrzeuge, Zwischen- und Endlagerbehälter für radioaktives Material sowie zur Druckbehälterauslegung entwickelt. Mit der Verwendung eines Propan-Gemisches für die Brandprüfung gegenüber dem früher vielfach verwendeten Heizöl trägt der neue Brandprüfstand erheblich zur besseren Umweltverträglichkeit des Untersuchungsverfahrens bei. Der im Übrigen weitgehend naturbelassene Boden ermöglicht Langzeitprüfungen im Freiland, beispielsweise um die Haltbarkeit und Wirksamkeit von Holzschutzmitteln zu untersuchen.

Zentrales Element ist der Sprengplatz. Er hat einen Durchmesser von 400 Metern und ist durch einen Ringwall eingefasst. Die Sicherheitsabstände sind so bemessen, dass Versuche bis zu einem TNT-Äquivalent von 150 Kilogramm durchgeführt werden können, wie sie für den Gefahrguttransport oder die Klassifizierung chemischer Stoffe erforderlich sein können.

Forschung und Zusammenarbeit

Die außerordentliche Ausstattung des Geländes zieht Forschungseinrichtungen und Industrielaboratorien aus dem In- und Ausland an. Regelmäßig finden Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen statt, für die ein Tagungszentrum zur Verfügung steht. Hier treffen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt, die gemeinsam mit der BAM Themen der technischen Sicherheit bearbeiten.

(BAM Testgelände Technische Sicherheit im Internet: www.tts.bam.de)



Brandprüfstand für zerstörende Versuche zur Prüfung der thermischen Belastbarkeit von Behältern

Demografischer Wandel – Herausforderung für das Handwerk

Zum Handwerk gehören fast eine Million Betriebe mit fast fünf Millionen Erwerbstätigen. Doch nur wenige Betriebe sind auf alternde Belegschaften und andere Herausforderungen vorbereitet, die mit den Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung einhergehen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn haben sich lediglich drei Viertel aller Handwerksbetriebe bereits mit dem Thema des demografischen Wandels beschäftigt – deutlich weniger als im gesamten Mittelstand. Dies zeigt, dass im Handwerk Nachholbedarf besteht, etwa in der Nachwuchsgewinnung, die die Betriebe als strategische Herausforderung begreifen müssen. Mit der Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ des BMWi und des BMFSFJ wird das Handwerk angesprochen und bei der Entwicklung neuer Unternehmensstrategien unterstützt.

Angebots- und nachfrageseitige Spannungsfelder

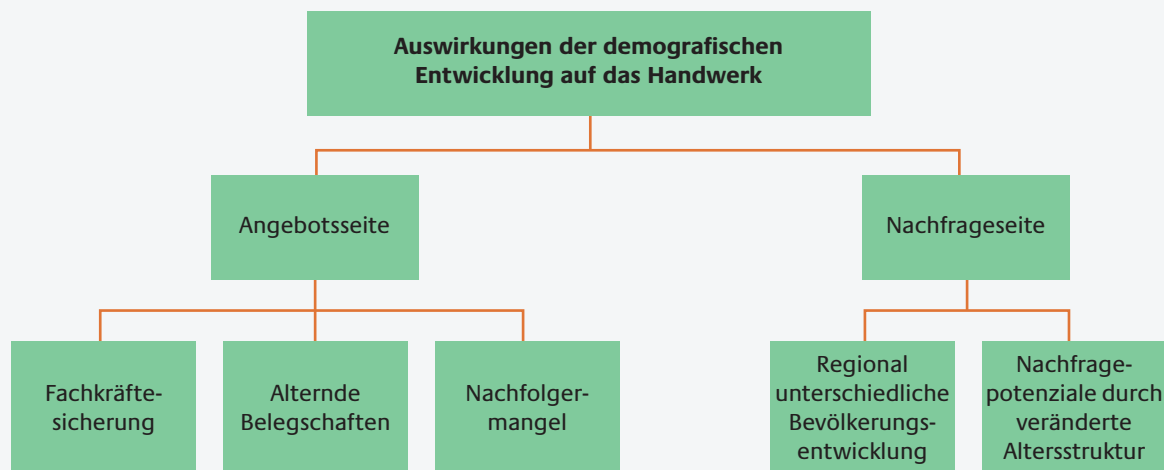
Das Handwerk ist eine wichtige Säule der deutschen Volkswirtschaft. Dies gilt für seine wirtschaftliche Leistung und insbesondere für die Humankapitalbildung durch seine hohe Ausbildungsleistung und ein breites Weiterbildungsangebot. Auch der Anteil der Beschäftigten, der Betriebe und der Existenzgründungen ist beachtlich. So gehört beispielsweise jedes vierte Unternehmen zum Handwerk und jeder achte Beschäftigte kommt aus diesem Wirtschaftsbereich.

Insgesamt umfasst die Wirtschaftsgruppe „Handwerk“ 967.201 Betriebe, in denen rund 4,84 Millionen Erwerbstätige beschäftigt sind. Davon sind 472.000 Auszubildende; das entspricht 29,3 Prozent der Gesamtzahl der Auszubildenden in Deutschland. Durch seinen erwirtschafteten Umsatz von rund 490,5 Milliarden Euro stellt es einen sehr bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

Der demografische Wandel bewirkt tiefgreifende Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung. Dadurch kommen auch auf das Handwerk vielfältige Herausforderungen zu, sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Diese müssen rechtzeitig angegangen werden, damit das Handwerk seine Position in Wirtschaft und Gesellschaft behaupten kann (vgl. Abbildung 1).

Auf der Angebotsseite bzw. der betrieblichen Ebene stellen sich essenzielle Fragen zur Fachkräfte- und Nachwuchssicherung im Handwerk aufgrund des zu erwartenden Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials. Die vorhandenen Mitarbeiter möglichst lange im Betrieb zu halten bzw. die Betriebsbindung zu erhöhen, bietet hier eine Möglichkeit, die sich verschlechternden Chancen auf dem Arbeitsmarkt zur Deckung des Fachkräftebedarfs zumindest ein Stück weit zu umgehen. Dabei werden die Handwerksbetriebe jedoch in zunehmendem Maße mit alternenden Belegschaften konfrontiert, die eine altersgerechte Arbeits- und Personalpolitik erfordern. Einen

Abbildung 1



dritten Aspekt auf der Angebotsseite schließlich stellt der Generationswechsel bzw. die Unternehmensnachfolge im Handwerk dar, die durch den zum großen Teil demografisch bedingten Rückgang der Zahl potenzieller Übernehmer gefährdet ist. Dadurch kann es möglicherweise zu Schließungen wirtschaftlich kerngesunder Betriebe kommen, da keine Nachfolger vorhanden sind.

Auch auf der Nachfrageseite wird das Handwerk durch den demografischen Wandel herausgefordert. Infolge des Bevölkerungsrückgangs könnte es – regional in sehr unterschiedlichem Ausmaß – auch zu Nachfrageausfällen kommen. Aufgrund der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung eröffnen sich dem Handwerk jedoch zahlreiche neue attraktive Marktfelder und Betätigungsmöglichkeiten.

Obwohl über die Probleme im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel seit Langem berichtet wird, sind nur wenige Handwerksbetriebe auf die Risiken und Chancen des demografischen Strukturwandels ausreichend vorbereitet. Nach einer Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM Bonn) haben sich 24 Prozent der Handwerksbetriebe noch nicht mit dem Thema des demografischen Wandels beschäftigt.¹ Im gesamten Mittelstand sind es nur 15 Prozent. Nur 29 Prozent der Handwerker gaben an, sich mit dem Thema intensiv beschäftigt zu haben, im Gegensatz zu 41 Prozent im gesamten Mittelstand. Dies zeigt, dass hier im Handwerk Nachholbedarf besteht.

Insbesondere fehlen im Handwerk noch Lösungsansätze für eine altersgerechte und zugleich innovationsförderliche Arbeits- und Personalpolitik in den Betrieben. Aber auch die zum Teil bereits heute bestehenden neuen Marktchancen, die sich aus der Alterung der Bevölkerung ergeben, werden häufig nur unzureichend und nicht aktiv wahrgenommen. Umso wichtiger ist es, die Handwerksbetriebe für die Probleme im Zusammenhang mit den Auswirkungen des

demografischen Wandels zu sensibilisieren, damit diese sich frühzeitig auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen können. Im Folgenden werden die Herausforderungen auf der Angebots- und Nachfrageseite näher beleuchtet.

Angebotsseite

Fachkräftesicherung

Zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft gehören für das Handwerk die Nachwuchs- und Fachkräftesicherung. Bereits heute lassen sich diese demografischen Auswirkungen an den prognostizierten Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur hin zu älteren Alterskohorten bis zum Jahr 2050 ablesen.² Hiermit im engen Zusammenhang stehen die sukzessiv sinkenden Schulabgängerzahlen bis zum Jahr 2020.³ Ebenso gehört dazu die Alterung des bestehenden Erwerbspersonenpotenzials.⁴ Im Ergebnis werden die Belegschaften in den Betrieben zukünftig im Durchschnitt deutlich älter sein. Durch das geringere Angebot an jüngeren Arbeitskräften und dem allgemein eher zunehmenden Bedarf an Höherqualifizierten kann dies zu einem Fachkräftemangel führen.⁵

Das Handwerk ist von diesen Entwicklungen besonders stark betroffen, da in einigen Gewerken und Regionen bereits heute Facharbeits- und Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Bereits in einer 2006 durchgeführten Befragung von Handwerksbetrieben durch den Zentralverband des Deutschen Handwerks⁶ gab fast jeder dritte teilnehmende Betrieb (30,8 Prozent) an, dass er Probleme hatte oder aktuell hat, für die unbesetzten Arbeitsplätze geeignete Fachkräfte zu finden. Branchenbezogen auf die Handwerke für den gewerblichen Bedarf und für die Bauhandwerker lag der Bedarf sogar bei 39,6 und 36,9 Prozent.

Mit Blick auf seine zukünftige Nachwuchs- und Fachkräftesicherung steht das Handwerk zudem einer besonderen Herausforderung gegenüber: Mit dem

1 Vgl. IfM (2008).

2 Statistisches Bundesamt (2006), Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

3 Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2006): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020, Bonn.

4 IAB-Kurzbericht, Ausgabe Nr. 21 (2007).

5 Fuchs, Johann (2005).

6 Zentralverband des Handwerks (ZdH) (2006): Fachkräftebedarf im Handwerk. Ergebnisse einer Umfrage bei Handwerksbetrieben im 3. Quartal 2006. http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/themen/wirtschaft/sonderumfragen/II-2006-Fachkr_fte/5-2-0_Bericht_SU_2006_II_Fachkr_ftebedarf.pdf (Zugriff: 15.06.2009)

Rückgang von Hauptschulabsolventen verkleinert sich die wichtigste Ausbildungszielgruppe deutlich. Um auch zukünftig junge Nachwuchskräfte für das Handwerk zu gewinnen, erscheint es daher wichtig, sowohl Jugendlichen mit schlechteren Startchancen gute Möglichkeiten für eine erfolgreiche Berufsausbildung zu bieten als auch mehr Absolventen höherer Schulformen für eine handwerkliche Ausbildung zu begeistern. Darüber hinaus kann eine zielgruppenspezifische Ansprache, z. B. von weiblichen Schulabgängern und Migrantinnen/Migranten, dazu führen, dass auch diese bislang in vielen Gewerken unterrepräsentierten Zielgruppen Interesse an einer handwerklichen Ausbildung gewinnen.

Im Zuge dessen wird das Handwerk vermehrt im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsbereichen wie der Industrie oder dem Handel stehen, um qualifizierte Arbeitskräfte auch über die Ausbildung hinaus an den Betrieb bzw. das Handwerk zu binden. Nach einer neueren Untersuchung des Volkswirtschaftlichen Instituts für Mittelstand und Handwerk an der Universität Göttingen (ifh Göttingen) waren im Jahr 2006 nur etwas über ein Drittel der Personen, die im Handwerk eine Ausbildung absolviert hatten, auch noch in diesem Wirtschaftsbereich tätig.⁷ Die bereits in der Vergangenheit zu beobachtende starke Abwanderung ausgebildeter junger Fachkräfte wurde zwar der klassischen Rolle des Handwerks als „Ausbilder der Nation“ gerecht. Angesichts der demografischen Entwicklung muss diese „Rolle“ jedoch hinterfragt werden.

Zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses arbeitet die Bundesregierung eng mit der Wirtschaft zusammen. In diesem Rahmen ist insbesondere der Ausbildungspakt zu erwähnen. Dieser hat sich bewährt. Die Wirtschaft verdoppelte ihre Zusage auf 60.000 neue Ausbildungsplätze pro Jahr und verpflichtete sich außerdem, jährlich 30.000 neue Ausbildungsbetriebe einzuwerben. Die Zusagen für Plätze für betriebliche Einstiegsqualifizierungen wurden von 25.000 auf 40.000 erhöht. Diese Zusagen wurden auch 2008 weit

übertroffen und die Gesamtzahl der Lehrlinge aller Ausbildungsjahre betrug 1,6 Millionen, davon im Handwerk 472.000.

Darüber hinaus unterstützt das BMWi das Handwerk auf vielfältige Weise. So werden Investitionen in den Bau und die Ausstattung von beruflichen Fortbildungszentren der Handwerksorganisationen gemeinsam mit den Ländern unterstützt. Die Berufsausbildung des dualen Systems wird vom Handwerk durch Kurse der „Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung“ ergänzt, um allen Auszubildenden einen gleichermaßen anspruchsvollen Berufsabschluss zu ermöglichen. Auch diese Kurse erhalten finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder.

Zur Stärkung der unternehmerischen Qualifikation unterstützt das BMWi zudem die Beratung von Existenzgründern und etablierten Handwerkern durch organisationseigene und freiberufliche Berater sowie die Teilnahme von Unternehmern an Informations- und Schulungsveranstaltungen. Zudem passt das BMWi in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern die Ausbildungs- und Meisterprüfungsordnungen zeitnah dem neuesten wissenschaftlichen, methodischen und technologischen Stand an.

Wichtig ist: Die Betriebe selbst müssen die Nachwuchsgewinnung zunehmend als strategische Herausforderung begreifen und frühzeitig entsprechende Schritte einleiten.⁸ Konkret äußern könnte sich dies in Maßnahmen zur Erhöhung von Bewerberzahlen durch die zielgruppenorientierte Ansprache der Jugendlichen, Maßnahmen zur Erhöhung der Ausbildungszufriedenheit und der Senkung der Abbruchsneigung sowie durch Maßnahmen zur Stärkung der Verbleibsbereitschaft der bereits Ausgebildeten.⁹

Alternde Belegschaften¹⁰

Der demografische Wandel wird auch im Handwerk den Druck merklich erhöhen, ältere Arbeitskräfte länger als bisher zu beschäftigen. Angesichts des veränderten Erwerbspersonenpotenzials stellt der adäqua-

7 Haverkamp, Katarzyna, Sölter, Anja, Kröger, Janbernd (2009).

8 Weiss, Peter (2007).

9 Haverkamp/Sölter/Kröger (2009), S. 165 ff.

10 Vgl. hierzu Schlaglichter der Wirtschaftspolitik März 2009 „Alternde Belegschaften im Mittelstand – Herausforderung erkannt heißt noch nicht gebannt“.

te Umgang mit älter werdenden und älteren Beschäftigten das Handwerk vor eine weitere Herausforderung. Vor allem im Handwerk sollte dieses Problem mit einer allgemeinen Stärkung der Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote, vor allem für ältere Arbeitnehmer, einhergehen.¹¹ Denn die Fluktuation aus dem Handwerk war in der Vergangenheit auch bei älteren qualifizierten Fachkräften zu beobachten. Neuere Daten über die Altersstruktur der Beschäftigten im Handwerk liefert eine vom IfH Göttingen durchgeführte Erhebung beim Handwerk in Rheinland-Pfalz und im Saarland.¹² Demnach sind die meisten Beschäftigten im Handwerk zwischen 35 und 50 Jahre alt (40,5 Prozent). Immerhin knapp 20 Prozent sind bereits 50 Jahre und älter. Demnach hat das Handwerk zwar derzeit im Durchschnitt jüngere Arbeitskräfte als die Gesamtwirtschaft vorzuweisen, wo in etwa jeder vierte Beschäftigte älter als 50 Jahre ist. Allerdings hängt diese Tatsache in einigen Gewerken mit größeren gesundheitlichen und körperlichen Belastungen zusammen, die eine Ausübung der bisherigen Tätigkeit mit steigendem Alter erschweren. Es ist auch hinreichend bekannt, dass mit steigendem Alter die körperlichen Beschwerden in der Regel zunehmen.

Voraussetzung zur erfolgreichen Bewältigung dieser Herausforderung ist die Entwicklung und praxisnahe Umsetzung von betrieblichen Strategien zur altersgerechten Beschäftigung, die explizit auf die Bedürfnisse und vor allem die Möglichkeiten des kleinbetrieblich geprägten Handwerkssektors zugeschnitten sind.¹³

Die Antwort auf die Frage, inwieweit das Handwerk bereits heute hinsichtlich dieser personalpolitischen Folgen des demografischen Wandels ausreichend sensibilisiert ist, fällt etwas zwiespältig aus. Nach einer aktuellen Studie des Ludwig-Fröhler-Instituts für Handwerkswissenschaften in München (LFI) teilt lediglich etwas mehr als ein Drittel der Betriebe die Auffassung, dass zukünftig nur durch die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften vorgebeugt werden kann.¹⁴ Allerdings war in diesem Fall ein vergleichba-

rer Anteil der Befragten in seinem Urteil eher unschlüssig. Die Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung des IfM Bonn lassen darauf schließen, dass im Handwerk durchaus ein Problembewusstsein hinsichtlich der personalpolitischen Folgen des demografischen Wandels vorhanden ist. Lediglich acht Prozent der befragten Handwerksbetriebe erwarten bezüglich des demografischen Wandels keine Folgen, wohingegen dies bei knapp 22 Prozent der übrigen Unternehmen aus dem Mittelstand der Fall war. Ein Mangel an Fach- und Führungskräften (57,8 Prozent) und eine starke Alterung der Belegschaft (43,1 Prozent) wurden zudem im Handwerk weitaus häufiger erwartet als in anderen Unternehmen. Besonders deutlich zeigt sich dies auch im Hinblick auf die Nachwuchssituation. Andererseits befürchtete das Handwerk in dieser Studie altersbedingte Defizite der Arbeitskräfte in Bezug auf Flexibilität, Kreativität, Innovationskraft, Qualifikation und Gesundheit zum Teil deutlich seltener. Wenngleich hieraus geschlussfolgert werden kann, dass im Handwerk womöglich geringere Vorbehalte gegenüber einer verstärkten Beschäftigung von älteren Mitarbeitern bestehen und offensichtlich bereits ein entsprechendes Problembewusstsein vorhanden ist, bleibt nach dieser Untersuchung dennoch festzuhalten, dass wie in vielen mittelständischen Unternehmen auch im Handwerk bisher in vielen Bereichen wenige Maßnahmen zur Abfederung der personalpolitischen Folgen des demografischen Wandels ergriffen werden.¹⁵ Dabei muss sich das Handwerk zentralen Fragen der Personalpolitik verstärkt stellen, wie z. B. des Gesundheitsschutzes und der -prävention, des Personaleinsatzes und der Personalentwicklung sowie des Wissenstransfers zwischen erfahrenen und unerfahrenen Mitarbeitern. Letztlich geht es um die Frage, wie die Betriebe die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ihrer Beschäftigten langfristig aufrechterhalten können.

Rückgang bei Existenzgründern und Übernehmern

Der vorhergesagte Rückgang der Bevölkerung hat auch Auswirkungen auf die Zahl der Existenzgründungen und damit die Zahl der Übernahmen von

11 Spelberg, Karl (2003).

12 Vgl. Müller, K. (2007).

13 Weber, Birgit, Packebusch, Lutz (2005).

14 Zoch, Bernhard (2008).

15 Kay, Rosemarie, Kranzusch, Peter; Suprinovič, Olga (2008).

Handwerksbetrieben. Hierzu liegt seit Neuestem eine breit angelegte Studie des ifh Göttingen vor, die zusammen mit der Universität Jena für den Freistaat Thüringen erstellt worden ist.¹⁶

In dieser Studie findet sich auch eine Prognose über Existenzgründungen, Übernahmen und Übergaben bis 2020. Basis dieser Prognose war eine Bestandsaufnahme der Unternehmensnachfolge im Thüringer Handwerk. Derzeit werden nur 20 Prozent der Betriebe übergeben, davon etwa die Hälfte innerhalb der Familie. Der Rest der Unternehmen wird geschlossen. Der Strukturwandel im Handwerk geschieht damit zu einem großen Teil durch einen vom Generationswechsel unabhängigen ständigen Umschlag von aus dem Markt ausscheidenden und neu in den Markt eintretenden Betrieben. Die Fortführung eines Handwerksbetriebes über mehrere Generationen hinweg stellt eher die Ausnahme dar. Eine Übertragung dieser bundeslandspezifischen Zahlen auf Deutschland kann nicht vorgenommen werden, weil Handwerksstrukturen und -kulturen in den Bundesländern und auch in Regionen unterschiedlich verankert sind. Trotzdem sollten die Sachverhalte zum Nachdenken anregen.

Fest steht jedoch, dass im Zuge des demografischen Wandels die Zahl der Existenzgründungen in den nächsten Jahren sinken wird. Dagegen dürfte die Zahl der Inhaber, die in den Ruhestand wechseln, etwa konstant bleiben. Daraus folgt, dass – wenn sonst alles gleich bleibt – etwa ab dem Jahr 2013 die Zahl der Marktaustritte die Zahl der Markteintritte und damit auch die Zahl der Übergeber die Zahl der Übernehmer übersteigen wird. Dies muss jedoch nicht unbedingt ein Problem sein, da sich – abgesehen von möglichen Anpassungsmaßnahmen der bestehenden Betriebe – zusätzlich ein Übernahmepotenzial identifizieren lässt, wodurch rein rechnerisch ein Ausgleich zwischen der Zahl der zur Übergabe anstehenden Betriebe und der Zahl der für eine Übernahme infrage kommenden Existenzgründer möglich ist. In den einzelnen deutschen Regionen oder auch in einzelnen Gewerke kann dies anders aussehen.

Die dargestellten Prognosen reichen nur bis zum Jahr 2020. Nach diesem Jahr dürften die Altersgruppen, die maßgeblich das Gründungsgeschehen¹⁷ bestimmen, zurückgehen. Dies bringt entsprechende Auswirkungen auf die Zahl der Existenzgründungen mit sich. Daher dürfte es nach dem Jahr 2020 erheblich schwieriger werden, für alle übergabefähigen Handwerksbetriebe einen qualifizierten Nachfolger zu finden. Gelingt dies nicht, besteht die Gefahr, dass an sich wirtschaftlich starke Unternehmen allein aus Nachfolgermangel schließen müssen. Daraus könnten volkswirtschaftliche Verluste resultieren, sofern die Neugründer nicht mindestens ebenso wettbewerbsfähig bzw. innovativ sind.

Um einen reibungslosen Generationswechsel bei Handwerksbetrieben zu ermöglichen, hat die Bundesregierung bei der Erbschaftssteuerreform Erleichterungen für den Mittelstand ermöglicht. Dort ist vorgesehen, nunmehr alle Vermögensarten zum Verkehrswert zu bewerten. Die Mehrbelastung durch die Höherbewertung wird durch höhere Freibeträge für engste Familienangehörige ausgeglichen. Unternehmensnachfolgen werden durch zwei modifizierte Abschmelzmodelle erleichtert. Demnach bleibt die Unternehmensübertragung steuerfrei, wenn der Betrieb nach Übernahme einen entsprechenden Zeitraum in wirtschaftlich vergleichbarem Umfang fortgeführt wird. Insbesondere durch die hohen Freibeträge wird sichergestellt, dass die große Mehrzahl aller Übergaben im Handwerksbereich steuerfrei bleibt.

Darüber hinaus sind Handlungsprojekte zu entwickeln, die qualifizierte Jugendliche für eine Selbständigkeit und die Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes interessieren. Daneben sind die Althinhaber entsprechend zu sensibilisieren, damit diese frühzeitig ihre Nachfolge regeln.

16 Vgl. Müller, K. u.a. (2009).

17 Die Altersgruppe mit den meisten Gründungen im Vollerwerb ist laut KfW-Gründungsmonitor 2008 die der 35–44-Jährigen mit einem Anteil von 30,8 Prozent.

Nachfrageseite

Regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung

Der demografische Wandel bringt nicht nur Auswirkungen auf der Angebotsseite mit sich, auch die Nachfrage nach handwerklichen Produkten und Leistungen verändert sich – quantitativ wie qualitativ. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen dem regional unterschiedlich ausgeprägten Rückgang der Bevölkerung und der Verschiebung der Altersstruktur.

Der Rückgang der Bevölkerung ist für das Handwerk von Belang, weil damit die Zahl der Nachfrager sinkt. Bis zum Jahr 2020 ist nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von einem leichten Rückgang von 2,6 Prozent auf gut 80 Millionen Einwohnern auszugehen.¹⁸ Erst danach dürfte die Zahl der Nachfrager stärker sinken und zwar auf 68,7 Millionen im Jahr 2050. Für das Handwerk bringt dies entsprechende Nachfrageausfälle mit sich. Zwar wird mit gut 40 Prozent weniger als die Hälfte des handwerklichen Umsatzes mit privaten Haushalten getätigt – der Rest geht an die gewerbliche Wirtschaft, an öffentliche Auftraggeber und an das Ausland –, für über 70 Prozent der Handwerksbetriebe stellen die privaten Haushalte jedoch die wichtigste Nachfragegruppe dar. Auch der restliche Umsatz kommt häufig indirekt von den privaten Haushalten, da in diesen Umsätzen, z. B. auch Subunternehmerleistungen, enthalten sind.

Außer dem Bevölkerungsrückgang sind Veränderungen bei der Zahl der privaten Haushalte zu berücksichtigen, da ein erheblicher Teil des handwerklichen Umsatzes – insbesondere im Bausektor – nicht personen-, sondern haushaltsbezogen ist. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Haushalte zwar bis 2020 um etwa 500.000 steigen, die Haushalte werden aber kleiner werden. So nimmt der Konsum pro Haushalt ab, gleichzeitig kann die Nachfrage nach baubezogenen Handwerksleistungen mit der Zahl der Haushalte steigen.

Insgesamt dürfte aber die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren nicht zu größeren Nach-

frageausfällen im Handwerk führen, wobei hier eine regional differenzierende Betrachtungsweise notwendig sein dürfte. So kann nach der oben erwähnten Bevölkerungsvorausberechnung die Zahl der Einwohner in einigen Bundesländern bis 2020 sogar noch leicht zunehmen (Hamburg, Baden-Württemberg, Bayern), während sie in Sachsen-Anhalt und Thüringen um mehr als zehn Prozent sinken dürfte. Geht man auf die Ebene der Kreise über, fallen diese Unterschiede sogar noch erheblich größer aus. So werden für einige Kreise Rückgänge von mehr als 20 Prozent bis 2020 prognostiziert.

Veränderung der Nachfrage infolge der veränderten Altersstruktur

Die Alterung der Bevölkerung ist für das Handwerk zugleich mit größeren Chancen auf der Absatzseite verbunden. Nach der jüngsten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes wird der Anteil der über 65-Jährigen von gegenwärtig knapp 20 Prozent auf fast ein Drittel im Jahr 2050 ansteigen. Besonders stark nehmen innerhalb dieses Alterssegments die Hochbetagten (80 Jahre und älter) zu, deren Anteil sich in diesem Zeitraum mehr als verdreifachen wird.

Die Rentnergeneration der über 65-Jährigen bildet nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) mit einer Kaufkraft von 339 Milliarden Euro bereits derzeit nach den 40- bis 49-Jährigen die zweitwichtigste Konsumentengruppe.¹⁹ In Zukunft wird die Bedeutung dieser Konsumentengruppe erheblich zunehmen und die Konsumstruktur substantiell verändern. Den altersspezifischen Konsumpräferenzen entsprechend werden in Zukunft insbesondere die Konsumbereiche Gesundheitsvorsorge und -pflege, Wohnumfeldverbesserungen bzw. -anpassungen sowie Freizeit und Reisen an Bedeutung gewinnen. Vor allem die beiden erstgenannten Konsumschwerpunkte sind für das Handwerk relevant, bieten sie doch dem Gesundheitshandwerk und dem Ausbauhandwerk zahlreiche neue Marktfelder und Betätigungsmöglichkeiten.

¹⁸ Nach der Variante 1-W1 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Diese beinhaltet einen durchschnittlichen Wanderungssaldo von 100.000 Personen p.a.

¹⁹ Vgl. GfK (2008).

Vor allem die Möglichkeiten der Senioren machen diese für die Wirtschaft und damit auch für das Handwerk zu einer interessanten Zielgruppe, was vielen Unternehmen noch nicht hinreichend bewusst ist. Nach einer aktuellen Studie über den „Wirtschaftsmotor Alter“, die von der Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde, machen die steigende Zahl Älterer und ihre hohe Kaufkraft die Senioren zu einem Wirtschaftsfaktor, dessen Potenzial bei Weitem nicht ausgeschöpft ist.²⁰ Danach steigt der Anteil an den gesamten Konsumausgaben der über 50-Jährigen von 52 Prozent 2005 auf 58 Prozent 2035 an. Die über 50-Jährigen sind damit die Zielgruppe der Zukunft, und innerhalb dieser Gruppe haben besonders die über 65-Jährigen ein hohes Wachstumspotenzial als Konsumgruppe. Ihr Anteil am Gesamtkonsum wird voraussichtlich von knapp 18 Prozent auf über 26 Prozent steigen und erhöht sich damit um fast die Hälfte.

Hinzu kommt noch ein anderer Aspekt: Die Erben- generation sind weniger die 35-jährigen Häuslebauer und Familiengründer, sondern vielmehr die 60-Jährigen. Diese Zielgruppe spielt heute in der allgemeinen Wahrnehmung noch eine untergeordnete Rolle. Dabei handelt es sich um eine Gruppe, die im Hinblick auf ihre Bedürfnisstruktur gerade für das Handwerk interessant und in Zukunft verstärkt Bedeutung erlangen kann. Senioren bauen nicht unbedingt neu, werden aber ziemlich sicher einen Großteil an Zeit und frei verfügbarem Einkommen in die Verschönerung und den Erhalt ihres Lebens- bzw. Wohnumfeldes stecken. Denn 60-Jährige bleiben noch lange aktiv.

Aus dem Konsumverhalten der Älteren lassen sich folgende bedeutsame Konsumtrends ableiten:²¹

- ▶ Die Konsumschwerpunkte der 60 Jahre alten (60+) und Älteren sind bestimmt durch die Anpassung an ihre mit dem Alter geänderten Bedarfslagen und Lebensstile.
- ▶ Senioren wollen fast ausnahmslos so lange wie möglich in den „eigenen vier Wänden“ leben. Diesem

Wunsch ist durch passgenaue Lösungen Rechnung zu tragen.

- ▶ Erhalten und Pflegen treten an die Stelle des Neubaus.
- ▶ Einfachheit in der Abwicklung gewinnt an Bedeutung („Leistungen aus einer Hand“).
- ▶ Die Kunden werden anspruchsvoller. Standardangebote werden zunehmend uninteressant.
- ▶ Qualitäts- und Wertorientierung gewinnen an Bedeutung.
- ▶ Sicherheits- und Bequemlichkeitsbedürfnisse steigen.
- ▶ Service und Beratung bestimmen zunehmend die Kundenzufriedenheit.
- ▶ Vertrauen wird zur Schlüsselqualifikation.

Aus diesen Konsumententrends ergeben sich eine Reihe von Marktfeldern bzw. Tätigkeitsbereichen für das Handwerk, die insbesondere die Bau- und Gesundheitshandwerke betreffen:

- ▶ Verschönerung/Verbesserung des Wohnumfeldes (z. B. seniorengerechtes barrierefreies Wohnen)²²
- ▶ Sicherheit und Schutz (Sicherheitstechnik)
- ▶ Gesundheit (Bioprodukte), natürliche Baustoffe

Der Seniorenmarkt ist für das Handwerk jedoch keineswegs ein Selbstläufer. Vielmehr muss dieser durch ein leistungs- und seniorengerechtes Angebot in den einzelnen Marktfeldern erst systematisch erschlossen werden. Hierzu bedarf es vor allem einer zielgruppenadäquaten Ansprache und eines umfassenden Senioren-Marketings. Allerdings spricht aufgrund der wesentypischen Merkmale des Handwerks und aufgrund des hohen Ansehens, welches das Handwerk gerade bei vielen älteren Menschen genießt, viel für

20 Vgl. Schaible, St. u.a. (2007), S. 3ff.; zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Buslei, H. und Schulz, E. (2007), S. 364.

21 Vgl. Balderhaar, H. u.a. (2006), S. 118ff.; vgl. hierzu auch Huber, Th. (2005), S. 64ff.

22 Vgl. Becker, V. (2005), S. 127ff.

eine starke Einbindung des Handwerks in den Seniorenmarkt. Damit erfüllt das Handwerk die besten Voraussetzungen, von den Konsumtrends der Senioren zu profitieren und in handwerksrelevante Nachfrage umzusetzen.

Mit der Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ des BMWi und des BMFSFJ wird auch das Handwerk angesprochen und unterstützt, neue Wege bei der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu gehen.

Wissensintensive Dienstleistungen – ein bedeutender Innovationsmotor in Deutschland

Wissensintensive Dienstleistungen sind in allen entwickelten Volkswirtschaften zu einem bedeutenden Innovationsmotor geworden. Denn die Märkte für wissensintensive Dienstleister wachsen schneller als andere Märkte. Dieser Bereich ist deshalb ein wichtiges Zugpferd für Wachstum und Beschäftigung, auch in Deutschland. Die Bandbreite ist groß: Von Software-Diensten über Unternehmensberatungen bis hin zu Ingenieurbüros werden Unternehmen den wissensintensiven Dienstleistern zugeordnet. Innovationen in diesem Bereich sind oft keine technischen Innovationen: Neue Organisationsformen und Prozesse der Leistungserstellung zählen ebenso dazu wie innovative Vertragsgestaltungen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) unterstützt wissensintensive Dienstleister im Rahmen von vorhandenen Förderprogrammen.

Wissensintensive Dienstleister im Wirtschaftsgeschehen

Dienstleistungen machen inzwischen in allen Industrienationen den größten Teil der Bruttowertschöpfung aus, oftmals über 70 Prozent. Innovationen in der Wirtschaft werden mittlerweile in besonderem Maße von wissensintensiven Dienstleistungen vorangetrieben, die in Deutschland für fast 40 Prozent der Bruttowertschöpfung stehen und in denen 35 Prozent

aller abhängig Beschäftigten arbeiten.¹ Wissensintensive Dienstleister verzeichneten in den vergangenen Jahren den stärksten Beschäftigungszuwachs im Bereich der gewerblichen Wirtschaft (siehe Abbildung 1). Wachstumsimpulse sind vor allem aus dem Bereich wissensintensiver Dienstleistungen zu erwarten.

Hinter diesem wichtigen Wirtschaftsfaktor stehen eine Reihe von durchaus unterschiedlichen Dienstleistungsbranchen: So zählen neben Architektur- und Ingenieurbüros, Software-Häusern und Datenverarbeitungsdiensten auch Rechts- und Unternehmensberatungen, Werbeagenturen, private Forschungsinstitute sowie Hardware-Beratungen zur Gruppe der wissensintensiven Dienstleistungen. Definiert werden diese über ihren überdurchschnittlichen Anteil an Hochschulabsolventen und/oder Naturwissenschaftlern und Ingenieuren.

Wissensintensive Dienstleistungen als Innovationsmotor

Wissensintensive Dienstleister sind ein wichtiger Innovationsmotor in Deutschland: Sie verbessern den Wissensfluss innerhalb des Wirtschaftssystems und wirken vielfach als Initiator von Innovationen, die für die gesamte Wirtschaft von Bedeutung sind. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Märkte die nächste Produktgeneration verlangen, gewinnt die

Ein Beispiel für die Förderung eines wissensintensiven Dienstleisters:

Kundenindividuelle Messekataloge

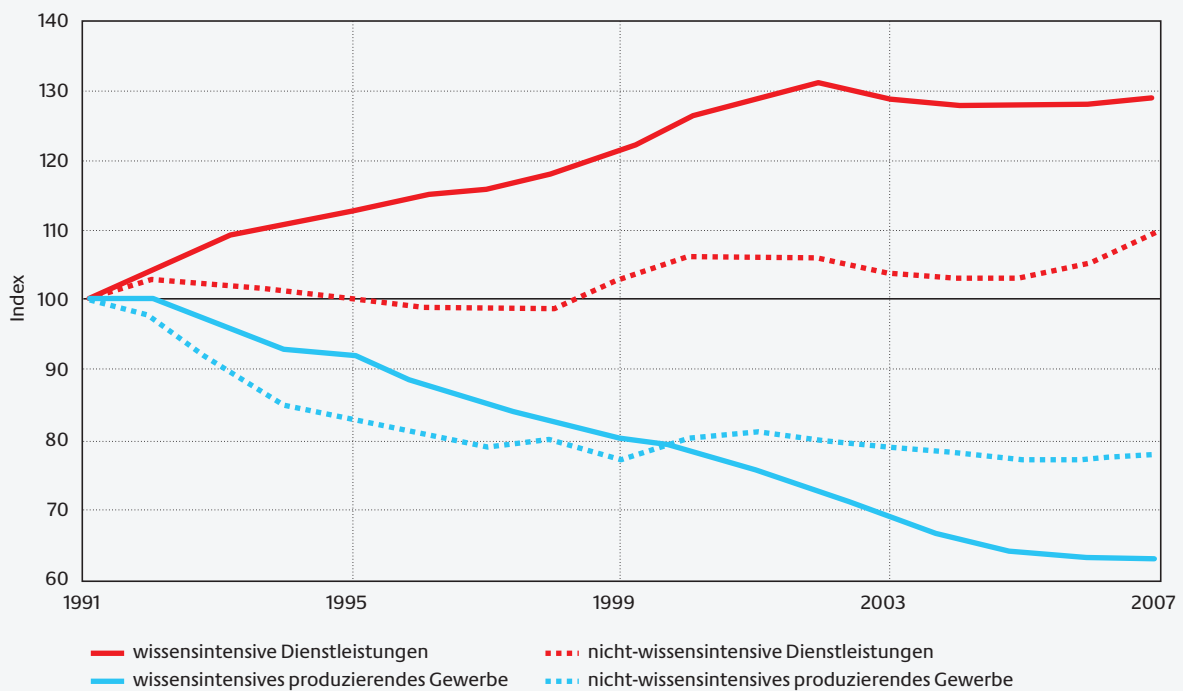
Ein mittelgroßer Anbieter von Dienstleistungen für Messen plant die Entwicklung einer Plattform zur Erstellung kundenindividueller Messekataloge. Messebesucher sollen in Zukunft die Möglichkeit haben, ihre eigenen Messekataloge über ein Internetportal zusammenzustellen. Dabei kann der Besucher aus der Gesamtmenge der Aussteller diejenigen herausuchen, die er besuchen möchte. Er erhält dann einen hochwertigen Ausdruck „seines“ Messekataloges mit Informationen zu den ausgewählten Ausstellern, relevanter Werbung und einen Routenplan über das Messegelände.

Die Entwicklung dieser Plattform erfordert die Beteiligung von Experten im Bereich Web-Services und Software-Architektur und zählt daher zu den wissensintensiven Dienstleistungen. Der Dienstleister wird mit rund 150.000 Euro aus dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) gefördert.

Durch die Kooperation mit diesem Dienstleister können Messeveranstalter einen zusätzlichen Service für ihre Besucher anbieten und so ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Fünf der zehn größten Messeveranstalter der Welt haben ihren Sitz in Deutschland.

1 Quelle: Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), EFI-Gutachten 2009.

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in verschiedenen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland



Quelle: Berechnungen und Schätzungen des NIW auf Basis der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit.

Zusammenarbeit zwischen Industrie und angrenzenden wissensintensiven Dienstleistern zunehmend an Bedeutung. Unternehmen können durch die Inanspruchnahme von innovativen wissensintensiven Dienstleistungen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und neue Absatzfelder erschließen.

Innovationen in diesem Bereich sind oft nicht-technischer Art: Wissensintensive Dienstleistungsbereiche wie Unternehmens- und Rechtsberatungen sowie Werbeagenturen und Marketing-Beratungen erstellen beispielsweise laufend innovative Konzepte zur Markterschließung, Kundengewinnung sowie Verbesserung interner Prozesse. Auch Web-2.0-Dienste und damit verbundene Marketing-Konzepte sowie die organisatorische Einrichtung von zentralen Servicestellen für Personalangelegenheiten innerhalb von Unternehmen sind Beispiele für (nicht-technische) Innovationen. Nicht zuletzt sind wissensintensive Dienstleister daran beteiligt, das volle Marktpotenzial von Informations- und Kommunikationstechnologien zu erschließen. So entfalten schnelle Breitbandverbin-

dungen ihren Mehrwert für den Nutzer erst durch die vielfältigen Online-Dienste, die so verfügbar werden.

Interaktive Innovationsprozesse

Trotz der Verschiedenartigkeit der als wissensintensiv betrachteten Dienstleistungsbranchen lassen sich gemeinsame Charakteristika und typische Merkmale von Innovation in diesem Bereich beschreiben: Dienstleistungen können nicht als „fertiges Endprodukt“ hergestellt und zum Kunden verschickt werden, sondern ihre Entwicklung und Erbringung erfolgt in einem interaktiven Lösungsprozess mit dem Kunden. Der immaterielle Charakter von wissensintensiven Dienstleistungen erfordert oftmals ein intensives Vertrauensverhältnis zwischen dem Dienstleister und dem Kunden, der interne Informationen an den Dienstleister weitergeben muss und die Qualität der Leistung üblicherweise erst nach dem Kauf abschließend bewerten kann.

Das genannte Beispiel zu kundenindividuellen Messekatalogen zeigt, dass Informations- und Kommunikationstechnologien oft als Basis für Innovationen genutzt werden. Um eine Dienstleistungsinnovation zu entwickeln, die am Markt Erfolg hat, muss der Anbieter die Bedürfnisse der Messeveranstalter und Messebesucher genau verstehen und auch den Interaktionsprozess mit dem Messebesucher neu gestalten. Die persönliche Kundenbetreuung am Messeingang wird ergänzt durch eine vorangehende Interaktion über das Internet. Die Kooperation mit dem Dienstleister erfordert deshalb von Messeveranstaltern auch, dass sie interne Prozesse und ihre Unternehmensorganisation anpassen.

Aufgrund dieser Komplexität sind wissensintensive Dienstleister bei ihrer Innovationstätigkeit auf eine hohe Qualifikation ihrer Mitarbeiter angewiesen. Diese sind oft nicht in speziellen FuE-Abteilungen konzentriert, sondern beteiligen sich aus verschiedenen Funktionsbereichen heraus an der Entwicklung einer innovativen Leistung.

Zugang zu Förderprogrammen

Bereits heute unterstützt das BMWi Innovationen im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen, wie das oben angeführte Beispiel der kundenindividuellen Messekataloge zeigt. Die existierenden Förderprogramme in diesem Bereich stehen grundsätzlich allen Dienstleistern zur Verfügung, sofern mit dem Innovationsprojekt die Entwicklung einer technischen Dienstleistung verbunden ist. Die Entwicklung eines neuen Geschäftsmodells oder eines neuen Marketing-Konzeptes kann hingegen mit diesen Programmen nicht gefördert werden. Zusätzlich zum Innovationsprojekt können auch innovationsunterstützende Dienst- und Beratungsleistungen finanziert werden, die zur Umsetzung einer Idee in eine marktfähige Innovation erforderlich sind, z. B. Marktanalysen und Beratung bei der Nutzung von Normen.

Der High-Tech Gründerfonds, eine „Public-Private-Partnership“ des BMWi, der KfW und einiger großer deutscher Unternehmen, stellt Beteiligungskapital auch für Unternehmensgründer mit nicht-technischen

Innovationen im Bereich Software und Internet zur Verfügung. Kreditsicherheiten, die von Dienstleistern oft nicht gestellt werden können, sind hierbei keine Fördervoraussetzung – vielmehr geht es um chancenreiche Ideen und ein überzeugendes Gründerteam (www.high-tech-gruenderfonds.de).

Um der gestiegenen Bedeutung von Innovationen in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen Rechnung zu tragen, wird das BMWi prüfen, inwieweit weitere bestehende Förderprogramme auch für nicht-technische Innovatoren besser zugänglich gemacht werden können.

Internationalisierung von Dienstleistungsunternehmen

Den wissensintensiven Dienstleistungen kommt auch eine Schlüsselstellung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu. Mit einer Fördermaßnahme des BMWi zur Internationalisierung von Dienstleistungsunternehmen soll dem stärker Rechnung getragen werden: Deshalb ist vorgesehen, diese Fördermaßnahme ab 2010 vor allem auf die wissensintensiven und unternehmensbezogenen Dienstleister zu fokussieren. Die Förderung betrifft Organisations- und Betreuungsleistungen beauftragter Projektdurchführer und zielt insbesondere auf

- ▶ die Gewinnung interessierter kleiner und mittelständischer Unternehmen aus wissensintensiven und unternehmensbezogenen Dienstleistungsbereichen in Deutschland, die international tätig werden wollen,
- ▶ die Zusammenstellung und den Austausch von Firmenprofilen/Kooperationswünschen der teilnehmenden Unternehmen und
- ▶ die Durchführung einer Kooperationsveranstaltung im jeweiligen Zielland.

Um die Absatzchancen dieser Dienstleistungsunternehmen auf ausländischen Märkten zu erhöhen, werden im Jahr 2009 für die Unterstützung der Kontaktanbahnung mit potenziellen Partnern im Ausland eine Million Euro zur Verfügung gestellt.

Fazit

Für die Innovationsdynamik in Deutschland haben wissensintensive Dienstleister eine herausragende Bedeutung. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag, Wohlstand zu sichern und geben der gesamten Wirtschaft Wachstumsimpulse. Ihr Innovationsverhalten unterscheidet sich von dem der verarbeitenden Industrie: Innovationen entstehen in direkter Interaktion

mit dem Kunden und weniger in technologisch orientierten FuE-Abteilungen. Der Innovationsprozess ist oft informell und umfasst neben technischen Aspekten auch neuartige Organisationsformen und innovative Marketing-Verfahren. Das BMWi wird bestehende Förderprogramme kontinuierlich auf mögliche Zugangsbarrieren für wissensintensive Dienstleister prüfen, damit das Innovationspotenzial in diesem Bereich künftig noch besser genutzt werden kann.

Ein Jahr Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft – Ergebnisse und Perspektiven

Nutzt man den Begriff der Kultur- und Kreativwirtschaft, stellt sich zunächst eine Frage: Welcher Teil der Wirtschaft ist hierunter gefasst und was zeichnet diesen Wirtschaftszweig gegenüber anderen aus? Antworten hierauf finden sich in einem Forschungsgutachten, das von der Bundesregierung auf Empfehlung der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ in Auftrag gegeben und Anfang dieses Jahres abgeschlossen wurde.¹ Insgesamt hat die Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2008 mit 63 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung beigetragen und liegt damit in ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung zwischen der chemischen Industrie und der Automobilindustrie. Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Branche weiter zu stärken und bestehende Wachstums- und Beschäftigungschancen auszu-schöpfen.

Abgrenzung und wirtschaftliche Bedeutung

Nach der von den Gutachtern erarbeiteten Definition zählen Unternehmen zur Kultur- und Kreativwirt-

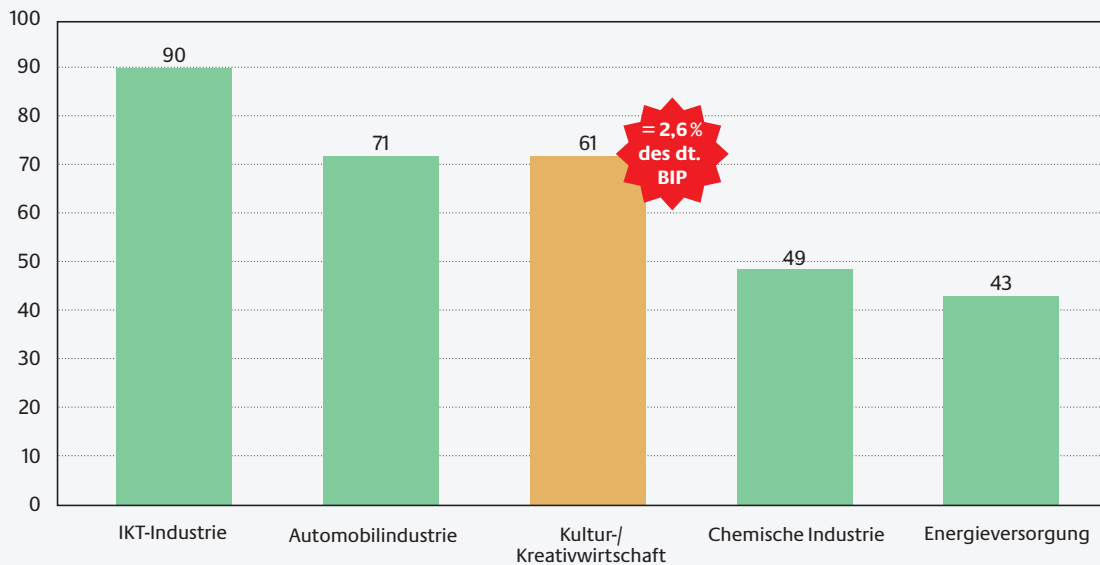
schaft, welche überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen. Der verbindende Kern der kultur- und kreativwirtschaftlichen Aktivität ist der schöpferische Akt von künstlerischen, literarischen, kulturellen, musischen, architektonischen oder kreativen Inhalten, Werken, Produkten, Produktionen oder Dienstleistungen. Die vorgeschlagene Abgrenzung steht im Einklang mit den Begriffsbestimmungen der Länder und passt auch mit der Definition auf europäischer Ebene zusammen. Damit ist eine solide Basis für die weitere wirtschaftspolitische Betrachtung dieses Sektors gelegt worden. Insbesondere die enge Abstimmung mit den Ländern hat erheblich dazu beigetragen, ein gemeinsames Verständnis zur Kultur- und Kreativwirtschaft und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu entwickeln. Die Kultur- und Kreativwirtschaft umfasst demnach insgesamt elf Teilmärkte (s. Abbildung 1).

Die im Rahmen der Studie ermittelten wirtschaftlichen Kennzahlen unterstreichen nochmals nachdrücklich die Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs

Abbildung 1: Die elf Teilmärkte der Kultur- und Kreativwirtschaft



1 <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Branchenfokus/kultur-kreativwirtschaft>

Abbildung 2: Bruttowertschöpfung in Mrd. Euro, 2006

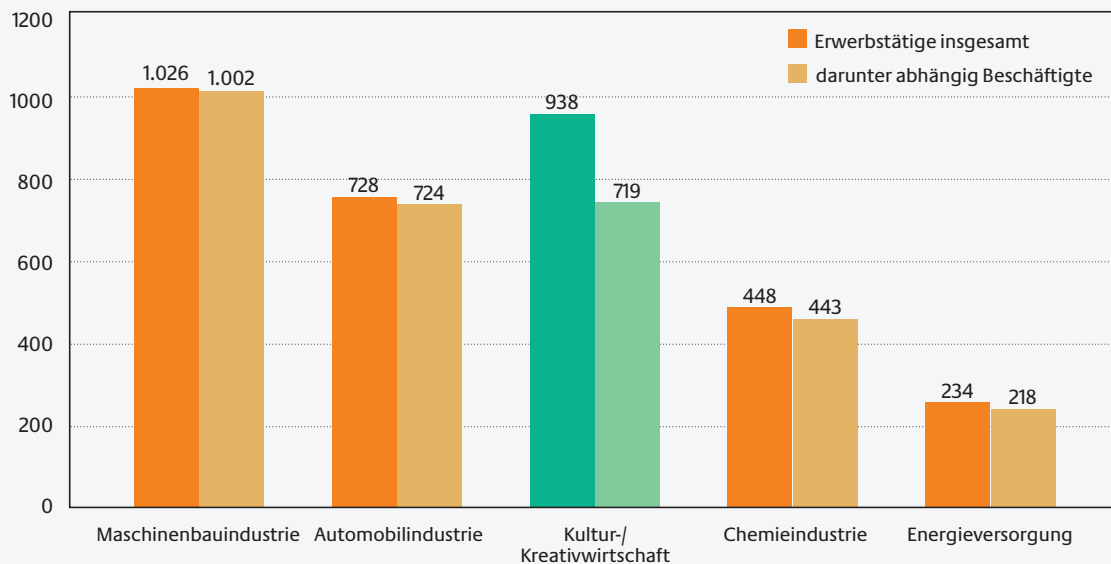
innerhalb unserer Volkswirtschaft. Insgesamt hat die Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2006 einen Beitrag in Höhe von 61 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung geleistet, was einem Anteil von 2,6 Prozent am Bruttoinlandsprodukt entspricht. Im Vergleich zu anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen liegt sie damit in ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung zwischen der Chemischen Industrie und der Automobilindustrie (s. Abbildung 2).

Im Jahr 2008, für das eine Reklassifizierung der statistischen Daten über alle Wirtschaftszweige bislang nicht vorliegt, ist die Bruttowertschöpfung durch die Kultur- und Kreativwirtschaft weiter gestiegen. Sie liegt nunmehr bei 63 Milliarden Euro im Jahr.

Der Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft zur inländischen Beschäftigung ist ebenfalls von großer Bedeutung. Insgesamt waren in der Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2008 eine Million Erwerbstätige, davon 763.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, tätig. Dabei hat sich die Beschäftigung in der Kultur- und Kreativwirtschaft in den letzten Jahren deutlich positiver entwickelt als die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung. Im Jahr 2008 betrug der Anstieg 3,4 Prozent.

Im Vergleich zu anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen lag die Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2006 (Jahr für das Reklassifizierung über alle Wirtschaftszweige vorliegt) bei der Zahl der Erwerbstätigen auf Rang zwei und bei den abhängig Beschäftigten im Mittelfeld (s. Abbildung 3). Hierin spiegelt sich wider, dass dieser Wirtschaftszweig durch eine hohe Zahl von Selbständigen und in großem Maße durch Klein- und Kleinunternehmen geprägt ist. Mit rund 23 Prozent liegt der Anteil der Selbständigen deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von elf Prozent.

In der Kultur- und Kreativwirtschaft waren im Jahr 2008 rund 238.000 Unternehmen tätig (s. Tabelle 1). Allein gegenüber dem Vorjahr war ein Anstieg der Zahl der Unternehmen um 4,3 Prozent zu verzeichnen. Der Umsatz der Kultur- und Kreativwirtschaft liegt mittlerweile bei 132 Milliarden Euro und hat damit einen Anteil von 2,5 Prozent an der Gesamtwirtschaft. Insbesondere der Einsatz der neuen digitalen Technologien ist ein wesentlicher Treiber für weiteres Wachstum und Innovationen in diesem Wirtschaftsbereich. Gleichzeitig setzt die zunehmende Digitalisierung allerdings auch eine Vielzahl bestehender Geschäftsmodelle unter erheblichen Druck, beispielsweise in der Musikwirtschaft und im Pressemarkt.

Abbildung 3: Anzahl der Erwerbstätigen in Tausend, 2006

Quelle: Forschungsgutachten Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung 2009

Branchenhearings und Jahreskonferenz der Initiative

Zur Umsetzung der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung wurden innerhalb eines Jahres insgesamt elf Branchenhearings mit den Teilmärkten der Kultur- und Kreativwirtschaft durchgeführt, die jeweils dokumentiert wurden. Diese vertiefte Form des Dialogs ist von der beteiligten Wirtschaft sehr positiv aufgenommen worden. Es besteht ein großes Interesse, den intensiven Dialog auch in Zukunft fortzusetzen, die Vernetzung der Teilmärkte gemeinsam weiter voranzutreiben und branchenübergreifend bestimmte Themen zu vertiefen, beispielsweise Fragen der Ausbildung, Qualifizierung oder der Finanzierung. Durch die Branchenhearings hat sich die Bundesregierung sehr viel detailliertere Kenntnisse über die Strukturen, Herausforderungen, Entwicklungslinien und Bedarfe der einzelnen Teilmärkte sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft insgesamt verschaffen können. Dabei hat sich gezeigt, dass sich die Ergebnisse der Hearings in großem Umfang mit den Empfehlungen des Forschungsgutachtens decken. Bewährt hat sich auch die enge Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Es ist ein absolutes Novum, nicht nur für die Bundesrepublik, sondern in ganz Europa, dass die Ressorts für Wirtschaft und Kultur

Hand in Hand arbeiten, um die Kultur- und Kreativwirtschaft zu stärken.

Die Bundesregierung hat am 16. Juni 2009 auf der Jahreskonferenz der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft zusammen mit hochrangigen Vertretern der Branche und führenden Kulturorganisationen eine erste Bilanz der Initiative gezogen. Im Rahmen der Veranstaltung wurden von den Vertretern der Bundesregierung jedoch nicht nur die wichtigsten Ergebnisse und die Meilensteine des ersten Jahres der Initiative vorgestellt, sondern auch mehrere grundlegende Themen diskutiert, wie etwa die wirtschaftliche Bedeutung der Branche innerhalb der Volkswirtschaft, Strategien zur besseren internationalen Markterschließung und Imagebildung und die Frage, wie sich Kreativität und Innovation bedingen.

Perspektive und Leitlinien

Nachdem der Analyseprozess nunmehr abgeschlossen ist, werden das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und der Beauftragte für Kultur und Medien bis zum Frühjahr nächsten Jahres Maßnahmen zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft Deutschlands entwickeln. Dabei werden vor allem folgende zehn Leitlinien Berücksichtigung finden:

Tabelle 1: Wirtschaftliche Kennzahlen der Kultur- und Kreativwirtschaft 2008

Kultur- und Kreativwirtschaft	Absolutangaben	Anteil an der Gesamtwirtschaft	Veränderung gegenüber Vorjahr
Unternehmen	238.300	7,4%	4,3%
Umsatz in Milliarden Euro	131,7	2,5%	1,8%
Erwerbstätige	1.001.700	3,3%	3,4%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	763.400	2,8%	3,1%

1. Etablierung der Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld und Wachstumsbranche: Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört in den Gesamtfokus moderner Wirtschafts- und Kulturpolitik. Ihr muss aus dem Blickwinkel der Wirtschaftspolitik heraus eine ebenso starke Beachtung zukommen wie anderen Wirtschaftsbereichen. Eine Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Unterstützung und des Ausbaus der Innovationskraft in Deutschland muss die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs als Querschnittsbranche in ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung integrieren. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist aber mehr als nur ein bedeutender Wirtschaftszweig. Künstler und Kreative stehen in allen Teilmärkten am Anfang der Wertschöpfung. Sie sind die Produzenten von Kunst- und Kulturprodukten. Für sie ergibt sich eine besondere Verantwortung. Insofern ist Kultur- und Künstlerförderung auch als Wirtschaftsförderung zu betrachten, als eine echte Investition in die Zukunft.

2. Verstetigung des volkswirtschaftlichen Monitorings: Die wirtschaftlichen Kennzahlen zeigen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist kein weicher, sondern ein harter Standortfaktor. Es ist deshalb wichtig, auch künftig jährlich zu wissen, wie sich die Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt hat. Gleiches gilt für die elf Teilmärkte.

3. Fortsetzung des begonnenen Dialogs: Es ist angezeigt, auch künftig auf dem aktuellen Stand hinsichtlich der Strukturen, Herausforderungen, Entwicklungslinien und Bedarfe der einzelnen Teilmärkte zu bleiben.

4. Verbesserung der wirtschaftlichen Vernetzung: Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ähnlich wie die IT-Industrie ein Querschnittsbereich mit Schlüssel-

funktion. Sie steht in vielfältigen Bezügen zu traditionellen Wirtschaftsbereichen. Auch verbindet die Kultur- und Kreativwirtschaft Technologie und Kreativität. Um die Potenziale künftig noch besser zu nutzen, ist es wichtig, den Austausch innerhalb der Kultur- und Kreativwirtschaft weiter auszubauen. Hierfür sollen eine entsprechende Plattform geschaffen und die notwendigen Kommunikationsräume zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist es auch, den Austausch zwischen der Kultur- und Kreativwirtschaft und den traditionellen Industrien zu verbessern.

5. Aufbau eines Netzwerks für die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft: Bestehende Fördermöglichkeiten sind den Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft häufig nicht bekannt. Auch bedürfen die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft – dies gilt insbesondere in der Gründungsphase – einer besonderen Form der Ansprache, um die notwendige Professionalisierung zu erreichen. Daher soll die Heranführung an und die Vermittlung in bestehende Förderprogramme deutlich verbessert werden. Dies soll durch den Aufbau eines Netzwerks für die Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft erreicht werden, das wichtige Lotsenfunktionen übernehmen wird. In nahezu allen Studien und Berichten zum Thema Kultur- und Kreativwirtschaft wird außerdem auf deutliche Defizite vieler Akteure in Sachen Management und Vermarktung hingewiesen. Um dem abzuhelpen, soll ein Kompetenznetzwerk aus externen, branchenkundigen Experten in diese Lotsenstruktur integriert werden. Ein solches Netzwerk soll zielgenaue Unterstützung bei der Professionalisierung (etwa in Form von „Coaching on the job“) anbieten und dabei helfen, Produktionsprozesse zu optimieren, Markterschließungen vorzubereiten, Marketing-Strategien zu entwickeln sowie neue, zusätzliche Tätigkeitsfelder für Künstler und Kulturschaffende zu

erschließen. Dabei sollen vorhandene Beratungsangebote – soweit sinnvoll – genutzt und über ein Internetportal vernetzt werden.

6. Überprüfung und Anpassung der wirtschafts- und technologiepolitischen Programme: Die hohe Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für die Volkswirtschaft allgemein und deren Innovationsfähigkeit im Besonderen sprechen für eine stärkere Einbindung der Unternehmen in wirtschafts- und technologiepolitische Programme. Bestehende Bundesprogramme sollten hinsichtlich ihrer formalen und inhaltlichen Anforderungen überprüft und wo nötig angepasst werden, um vermehrt Unternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft in ihrer Entwicklung fördern zu können. Außerdem ist die bisherige Definition des Innovationsbegriffs zu überdenken, denn es sind nicht nur die technologischen Innovationen, die die wirtschaftliche Entwicklung antreiben. Vielmehr sind es in zunehmendem Maße die Ideen und die kreativen Inhalte, die die wirtschaftliche Entwicklung beflügeln.

7. Erleichterung des Zugangs zu Fremdkapital: Vor allem der Zugang zu finanziellen Ressourcen ist für Freiberufler sowie kleine Kulturwirtschaftsunternehmen nicht immer einfach: Vielfach sind sie von externen Finanzierungsquellen abgeschnitten, weil ihr meist geringer Finanzbedarf für Banken nicht attraktiv ist oder weil sie kaum Sicherheiten bieten können und die Markt- und Unternehmensentwicklungen schwierig einzuschätzen sind. Insofern ist es für die Unternehmen wichtig, dass ihnen Finanzierungswege geöffnet werden. Die bestehenden Programme für geringen Finanzierungsbedarf sollten entsprechend weiterentwickelt werden. Außerdem sollte versucht werden, zusammen mit Beratern, Banken und Wirtschaftsförderern ein Handbuch zu erarbeiten, das die wirtschaftliche Einordnung der Kultur- und Kreativwirtschaft erleichtert.

8. Verbesserung des Zugangs zu Programmen der Außenwirtschaftsförderung: Es ist darauf hinzuwirken, dass das Potenzial der inländischen Kultur- und Kreativwirtschaft im Ausland noch stärker als bisher wahrgenommen wird. Obwohl deutsche Kreativschaffende über eine große internationale Wettbewerbsfähigkeit verfügen, ist der Exportanteil kreativer

Dienstleistungen und Produkte noch deutlich steigerungsfähig. Die bestehenden Bundesprogramme der Außenwirtschaftsförderung sollten deshalb noch besser als bisher für Unternehmen aus diesem Bereich nutzbar gemacht werden.

9. Erhalt der Künstlersozialversicherung: Die Künstlersozialversicherung ist ein Erfolgsmodell. Forderungen, die Künstlersozialabgabe oder das System als solches abzuschaffen, verkennen die besondere Beziehung zwischen den Versicherten und ihren Verwertern und den unverzichtbaren Beitrag einer verlässlichen Absicherung von Künstlern und Publizisten für den Kultur- ebenso wie für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Kreativität und kulturelle Schaffenskraft im Auftrag von Industrie, Handel und Dienstleistung sichern Absatzchancen, Arbeitsplätze, Wachstum, Wohlstand und unternehmerische Gewinne. Künstler und Publizisten sind in der Regel gut ausgebildete Initiatoren und Innovatoren in den Wertschöpfungsketten der Kulturwirtschaft. Die Absicherung ihrer elementaren Lebensrisiken ist eine wichtige Grundlage, damit sich Kreativität und Ideenreichtum entfalten können.

10. Fortentwicklung des Rechtsrahmens für digitalen Urheberrechtsschutz: In der Kultur- und Kreativwirtschaft kommt den Schöpfern von Inhalten eine besondere Bedeutung zu. Sie legen erst die Grundlage für eine Vielzahl sich anschließender ökonomischer Aktivitäten. Wichtig ist daher, dass die kreativen Schöpfer auch wirtschaftlich eine Zukunft haben. Die Balance zwischen Urhebern und Nutzern ist durch die Digitalisierung aus dem Gleichgewicht geraten und es muss versucht werden, die Waage wieder stärker auszubalancieren. Insbesondere die Fortentwicklung des Rechtsrahmens für digitalen Urheberrechtsschutz bleibt daher langfristig eine wichtige Aufgabe. Kurz- und mittelfristig sind neue Formen der wirtschaftlichen und technischen Kooperation von Rechteinhabern und Diensteanbietern notwendig, z. B. Aufklärung und Warnhinweise, technische Schutzmaßnahmen oder neue Geschäftsmodelle. Rechteinhaber und Diensteanbieter müssen stärker als bisher und unvoreingenommen über die Vor- und Nachteile der jeweiligen Maßnahmen reden. Der Ende des letzten Jahres begonnene und beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eingerichteten Wirtschaftsdialog-

log für mehr Kooperation zur Bekämpfung der Internetpiraterie wird deshalb mit dem Ziel fortgeführt, gemeinsam mit allen Beteiligten zu ersten Lösungsansätzen in einem überschaubaren Zeitraum zu kommen.

Fazit

Der erfolgreiche Start der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft hat neuen Schwung in die Diskussion des Verständnisses von Kultur und Wirtschaft gebracht. Es gilt nun, an die bisherigen Arbeiten anzuknüpfen und die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft in der nächsten Legislaturperiode fortzuführen und weiter auszubauen. Bis zum Frühjahr nächsten Jahres werden das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und der Beauftragte für Kultur und Medien gemeinsam Maßnahmen zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft Deutschlands entwickeln. Besondere Schwerpunkte bei der weiteren Umsetzung werden die Schaffung von Unterstützungsangeboten zur Professionalisierung von Künstlern und Kreativen sowie die Förderung innovativer Projekte und Geschäftsmodelle sein.

Weitere Informationen zur Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft finden Sie unter www.bmwi.de

II. Wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Die deutsche Wirtschaft hat den Einstieg in die konjunkturelle Wende geschafft. Nach einem leichten Plus im zweiten Quartal wird sich die gesamtwirtschaftliche Leistung nach den vorliegenden Indikatoren auch im dritten Quartal weiter erhöhen. Die dramatische konjunkturelle Talfahrt im letzten Winterhalbjahr hat damit in Deutschland – nicht zuletzt auch aufgrund des schnellen und umfassenden Gegensteuerns durch zwei Konjunkturpakete – ein Ende gefunden.

Ein nachhaltiger und zunehmend selbsttragender Erholungsprozess ist damit aber noch nicht gesichert. Noch gibt es erhebliche Risiken durch Verspannungen an den Finanzmärkten, nicht ausgelastete Produktionskapazitäten und nicht auszuschließende weitere Verschlechterungen am Arbeitsmarkt. Andererseits ist die Geldpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet, die automatischen fiskalischen Stabilisatoren wirken kräftig und die Konjunkturprogramme entfalten weiterhin Wirkung. Zwar ist die Pkw-Umweltprämie im September ausgeschöpft, sie wirkt aber nach, und die Umsetzung der öffentlichen Investitionsvorhaben nimmt Fahrt auf. Hiervon wird zunächst vor

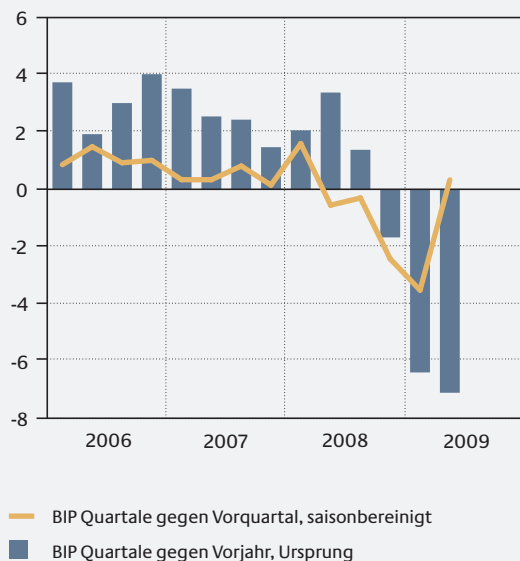
allem die Bauwirtschaft profitieren. Der Arbeitsmarkt hat sich bislang als sehr widerstandsfähig erwiesen. Mit der Aufhellung der Geschäftserwartungen der Unternehmen könnte sich diese Tendenz fortsetzen und dazu beitragen, die private Nachfrage zu stabilisieren. Entscheidend wird sein, ob sich die Belebung der Weltwirtschaft und des Welthandels als dauerhaft erweist. Davon würde die deutsche Exportwirtschaft aufgrund ihrer Ausrichtung auf Vorleistungs- und Investitionsgüter und ihrer nach wie vor guten Wettbewerbsfähigkeit in jedem Fall überproportional profitieren.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat ihre Talsohle durchschritten. Zwar kam es im Juli zu einer Abschwächung um preis- und saisonbereinigt² 0,9%, in der Tendenz blieb sie aber spürbar aufwärts gerichtet (Dreimonatsvergleich³: +2,9%). Dabei verringerte sich die Industrieproduktion im Juli bei negativen Ferientageeffekten um 0,5%. Produktionssteigerungen vollzogen sich in den vergangenen Monaten vor allem bei den Herstellern von Vorleistungs- und etwas uneinheitlicher bei den Produzenten von Investitionsgütern. Das Vorjahresniveau der Industrieproduktion wurde, wenngleich mit abnehmender Tendenz, weiterhin kräftig im Dreimonatsvergleich um arbeitstäglich bereinigt 19,5% unterschritten. Die Auftragseingänge in der Industrie erhöhten sich nunmehr fünf Monate in Folge. Im Juli nahmen sie aufgrund eines staatlichen Großauftrags um preis- und saisonbereinigt 3,5% zu. Im Dreimonatsvergleich ergab sich eine Zunahme um 9,5%. Das Geschäftsklima hellte sich ebenfalls weiter auf.

Die Bauproduktion wurde im Juli preis- und saisonbereinigt um 2,3% eingeschränkt und ist auch in der Tendenz, etwa im Dreimonatsvergleich, noch um 2,0% rückläufig. Die Bestelltätigkeit nahm zwar zuletzt im Juni um 2,1% ab, dürfte aber ihren Tiefstand ebenfalls durchschritten haben. In der Dreimonats-tendenz ist die Nachfrage nach Bauleistungen merklich aufwärts gerichtet (+5,1%). Hier schlagen sich bereits die Konjunkturprogramme ebenso positiv nieder wie im Geschäftsklima der Bauunternehmen, das immer weniger zurückhaltend ausfällt.

Bruttoinlandsprodukt

(Veränderungen in %, preisbereinigt)



1 In diesem Bericht werden statistische Daten verwendet, die bis zum 15. September 2009 vorlagen.

2 Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

3 Zweimonatsvergleich: Juni/Juli gegenüber April/Mai; Dreimonatsvergleich: Mai/Juni/Juli gegenüber Februar/März/April.

Der private Konsum hat im bisherigen Verlauf des Jahres die Gesamtwirtschaft stabilisiert. Dabei gehen die Umsätze im Einzelhandel im engeren Sinne, also ohne Handel mit Kraftfahrzeugen, trotz Anstieg im Juli um saisonbereinigt 0,7% in der Tendenz weiter leicht zurück, während der Handel mit Kraftfahrzeugen merklich Aufwind erhielt. Insbesondere die Pkw-Umweltprämie hat neben dem ruhigen Preisklima und anderen Maßnahmen der Konjunkturpakete dazu beigetragen, dass die privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr insgesamt zugenommen haben. Die Perspektiven dürften nun wesentlich davon abhängen, inwieweit sich der Arbeitsmarkt weiterhin als widerstandsfähig erweist.

Beim Außenhandel hat sich die Trendwende zum Positiven vollzogen. Die Wareneinfuhren in jeweiligen Preisen stiegen im Juli saisonbereinigt um 2,3% und damit den dritten Monat in Folge. Den Stand vor einem Jahr unterschritten die Exporte im Dreimonatsvergleich zwar weiter deutlich, aber mit abnehmender Tendenz um 22,0% (Ursprungswerte). Die Importe blieben im Juli unverändert (saisonbereinigt +0,0%) und dürften ebenfalls ihren Boden gefunden haben. Mit der sich abzeichnenden Stabilisierung der Weltwirtschaft haben sich die Aussichten für den Außenhandel deutlich verbessert.

Der Arbeitsmarkt erweist sich nach wie vor als bemerkenswert widerstandsfähig. Vor allem die Nutzung

von Kurzarbeit sowie flexible betriebliche Arbeitszeitregelungen wirken entlastend. Im Juli verringerte sich die Erwerbstätigkeit relativ moderat um saisonbereinigt 15.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen gab es zuletzt 40,15 Mio. Erwerbstätige und damit 144.000 weniger als vor einem Jahr. Der Aufbau der registrierten Arbeitslosigkeit wurde im Juli und August in saisonbereinigter Rechnung unterbrochen (-5.000 bzw. -1.000 Personen). Hierbei spielten allerdings Sonderfaktoren im Zuge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eine maßgebliche Rolle. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Arbeitslosen um 276.000 auf 3,472 Mio. zu (Ursprungszahlen). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich leicht auf 8,3%. Die vorliegenden Zahlen des Arbeitsmarktes lassen erkennen, dass der ursprünglich für 2009 angenommene Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund 450.000 sehr deutlich unterschritten wird.

Das Preisklima ist nach wie vor insgesamt ruhig. Die Verbraucherpreise stagnierten binnen Jahresfrist. Dies ist insbesondere auf die im Jahresvergleich starken Preisrückgänge bei Energie und Nahrungsmitteln zurückzuführen. Die Kernrate der Verbraucherpreise – ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel – verharrte bei 1,1%. Im Verlauf erhöhten sich die Preise im August gegenüber Juli um 0,2%, insbesondere weil Heizöl und Kraftstoffe im Preis anzogen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

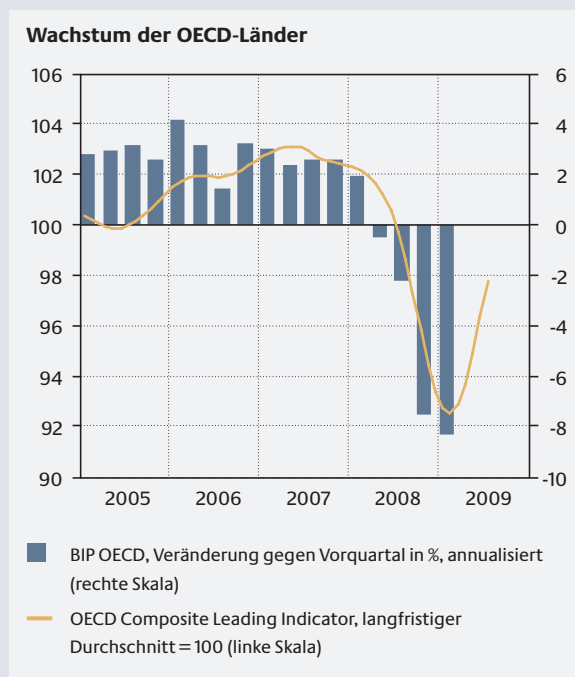
Immer mehr Signale deuten auf ein Ende der weltweiten Rezession hin. Im zweiten Quartal dieses Jahres war wieder ein positives Wachstum der Welt-Industrieproduktion zu verzeichnen. Hierzu haben wesentlich die umfangreichen wirtschaftspolitischen Stabilisierungsmaßnahmen beigetragen. Auch die weiteren Perspektiven gestalten sich günstiger. Der vorlaufende Composite Leading Indicator der OECD für die Industriestaaten konnte im Juli 2009 gegenüber dem Vormonat zum fünften Mal in Folge anziehen und liegt nun bei 97,8 Punkten. Entsprechend revidierte die OECD in ihrer jüngsten Zwischenprognose die Schätzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der G7-Staaten für das laufende Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach oben auf nunmehr -3,7%. Der IWF rechnet in seiner aktuellen Projektion weltweit mit einem Rückgang des BIP um 1,4%. Für 2010 wird wieder ein positives Wachstum von +2,5% erwartet.

Insbesondere in den Schwellenländern mehren sich die Anzeichen einer Erholung. Auch in einer Reihe von Industrieländern haben sich die positiven Signale weiter verstärkt. Die OECD hat ihre Wachstumsprognosen für die meisten G7-Staaten und den Euroraum nach oben korrigiert. Für Deutschland wird mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von -4,8% gerechnet (bisher -6,1%), für Japan von -5,6% (bisher -6,8%),

für Frankreich von -2,1% (bisher -3,0%). Für die US-Wirtschaft geht die OECD unverändert von einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung um 2,8% aus. Der Welthandel wird nach Einschätzung des IWF im Jahr 2009 dabei um 12,2% zurückgehen und sich erst 2010 wieder im schwach positiven Bereich bewegen. Im Verlauf sind aber bereits gegenwärtig erste Erholungstendenzen erkennbar. Die Verbraucherpreise sind weiter rückläufig, wobei dies zum größten Teil auf die Preissenkungen für Mineralölprodukte und Nahrungsmittel zurückzuführen ist. Die jährliche Inflationsrate in den OECD-Staaten lag zuletzt im Juli 2009 bei -0,6%.

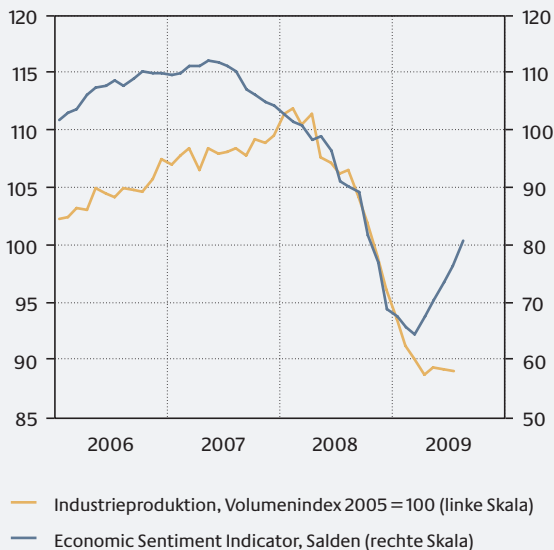
Nach noch vorläufigen Schätzungen hat sich der wirtschaftliche Abschwung in den USA deutlich abgeschwächt. Nach einem starken Einbruch von annualisiert -6,4% im ersten Quartal 2009 ist die wirtschaftliche Aktivität im zweiten Quartal 2009 nur noch um ebenfalls annualisiert 1,0% zurückgegangen. Zur Abschwächung des Wachstumsrückgangs trugen vor allem die nicht mehr so stark rückläufigen Exporte und Investitionen sowie die steigenden staatlichen Investitionsausgaben bei. Andererseits waren gegenüber dem ersten Quartal weiter abnehmende private Konsumausgaben zu verzeichnen. Vorlaufende Indikatoren deuten auf eine weitere Erholung der Wirtschaft hin. Der ISM-Geschäftsklimaindex stieg im August erneut um 4,0 Punkte auf 52,9 Punkte. Und auch der Conference Board Index zum Verbrauchertrauen konnte nach Einbußen in den letzten beiden Monaten wieder einen starken Zuwachs von 6,7 Punkten auf 54,1 Punkte aufweisen. Die Verbraucherpreise tendieren nach wie vor negativ. Im Juli 2009 lagen sie bei -1,9% gegenüber dem Vorjahr. Die zeitverzögerten Auswirkungen der Krise zeigen sich jetzt allerdings zunehmend deutlicher auf dem Arbeitsmarkt. Im August stieg die Arbeitslosenquote noch einmal um 0,3 Prozentpunkte auf 9,7% an. Im Vergleich zum Vorjahreswert entspricht dies sogar einer Steigerung von 3,5 Prozentpunkten. Mit Beschluss vom 12. August 2009 hat die FED den Leitzins bei einer Spanne von 0% bis 0,25% belassen.

Auch in Japan haben die umfangreichen wirtschaftspolitischen Stabilisierungsmaßnahmen Früchte getragen. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3,3% im ersten Quartal 2009 rechnet die



Eurozone: Industrieproduktion und Economic Sentiment

(saisonbereinigt)



Regierung im zweiten Quartal wieder mit einem positiven Wachstum, auch wenn die Schätzung um 0,3 Prozentpunkte auf 0,6% nach unten korrigiert wurde. Zu dieser positiven Entwicklung trugen im Vergleich zum Vorquartal vor allem die steigenden Exporte (+6,4%), der private Konsum (+0,7%) und die öffentlichen Investitionen (+7,5%) bei. Insgesamt sind jedoch die Bruttoanlageinvestitionen mit -3,1% nach wie vor rückläufig. Stützend auf die japanische Wirtschaft wirkte sich auch die Industrieproduktion aus. Sie nahm im Juli 2009 gegenüber dem Vormonat erneut um 2,1% zu. Mit +7,5% stiegen im Juli gegenüber dem Vormonat auch die Auftragseingänge für Maschinen und Anlagen. Allerdings ist der Anteil des heimischen privaten Sektors hierbei negativ; positive Impulse kommen vielmehr aus Übersee und von den staatlichen Maßnahmen. Vorlaufende Indikatoren unterstreichen die insgesamt wieder positive wirtschaftliche Entwicklung Japans. So steigt der Index zum Verbrauchervertrauen des ESRI seit Beginn des Jahres 2009 kontinuierlich an. Zuletzt lag er im August bei 40,1 Punkten (+0,7 gegenüber Vormonat). Auch der wichtige vorlaufende Indikator ESRI Composite Leading Indicator konnte erneut Zuwächse von 2,1 Punkten verbuchen und lag im Juli 2009 damit bei 83,0 Punkten. Der letzte Tankan-Bericht der Bank of Japan deu-

tete im Juni gegenüber März 2009 bereits auf eine Verbesserung des Geschäftsklimas um 10 Punkte auf -48 Punkte hin. Für den Anfang Oktober erscheinenden neuen Bericht wird mit einer erneuten Steigerung gerechnet. Nach wie vor ist die jährliche Inflationsrate in Japan mit -2,2% im Juli 2009 deutlich negativ. Der starke wirtschaftliche Einbruch hat am Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Die Arbeitslosenquote ist seit Beginn dieses Jahres kontinuierlich angestiegen und lag zuletzt im Juli bei 5,7%. Der Leitzins liegt mit Beschluss der BoJ vom 11. August 2009 weiterhin bei 0,1%.

Im Euroraum sind ebenfalls deutliche Stabilisierungstendenzen sichtbar. In ihrer jüngsten Interimsprognose weist die EU-Kommission auf die unerwartet positive wirtschaftliche Entwicklung seit April 2009 hin. Im Zeitraum April bis Juni 2009 betrug der wirtschaftliche Rückgang saisonbereinigt nur noch 0,1%, nach 2,5% im Vorquartal. Diese positive Entwicklung ist vor allem auch auf die anziehenden Volkswirtschaften Frankreichs und Deutschlands zurückzuführen. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen haben wesentlich zu der Stabilisierung beigetragen. Die Bedingungen an den Finanzmärkten und das weltwirtschaftliche Umfeld haben sich verbessert. Die Auftragsingänge nahmen im Juni 2009 gegenüber dem Vormonat deutlich um 3,1% zu. Unterstützt werden die positiven Signale auch von den vorlaufenden Indikatoren: Der Index zum Verbrauchervertrauen konnte im August 2009 gegenüber Juli erneut um einen Punkt auf nunmehr -22 Punkte zulegen. Der Geschäftsklimaindex verbesserte sich im selben Vergleichszeitraum um 0,49 Punkte auf -2,21 Punkte. Dieses Bild spiegelt sich auch in dem zusammenfassenden Frühindikator, dem Economic Sentiment Index, wider. Dieser zog zuletzt im August erneut deutlich um 4,6 Punkte auf 80,6 Punkte an. Die Industrieproduktion ist allerdings im Juni 2009 nach einem Anstieg im Mai leicht um 0,2% zurückgegangen. Abschwächend wirken die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote lag im Juli 2009 mit 9,5% erneut um 0,1 Prozentpunkte höher als im Vormonat und um 2,0 Prozentpunkte höher als im Vorjahresvergleich. Die jährliche Inflationsrate lag nach ersten Schätzungen im August 2009 bei -0,2% (Juli 2009: -0,7%). Die EZB beließ ihren Leitzins am 3. September 2009 unverändert bei 1,0%.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft hat den Einstieg in die konjunkturelle Wende geschafft. Nach einem leichten Plus im zweiten Quartal wird sich die gesamtwirtschaftliche Leistung nach den vorliegenden Indikatoren auch im dritten Quartal weiter erhöhen. Die dramatische konjunkturelle Talfahrt im letzten Winterhalbjahr hat damit in Deutschland – nicht zuletzt auch aufgrund des schnellen und umfassenden Gegensteuerns durch zwei Konjunkturpakete – ein Ende gefunden.

Ein nachhaltiger und zunehmend selbsttragender Erholungsprozess ist damit aber noch nicht gesichert. Noch gibt es erhebliche Risiken durch Verspannungen an den Finanzmärkten, nicht ausgelastete Produktionskapazitäten und nicht auszuschließende weitere Verschlechterungen am Arbeitsmarkt. Andererseits ist die Geldpolitik weiterhin expansiv ausgerichtet, die automatischen fiskalischen Stabilisatoren wirken kräftig und die Konjunkturprogramme entfalten weiterhin Wirkung. Zwar ist die Pkw-Umweltprämie im September ausgeschöpft, sie wirkt aber nach, und die Umsetzung der öffentlichen Investitionsvor-

haben nimmt Fahrt auf. Hiervon wird zunächst vor allem die Bauwirtschaft profitieren. Der Arbeitsmarkt hat sich bislang als sehr widerstandsfähig erwiesen. Mit der Aufhellung der Geschäftserwartungen der Unternehmen könnte sich diese Tendenz fortsetzen und dazu beitragen, die private Nachfrage zu stabilisieren. Entscheidend wird sein, ob sich die Belebung der Weltwirtschaft und des Welthandels als dauerhaft erweist. Davon würde die deutsche Exportwirtschaft aufgrund ihrer Ausrichtung auf Vorleistungs- und Investitionsgüter und ihrer nach wie vor guten Wettbewerbsfähigkeit in jedem Fall überproportional profitieren.

Bereits im zweiten Quartal hatte das Bruttoinlandsprodukt nach dem starken Rückgang im Winterhalbjahr den Boden gefunden und war preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal angestiegen. Ausschlaggebend für die leichte Zunahme gegenüber dem Vorquartal war ein Wachstumsbeitrag des Außenhandels von 1,6 Prozentpunkten, da die Importe deutlich stärker abnahmen als die Exporte. Dem stand eine per saldo negative inländische Verwendung gegenüber, die sich allerdings durch Vorratsveränderungen mit einem negativen Wachstumsbeitrag von 1,9 Prozentpunkten ergab. Diese überwog die Zunahme der privaten und staatlichen Konsumausgaben um 0,7 % bzw. 0,4 % sowie der Bauinvestitionen um 1,4 % gegenüber dem Vorquartal bei allerdings um 0,5 % weiterhin rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



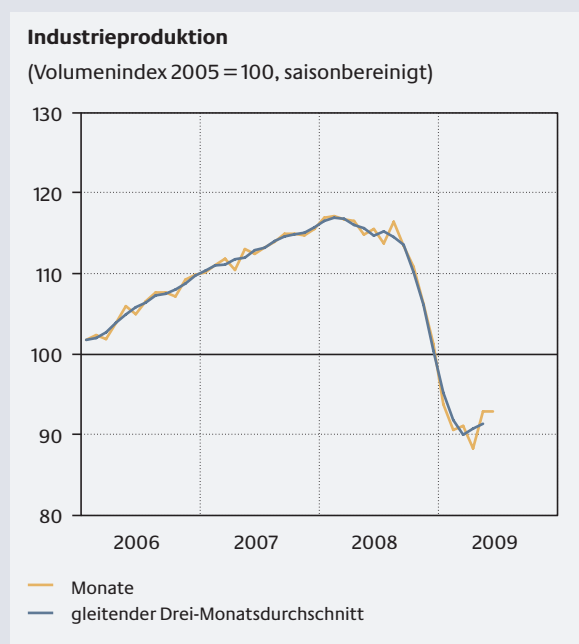
2. Produzierendes Gewerbe

Nach dem steilen Abwärtstrend, der in der zweiten Jahreshälfte 2008 einsetzte, hat die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe im zweiten Quartal dieses Jahres die Talsohle durchschritten. Zwar kam es von Juni auf Juli wieder zu einer Abschwächung der Produktion um preis- und saisonbereinigt 0,9 %, in der Tendenz blieb sie aber aufwärts gerichtet. So war im Zweimonatsvergleich ein Produktionszuwachs um 2,5 % und im Dreimonatsvergleich um 2,9 % zu verzeichnen. Binnen Jahresfrist zeigten sich allerdings weiter die Folgen des zuvor kräftigen Produktionseinbruchs: Kalenderbereinigt unterschritt die Gesamtproduktion im Juni/Juli das Vorjahresniveau um 17,3 %.

Dämpfend auf die Produktionstätigkeit wirkte sich zuletzt – neben der Abnahme der Bauproduktion – die Einschränkung der Industrieproduktion aus. Nach Stagnation im Juni (+0,0%) wurde die Erzeugung hier zuletzt um preis- und saisonbereinigt 0,5% zurückgefahren. Ausschlaggebend waren in erster Linie die schwache Entwicklung im Maschinenbau (-4,0%) und der Rückgang der Produktionstätigkeit bei der Herstellung von Kraftwagen und -teilen (-4,7%). Andere, insbesondere Vorleistungsgüter produzierende Industriezweige wie die Chemische Industrie (+3,5%) und die Metallerzeugung und -bearbeitung (+4,7%) verzeichneten dagegen weiterhin zum Teil deutliche Zuwächse. Der Rückgang der Industrieproduktion insgesamt dürfte allerdings durch einen Ferientageffekt im Juli überzeichnet sein. Im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsvergleich nahm die industrielle Erzeugung weiter deutlich um 2,3% zu. Der Umsatzentwicklung zufolge ist tendenziell nach wie vor das Auslandsgeschäft die wichtigere Stütze der Industrieproduktion. Mit +5,5% nahm das Volumen der Auslandsumsätze im Dreimonatsvergleich nahezu doppelt so stark zu wie die Inlandsumsätze mit +2,9%. Die deutsche Industrie profitiert damit weiterhin stark von der sich stabilisierenden Weltwirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist – angesichts der lebhaften Bestelltätigkeit – im dritten Quartal dieses Jahres mit einer Zunahme der industriellen

Erzeugung zu rechnen. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen kommen positive Impulse vor allem aus dem Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten. Im Zweimonatsvergleich erhöhte sich der Ausstoß hier um 4,9%. Die kräftige Belegung der Produktionstätigkeit in der Chemischen Industrie (+9,6%) und in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+8,9%) machen sich bemerkbar. Auch die Hersteller von Investitionsgütern verzeichneten eine spürbare Produktionszunahme um 1,8%. Dämpfend wirkte sich allerdings die schwache Entwicklung des Maschinenbaus (-2,9%) aus. Die Konsumgüterproduktion wurde mit -1,4% eingeschränkt. Die Vorjahresstände der Industrieproduktion wurden kalenderbereinigt im Juni/Juli weiter deutlich um 19,6% unterschritten.

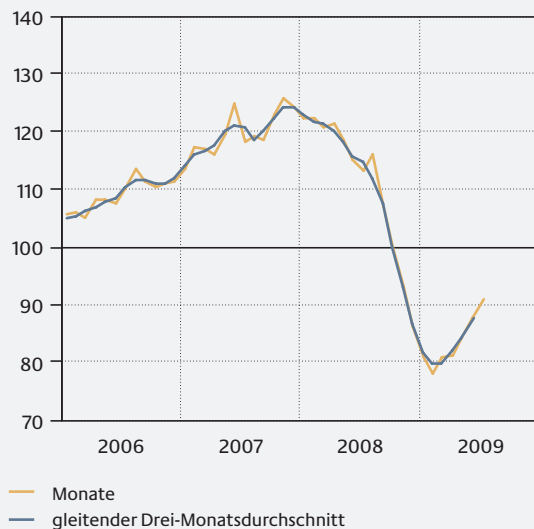
Die Aussichten bleiben angesichts der seit fünf Monaten fortgesetzt lebhaften Bestelltätigkeit vorerst günstig. Dabei fiel der Zuwachs im Juli mit preis- und saisonbereinigt 3,5% erneut deutlich aus, nachdem sich Bestellungen im Monat zuvor bereits um abwärts revidiert 3,8% erhöht hatten. Gegenüber seinen Tiefständen vom Februar dieses Jahres hat sich der Auftragseingangsindex inzwischen saisonbereinigt wieder um 12,5 Prozentpunkte erholt. Bei der konjunkturellen Interpretation der aktuellen Ergebnisse ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass das Orderplus im Juli maßgeblich durch einen staatlichen Großauftrag gespeist wurde. Dies hat entscheidend zu der kräftigen Zunahme der Auftragseingänge im Inland um zuletzt 10,3% beigetragen, während die Auslandsorders um 2,3% zurückgingen. In der Tendenz nahm die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen weiter kräftig zu. Im Zweimonatsvergleich betrug die Zunahme 7,9% und im Dreimonatsvergleich 9,5%. Eine anhaltend lebhafte Bestelltätigkeit ist dabei sowohl aus dem Inland (Zweimonatsvergleich: +7,8%) als auch aus dem Ausland (+7,8%) zu verzeichnen. Innerhalb der industriellen Hauptgruppen kommen kräftige Impulse für die Bestelltätigkeit weiter vor allem aus dem Bereich der Vorleistungsgüterproduzenten (+8,4%) und der Hersteller von Investitionsgütern (+8,8%). Bei den Herstellern von Konsumgütern nahmen die Bestellungen um 0,2% zu. Ihren Vorjahresstand unterschritten die Auftragseingänge in der Industrie im Zweimonatsvergleich (Juni/Juli) kalendermonatlich um 22,6%. Die Inlandsbestellungen lagen dabei um 19,2%, die Auslandsbestellungen um 25,4% unter dem Vorjahres-



niveau. Die anhaltende Aufwärtstendenz bei den Exporterwartungen deutet darauf hin, dass die Industrie auch in den kommenden Monaten mit Nachfrageimpulsen aus dem Ausland rechnen kann. Aber auch die Inlandsnachfrage dürfte nach der erfolgten Anpassung der Lagerbestände weiter expandieren.

Auftragseingang in der Industrie

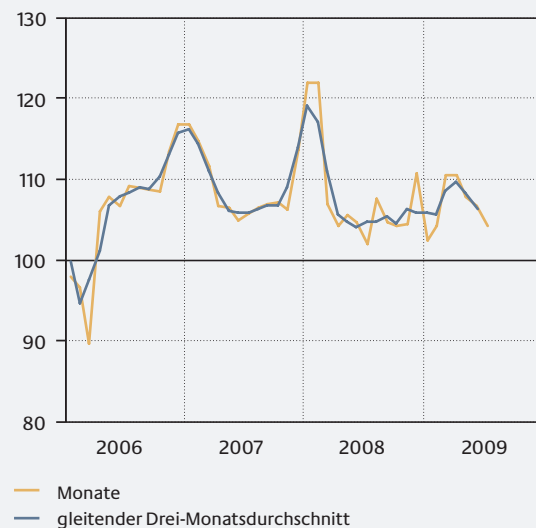
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)



Mit der Verbesserung der Auftragslage in der Industrie hat sich auch die Stimmung der Unternehmen weiter aufgehellt. Das ifo-Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich im August erneut spürbar. Insbesondere die Geschäftserwartungen wurden deutlich angehoben. Gleichzeitig fiel die Einschätzung der Geschäftslage zum dritten Mal in Folge weniger negativ aus, und angesichts der stabileren konjunkturellen Lage erhöhte sich zuletzt die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe erstmals wieder geringfügig. Andere Stimmungsindikatoren wie der Markt/BME-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im August sowie die ZEW-Konjunkturerwartungen im September verbesserten sich zuletzt ebenfalls weiter. Der anhaltende Anstieg der Stimmungsindikatoren stützt die Einschätzung, dass sich die gesamtwirtschaftliche Erholung im dritten Quartal fortsetzt. Allerdings bleiben auf mittelfristige Sicht erhebliche Belastungen und Risiken für die konjunkturelle Entwicklung.

Produktion im Bauhauptgewerbe

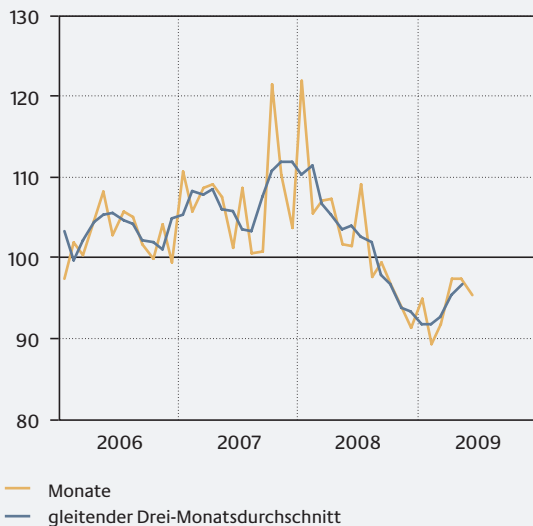
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)



Nachdem die Produktion im Bauhauptgewerbe zu Beginn des zweiten Quartals dieses Jahres noch durch Impulse aus der etwas verspäteten Frühjahrsbelegung gestützt wurde, zeigte sie sich in den folgenden Monaten wieder deutlich rückläufig. Zwar hat sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe im August wohl nicht zuletzt in Erwartung der Konjunkturprogramme weiter verbessert, die Erzeugung konnte allerdings noch nicht stabilisiert werden. Die Bauproduktion nahm zuletzt im Juli deutlich um preis- und saisonbereinigt 2,3% ab und war damit den dritten Monat in Folge rückläufig. Im Dreimonatsvergleich wurden die Ergebnisse der jeweiligen Vorperiode um 2,0% unterschritten. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau lag die Bauproduktion arbeitstäglich bereinigt dagegen noch um 1,8% höher. Die positiven Vorjahresabstände haben sich allerdings verringert.

Die Aussichten für den Bau in den kommenden Monaten sind vor allem vor dem Hintergrund der zunehmend wirksam werdenden konjunkturpolitischen Stützungsmaßnahmen zu beurteilen. So sind im Juni die Bestellungen im Bauhauptgewerbe, sieht man einmal von den erfahrungsgemäß starken Schwankungen in den Einzelmonaten ab, tendenziell mit +1,8% im Zwei- und +5,1% im Dreimonatsvergleich wieder deutlich aufwärts gerichtet. Dabei profitiert vor allem

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)



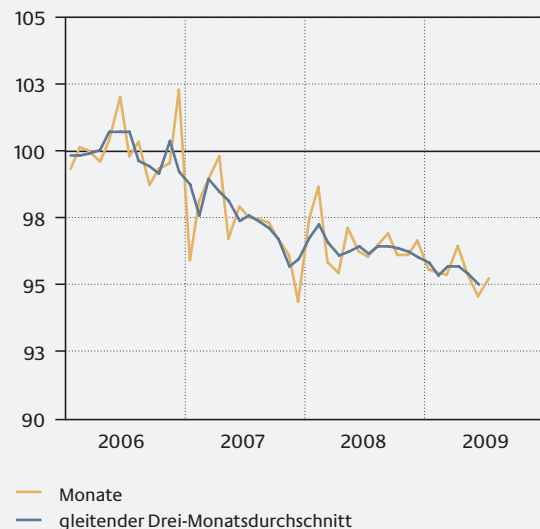
der öffentliche Bau von den staatlichen Konjunkturprogrammen. Hierauf deutet die von den öffentlichen Auftraggebern geprägte lebhafteste Bestelltätigkeit im Tiefbau hin. Mit +4,6% im Zwei- bzw. +6,9% im Drei-monatsvergleich nahmen die Auftragseingänge hier überdurchschnittlich stark zu. Im Hochbau ist die Nachfrageentwicklung dagegen noch uneinheitlich (-1,2% bzw. +3,1%). Während der öffentliche Hochbau tendenziell ein deutliches Plus bei den Aufträgen verbuchte, blieben die Bestellungen im gewerblichen Hochbau weiter abwärts gerichtet. Der Wohnungsbau scheint sich allmählich zu stabilisieren. Impulse dürften von den Programmen zur Energieeinsparung, aber auch von den niedrigen Hypothekenzinsen ausgehen.

3. Privater Konsum

Der private Konsum hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im bisherigen Verlauf dieses Jahres stabilisiert. Sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal waren merkliche Zuwächse der privaten Konsumausgaben um preis- und saisonbereinigt 0,6% bzw. 0,7% zu verzeichnen. Eine maßgebliche Rolle spielte hierbei die angesichts des kräftigen Produktionseinbruchs vergleichsweise moderate Entwicklung am Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stärkte das ruhige Preisklima die Kaufkraft der Verbraucher. Staatliche Einkom-

menstransfers, wie die Erhöhung des Kindergeldes und die Rückzahlung der Pendlerpauschale, stützten die real verfügbaren Einkommen trotz der schweren Rezession zusätzlich. Nicht zuletzt gingen von der Pkw-Umweltprämie kräftige Kaufanreize aus. Die stimulierende Wirkung der Umweltprämie kommt auch in dem starken Anstieg des Umsatzvolumens bei den Pkw im ersten Halbjahr dieses Jahres um saisonbereinigt 8,7% gegenüber der entsprechenden Vorperiode zum Ausdruck. Nach ihrem Höhepunkt im Frühjahr schwächten sich die Umsätze zuletzt aber bereits deutlich ab (Juli: -3,4%). Auch die Neuzulassungen von Pkw sind nach dem kräftigen Wachstum der Zulassungszahlen im Frühjahr nach der Jahresmitte wieder deutlich zurückgegangen. Bis Mitte September wurden erst knapp 2,2 Mrd. Euro und damit noch nicht einmal die Hälfte der bereitgestellten Mittel von 5 Mrd. Euro ausgezahlt. Daher ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der geförderten Neuwagen noch nicht zugelassen ist und teilweise wohl auch erst noch produziert werden muss. Die Impulse aus der Pkw-Umweltprämie werden daher zwar schwächer, sie dauern aber noch an. Bei der Einschätzung der konjunkturellen Wirkung der Umweltprämie ist andererseits in Rechnung zu stellen, dass durch die vermehrten Pkw-Käufe zu einem gewissen Teil andere Konsumausgaben der privaten Haushalte substituiert werden. Dies zeigte sich im Juli in der vergleichsweise schwachen

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2005 = 100, saisonbereinigt)

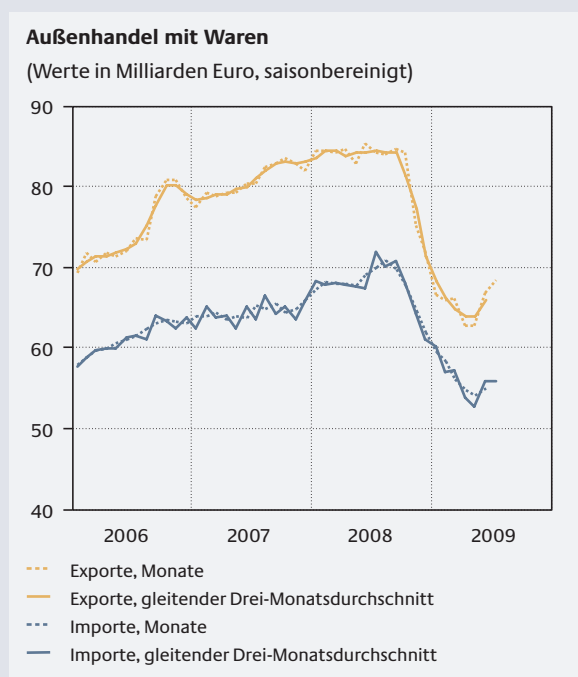


Entwicklung der Einzelhandelsumsätze ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen (Zwei- bzw. Dreimonatsvergleich: -1,1% bzw. -0,7%).

Angesichts der bislang gemäßigten Eintrübung am Arbeitsmarkt, des anhaltend ruhigen Preisklimas, der kräftigen Erhöhung der Renten sowie der sonstigen, die verfügbaren Einkommen steigernden Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen sollte der private Konsum per saldo die Konjunktur weiter stützen. Die Verbraucherstimmung und das Geschäftsklima im Einzelhandel haben sich vor diesem Hintergrund zuletzt spürbar verbessert. Ein Risikofaktor bleibt allerdings die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt.

4. Außenwirtschaft

Mit drei Anstiegen in Folge hat sich bei der Exportentwicklung die Trendwende vollzogen. Bereits im zweiten Quartal insgesamt war das Abwärtstempo merklich geringer ausgefallen, und der Außenbeitrag lieferte – da die Importe noch stärker zurückgingen als die Exporte – erstmals seit einem Jahr wieder einen positiven Wachstumsbeitrag. Auch die Perspektiven gestalten sich angesichts der allmählichen Erholung der Weltkonjunktur wieder günstiger.



Die Warenausfuhren in jeweiligen Preisen sind im Juli erneut deutlich um saisonbereinigt 2,3% angestiegen, nach bereits +6,1% im Juni. Die Mehrmonatsvergleiche notierten damit erstmals seit mehreren Monaten wieder deutlicher im Plus: in der Zweimonatstendenz legten die Exporte um 7,4% und in der Dreimonatstendenz um 1,6% zu. Im Vergleich zum Vorjahr lag die Exporttätigkeit im Juni/Juli aufgrund der vorherigen kräftigen Rückgänge aber nach wie vor um 20,8% niedriger (Ursprungswerte). Überdurchschnittlich stark verringerten sich insbesondere die Versendungen in die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören (-24,5%). Die Eurozonen-Länder nahmen 20,6% weniger Waren ab und in die Drittländer gingen 19,1% weniger Ausfuhren.

Ausgangspunkt für die Konsolidierung der Ausfuhrentwicklung sind die Stabilisierung der Weltkonjunktur und die allmähliche Wiederbelebung der internationalen Handelsströme. So konnte die wirtschaftliche Aktivität in einigen, insbesondere asiatischen Schwellenländern bereits im zweiten Quartal wieder deutlicher anziehen, während sich das Kontraktionstempo in den Industrieländern merklich verringerte bzw. vereinzelt sogar zum Erliegen kam. Die Anstiege der vorlaufenden Indikatoren für die Industriestaaten bzw. die Weltwirtschaft, wie des OECD Composite Leading Indicator für Juli und des ifo World Economic Survey für das dritte Quartal, deuten darauf hin, dass sich die Besserungstendenzen fortsetzen. Damit gestalten sich die Perspektiven für die deutsche Exportentwicklung wieder etwas günstiger. Allerdings fußt die Stabilisierung derzeit noch mehrheitlich auf den umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Impulsen. Eine Vielzahl von Belastungsfaktoren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise besteht fort. So ist derzeit kaum mit einer schnellen und durchgreifenden weltwirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Der Außenwert des Euros, gemessen am Wechselkurs zum US-Dollar, zog zuletzt weiter leicht an und notierte Mitte September bei gut 1,46 US-Dollar/Euro.

Die auf kürzere Sicht ausgerichteten vorlaufenden inländischen Indikatoren deuten ebenfalls leicht verbesserte Perspektiven für die deutsche Exportwirtschaft an. Die ausländische Nachfrage nach deutschen Industriegütern hat sich – trotz eines Rückschlags im

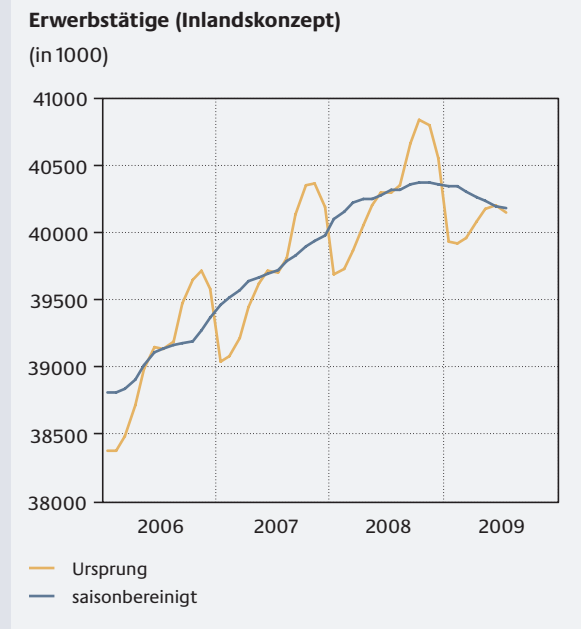
Juli – in der Tendenz wieder belebt (Dreimonatsvergleich: saisonbereinigt +9,6% gegenüber Vorperiode). Dies wirkte sich positiv auf die Stimmung der Exporteure aus, die ihre Erwartungen für die nächsten drei Monate laut ifo-Umfrage im August erneut auf -1,3 Saldenpunkte an hoben (Juli: -7,8 Saldenpunkte).

Die Wareneinfuhren in jeweiligen Preisen blieben im Juli unverändert (+0,0%), nach einem kräftigen Plus von 5,9% im Juni. Die Tendenz der Einfuhrentwicklung gestaltet sich uneinheitlich. Während die Einfuhren im Zweimonatsvergleich um 4,8% zunahm, wurden im Dreimonatsvergleich 2,1% weniger Waren importiert. Das Vorjahresniveau wurde im Juni/Juli weiter kräftig um 20,2% unterschritten (Ursprungswerte).

Die Handelsbilanz wies im Juli einen Überschuss von 13,9 Mrd. Euro aus und damit in etwa soviel wie im entsprechenden Vorjahresmonat (-0,1 Mrd. Euro). Kumuliert seit Beginn des Jahres ergab sich zuletzt ein Handelsbilanzüberschuss von 71,7 Mrd. Euro, das sind 47,0 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr. Die Leistungsbilanz schloss im Juli mit einem Überschuss von 11,1 Mrd. Euro ab, das bedeutet ein Minus von 0,2 Mrd. Euro gegenüber Juli 2008.

5. Arbeitsmarkt

Angesichts des kräftigen Produktionseinbruchs in der ersten Jahreshälfte 2009 erweist sich der Arbeitsmarkt nach wie vor noch als bemerkenswert widerstandsfähig. Die konjunkturbedingte Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten beiden Monaten nicht fortgesetzt und der Beschäftigungsrückgang verläuft vergleichsweise moderat. Deutlich entlastend wirkt weiterhin nach wie vor die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird zudem, wie bereits im Vormonat, stark durch Sondereffekte im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik bestimmt. Die Belastungen für den Arbeitsmarkt bleiben aber auch nach Durchschreiten der konjunkturellen Talsohle im zweiten Quartal und trotz der – durch die Konjunkturprogramme begünstigten – Aussicht auf eine gewisse Erholung im dritten Quartal hoch. Insbesondere bei einem Rückgang der Kurzarbeit könnte sich die Lage am Arbeitsmarkt spürbarer eintrü-



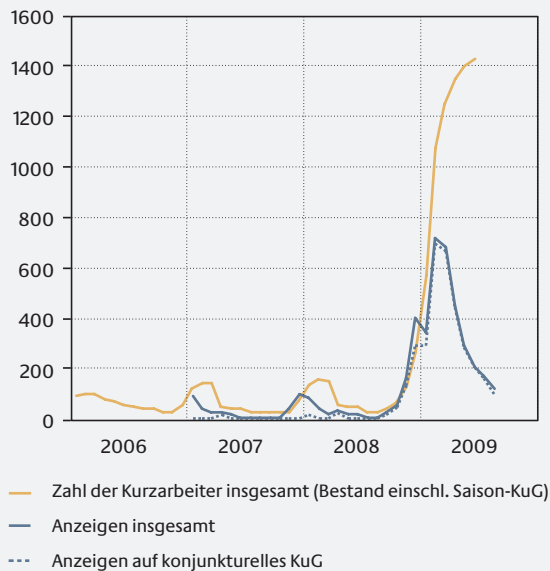
ben. Positiv zu vermerken ist aber, dass die Beschäftigungspläne der Unternehmen tendenziell weniger negativ ausfallen.

Die Erwerbstätigkeit geht weiter zurück. Der Rückgang fiel zuletzt mit saisonbereinigt -15.000 Personen allerdings deutlich niedriger aus als im Mai und im Juni mit jeweils -37.000 Personen. Gemäß den Ursprungszahlen nahm die Erwerbstätigkeit von Juni auf Juli saisonbedingt um 53.000 Personen auf 40,15 Mio. Erwerbstätige ab. In den letzten drei Jahren 2006 bis 2008 waren dagegen im selben Monat nur Beschäftigungsrückgänge von durchschnittlich rund 10.000 Personen zu verzeichnen. Der Vorjahresstand bei der Zahl der Erwerbstätigen wurde deutlich um 144.000 unterschritten.

Einen nur vergleichsweise leichten Rückgang verzeichnete zuletzt auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni saisonbereinigt nur um 5.000 Personen zurück, nach -50.000 im Mai und -40.000 im April. Mit insgesamt 27,42 Mio. (Ursprungszahl) lag die Zahl der Beschäftigten im Juni erstmals um 36.000 unter dem Niveau des Vorjahres. Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird vor allem durch

Kurzarbeit und Anzeigen

(in 1000)



die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung gestützt. Nach Schätzungen der BA war hier im Juni gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um ca. 210.000 teilzeitbeschäftigten Personen zu verzeichnen, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten weiter zurückging.

Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger lag im zweiten Quartal 2009 mit 4,43 Mio. leicht unter dem Vorjahresstand (-40.000). Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung erhöhte sich nach ersten Schätzungen der BA dagegen im Juni gegenüber dem Vorjahr weiter um 97.000 Personen auf insgesamt 4,98 Mio. In Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1-Euro-Jobs) waren nach vorläufigen Angaben im Juli 287.000 Arbeitslosengeld II-Empfänger beschäftigt, 15.000 Personen weniger als im Vorjahr.

Die weiterhin hohe Inanspruchnahme der Kurzarbeit trägt neben der Nutzung flexibler Arbeitszeitregelungen auch weiterhin maßgeblich zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei. Angaben zum tatsächli-

chen Umfang an Kurzarbeit liegen erst bis Monat März vor.⁴ Hiernach wurden zuletzt 1,26 Mio. Kurzarbeiter gezählt, darunter 1,12 Mio. Kurzarbeiter aus konjunkturellen Gründen nach § 170 SGB III. Bis Juni hat sich der Bestand an Kurzarbeitern aus konjunkturellen Gründen nach Schätzungen der BA auf ca. 1,43 Mio. erhöht. Dies entspricht in Beschäftigtenäquivalenten gerechnet einem Bestand von zuletzt 366.000. Die Anzeigen für Kurzarbeit aus konjunkturellen Gründen sind weiter rückläufig. Im August gingen 98.000 neue Anzeigen für konjunkturelles Kurzarbeitergeld ein, nach 160.000 im Juli und 204.000 im Juni.

Das gemeldete Stellenangebot hat im August weiter abgenommen. Die Zahl der offenen Stellen verringerte sich insgesamt saisonbereinigt um 3.000 Personen (Juli: -1.000). Darunter sind die ungeforderten Stellen für „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die die Marktentwicklung besser widerspiegeln, weiter um 1.000 (Juli: -5.000) zurückgegangen. Nicht saisonbereinigt nahm der Bestand an offenen Stellen insgesamt im August um 2.000 auf 486.000 zu. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Minus von 101.000 Stellen. Der Stellenindex der BA (BA-X)⁵ als umfassender Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften am ersten Arbeitsmarkt sank im August wei-

ifo-Beschäftigungsbarometer

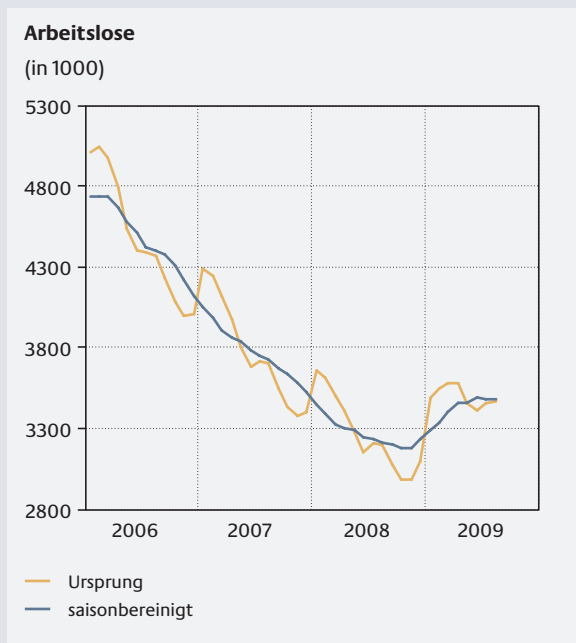
(Index 2000 = 100, saisonbereinigt)



4 Angaben über die tatsächliche Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld liegen üblicherweise jeweils zwei Monate nach Quartalsende vor. Die Angaben für das 2. Quartal 2009 verzögern sich aber wegen unvollständiger Betriebsmeldungen.

5 Die Basis für den Stellenindex bilden die der BA gemeldeten ungeforderten Stellen für „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die gemeldeten Stellen aus der privaten Arbeitsvermittlung sowie Stellen für Freiberufler und Selbständige.

ter leicht um 1 Punkt auf 121 Punkte (2004=100). Im Vorjahresvergleich lag der Index damit um 44 Punkte niedriger. Insgesamt bewegt sich die Nachfrage nach Arbeitskräften seit Juni dieses Jahres in etwa auf demselben niedrigen Niveau. Das ifo-Beschäftigungsbarometer hat sich von Juli auf August saisonbereinigt wieder etwas verbessert. Per saldo bleiben die Personalplanungen der Unternehmen allerdings weiterhin auf Beschäftigungsabbau ausgerichtet.



Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im August jahreszeitlich bedingt leicht um 9.000 Personen auf 3,472 Mio. In den Jahren 2006 bis 2008 hatte die Arbeitslosigkeit im August durchschnittlich um 13.000 Personen abgenommen. In saisonbereinigter Rechnung stagnierte die Arbeitslosigkeit in etwa (-1.000 Personen), nach einem leichten Rückgang um 5.000 im Juli. In den Monaten zuvor war die Zahl der Arbeitslosen dagegen teilweise deutlich angestiegen (Durchschnitt Januar bis Juni: +44.000). Bei der konjunkturellen Interpretation der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit ist in Rechnung zu stellen, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – insbesondere Effekte im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des arbeits-

marktpolitischen Instrumentariums⁶ – den Anstieg der Arbeitslosenzahlen spürbar gedämpft haben. Ohne diese Effekte wäre die Arbeitslosigkeit zuletzt um schätzungsweise 25.000 Personen angestiegen (Juli: +14.000). Im Vorjahresvergleich nahm die Arbeitslosigkeit aus konjunkturellen Gründen weiter deutlich zu. Dabei haben sich die Vorjahresabstände weiter erhöht (August: +276.000 Personen, Juli: +252.000). Die Arbeitslosenquote stieg zuletzt leicht auf 8,3 % (Juli: 8,2 %).

Ein weiterer entlastender Faktor für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist das anhaltend rückläufige Arbeitskräfteangebot. Nach Schätzungen des IAB ist im Jahr 2009 hier mit einem Rückgang um 151.000 Personen zu rechnen. Dagegen gehen mit dem Ende der vorruhestandsähnlichen Regelungen für ältere Arbeitnehmer belastende Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit aus. Die BA beziffert diesen Effekt seit Januar 2008 kumuliert in einer groben Schätzung auf insgesamt ca. 160.000 bis 170.000 Personen.

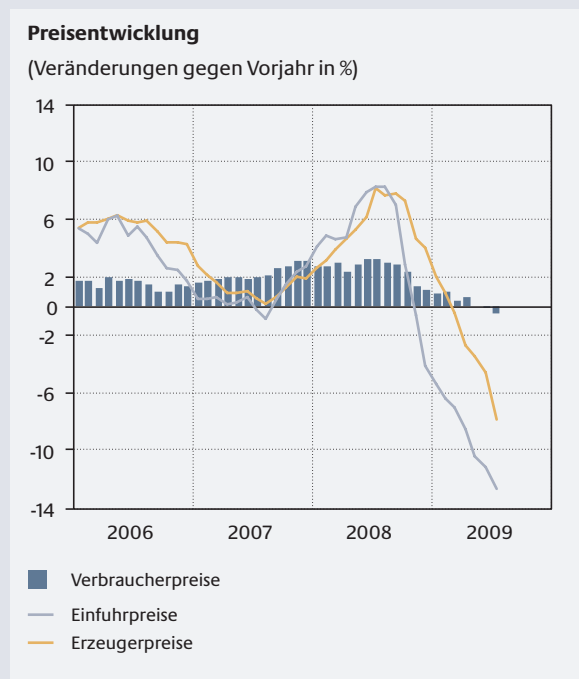
Die Zahl der erwerbslosen Inländer in der Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation lag im Juli wie bereits im Monat zuvor saisonbereinigt bei 3,32 Mio. Personen. Die international vergleichbare saisonbereinigte Erwerbslosenquote betrug wie im Juni zuletzt 7,7 %.

6. Preise

Die Verbraucherpreise stagnierten binnen Jahresfrist, während sich auf der vorgelagerten Einfuhr- und Erzeugerstufe deutliche Preisrückgänge zeigten. Maßgeblichen Einfluss auf die moderate Preisentwicklung haben nach wie vor die deutlich unter den Höchstständen aus dem Vorjahr liegenden Preise für Energie und Nahrungsmittel. Zwar laufen die zuvor stark dämpfend wirkenden Basiseffekte aus dem kräftigen Preisaufruf bis Juli 2008 allmählich aus, das Vorjahrespreisniveau dürfte bei diesen Gütern aber noch bis in den Herbst hinein unterschritten werden und einen tendenziell dämpfenden Einfluss auf die Jahresteuerrate haben. Auch im Verlauf übten die Rohstoff-

6 Die neu geschaffenen „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ (§ 46 SGB III) erhöhen die Entlastungswirkung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums und mindern im Gegenzug die registrierte Arbeitslosigkeit ab Mai ansteigend bis Jahresende um voraussichtlich 200.000 Personen.

preise zuletzt kaum Druck auf das allgemeine Preisniveau aus. Die Rohölpreise entwickelten sich weitgehend seitwärts und notierten Mitte September mit knapp 68 US-Dollar je Barrel der Sorte Brent wieder leicht unter dem Stand von vor einem Monat. Auch bei den Industrie- und Agrarrohstoffen setzten sich die zuvor beobachteten tendenziellen Preisanstiege zunächst nicht weiter fort. Angesichts der nach wie vor recht schwachen Nachfrage und trotz des insbesondere auf den starken Rückgang der geleisteten Stunden basierenden Anstiegs der Arbeitskosten der Unternehmen (zweites Quartal: +4,8 % gegenüber Vorjahr) dürften sich die Preise auch absehbar sehr moderat entwickeln.



Der Einfuhrpreisindex fiel im Juli wieder um 0,9 % gegenüber dem Vormonat, nach +0,4 % im Juni. Ausschlaggebend waren die rückläufigen Importpreise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse (jeweils -3,7 % gegenüber Vormonat). Aber auch im Nahrungsmittelsektor fielen die Preise unter den Vormonatsstand zurück. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Einfuhrpreisindex um 12,6 % und erreichte damit die geringste Jahresteuerrate seit Februar 1987. Dies war nach wie vor insbesondere auf die kräftigen Preisrückgänge bei Rohöl und Mineralölerzeugnissen zurückzuführen, die sich um jeweils 45,9 % verbilligten. Der

Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lag im Juli 2009 um 6,8 % unter dem Stand von Juli 2008. Bei den Nahrungsmitteln waren vor allem die Preise für Getreide (-29,0 %) sowie für Milch und Milcherzeugnisse (-14,2 %) gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Ausfuhrpreise verringerten sich im Juli leicht um 0,2 % gegenüber dem Vormonat und um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die Terms of Trade verbesserten sich entsprechend binnen Jahresfrist weiter deutlich.

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sanken im Juli wieder um 1,5 % gegenüber Juni, nach dem sie im Vormonat weitgehend unverändert geblieben waren (-0,1 %). Der zuletzt verstärkte Rückgang im Verlauf ist auf die gesunkenen Preise für Energieprodukte zurückzuführen (-4,5 %). Binnen Jahresfrist nahm der Erzeugerpreisindex um 7,8 % ab – das ist der bislang stärkste gemessene Rückgang im Vorjahresvergleich seit 1949. Grund für die hohe negative Jahresteuerrate ist die Preisentwicklung bei Energie (-16,5 %). Im Juli 2008 führten die hohen Energiepreise zum bisherigen Höchststand des Erzeugerpreisindex. Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise um 3,6 %. Aber auch Vorleistungsgüter (-7,9 %) und hier insbesondere Metalle (-23,8 %) verzeichneten deutliche Preisnachlässe.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im August im Verlauf leicht um 0,2 %, nachdem sie im Juli konstant geblieben waren. Gegenüber dem Vormonat waren insbesondere deutlichere Anstiege bei leichtem Heizöl und Kraftstoffen zu verzeichnen (+9,3 % bzw. +4,7 %). Demgegenüber verbilligten sich Nahrungsmittel – auch saisonbedingt – weiter (-1,1 %). Im Vorjahresvergleich stagnierten die Verbraucherpreise zuletzt (+0,0 %) und haben damit den negativen Bereich, der im Juli aufgrund des Höchststandes des Verbraucherpreisindex im entsprechenden Vorjahresmonat erreicht wurde, wieder verlassen. Einen stark dämpfenden Einfluss auf die Jahresrate hatten nach wie vor Energiegüter, wie Heizöl und Kraftstoffe, die sich um 32,5 % bzw. 10,7 % gegenüber August 2008 verbilligten. Auch Gas kostete deutlich weniger als ein Jahr zuvor (-6,1 %). Darüber hinaus sanken auch die Preise von Nahrungsmitteln spürbar um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die Jahresteuerrate ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel, die so

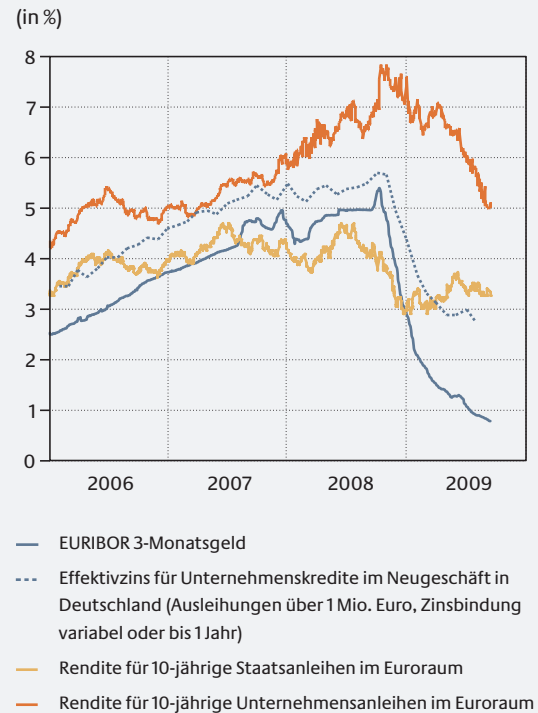
genannte Kerninflation, verblieb im August wie bereits in den Vormonaten bei 1,1%. Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex ging im August leicht um 0,1% gegenüber dem Vorjahr zurück.

7. Monetäre Entwicklung

Die seit März zu beobachtenden Entspannungstendenzen an den Weltfinanzmärkten setzten sich bis Mitte September⁷ fort. Die Geldmärkte in den USA und im Euroraum blieben durch die umfangreiche Liquiditätsversorgung der Zentralbanken gut gestützt, so dass sich die Risikoaufschläge zurückbildeten und die Zinsen weiter abnahmen. Die verbesserten Konjunkturaussichten erhöhten zudem die Risikobereitschaft der Marktteilnehmer. Davon profitierten erneut insbesondere die weltweiten Aktienmärkte. Der DAX notierte zur Monatsmitte im September 6% über dem Stand von vor einem Monat. Auch an den Anleihemärkten verringerten sich die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen weiter. Die Renditen von Staatsanleihen lassen demgegenüber auf eine vorsichtiger konjunkturelle Einschätzung schließen. Trotz nach wie vor umfangreicher Neuemission gingen die Renditen hier noch einmal leicht zurück. Auch dürfen die positiven Signale nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bereinigung der Bankbilanzen von risikobehafteten Vermögenswerten noch nicht abgeschlossen ist und die Unsicherheit an den Märkten nach wie vor hoch ist. Dies führt, zusammen mit dem geringeren finanziellen Mittelbedarf der Unternehmen dazu, dass die Kreditvergabeaktivität der Banken weiter gedämpft wird.

Konstant bei 1,0% beließ die Europäische Zentralbank (EZB) auf ihrer Sitzung am 3. September 2009 ihren Leitzins. Im Zuge der unbegrenzten Liquiditätsversorgung zum festen Zinssatz gaben die Interbankenzinsen in der Eurozone aber weiter nach. Der Dreimonats-EURIBOR verringerte sich binnen Monatsfrist um 10 Basispunkte auf knapp 0,8% zum Stand Mitte September. Ausschlaggebend war eine weitere Rückbildung der Risikoprämie am Interbankenmarkt, gemessen an der Differenz des Dreimonats-EURIBOR zum Dreimonats-EONIA-Swapsatz, auf 37 Basispunkte.

Kurz- und langfristige Zinsentwicklung



Am US-Geldmarkt verringerten sich die Dreimonatszinsen (BBA-LIBOR) ebenfalls noch einmal um 14 Basispunkte auf 0,3%, insbesondere weil die Risikoprämie mit 11 Basispunkten auf den niedrigsten Stand seit Juli 2007 sank. Die FED beließ ihre Leitzinsen in der Spanne zwischen 0% und 0,25%. Die Zinsdifferenz zwischen dem Euroraum und den USA hat sich von Mitte August bis Mitte September wieder leicht auf 48 Basispunkte erhöht.

Nachdem sich die Renditen von Staatsanleihen von Mitte März bis Mitte Juni zunächst deutlicher erholen konnten, weisen sie seitdem – bei sich mehrenden konjunkturellen Stabilisierungssignalen – keine eindeutige Tendenz auf. Angebots- und Nachfragefaktoren – wie das hohe Neuemissionsvolumen von Staatsanleihen und die gleichzeitig steigende Nachfrage durch Banken und institutionelle Anleger⁸ – dürften dabei nach wie vor erheblichen Einfluss ausüben. Im Euroraum notierten die Renditen zehnjähriger Papiere Mitte September wieder leicht um 5 Basispunkte unter dem Stand von vor einem Monat bei 3,3%.

⁷ Berichtszeitraum: 14. August bis 15. September 2009.

⁸ Vgl. Monatsbericht der EZB im September 2009.

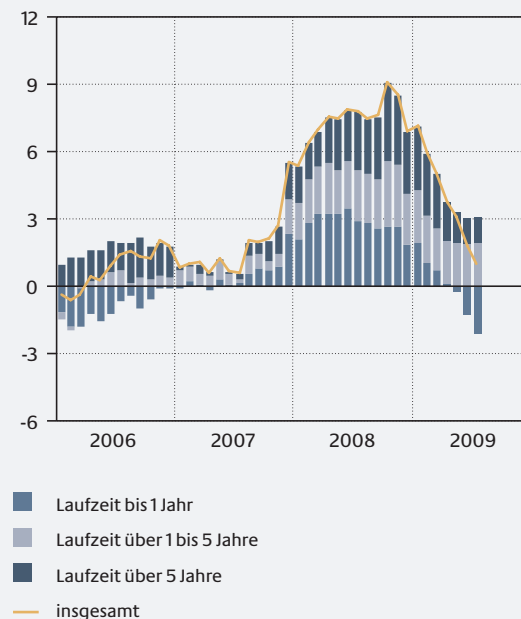
Zehnjährige US-Treasuries rentierten Mitte September bei 3,4% und damit sogar 12 Basispunkte unter dem Stand von Mitte August. Der Renditeabstand zwischen Anleihen in den USA und dem Euroraum hat sich damit auf noch gut 15 Basispunkte verringert.

Am Markt für Unternehmensanleihen in der Eurozone zeigten sich weiter kräftige Entspannungstendenzen. Die Renditen für Anleihen mittlerer Bonität (so genannte BBB-Anleihen) mit zehnjähriger Laufzeit gingen erneut kräftig um 45 Basispunkte auf 5,0% zurück. Der Aufschlag auf sichere Staatsanleihen fiel mit 175 Basispunkten auf den niedrigsten Stand seit Anfang 2008 zurück. Auch am US-Anleihenmarkt konnten sich die Renditen weiter um 33 Basispunkte auf 6,6% zurückbilden. Der Renditeaufschlag auf sichere Staatsanleihen lag damit verringert bei 311 Basispunkten. Die Prämien für Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps, CDS) schwächten sich im Berichtszeitraum sowohl in den USA als auch in der Eurozone weiter ab. Sie lagen gemessen am fünfjährigen iTRAXX Crossover Index für Europa und am fünfjährigen CDX High Yield Index für die USA Mitte September noch bei 543 bzw. 697 Basispunkten.

Nach dem leichten Anstieg im Vormonat verringerten sich die Bankzinsen für Unternehmenskredite in Deutschland im Juli⁹ wieder deutlicher. Die Kreditzinsen für Ausleihungen über kürzere Laufzeiten (Neuausleihungen über 1 Mio. Euro ohne Zinsbindung oder mit Zinsbindung bis zu einem Jahr) gingen von 2,9% auf 2,7% zurück. Seit Beginn der Leitzinsenkungen durch die EZB im Oktober 2008 haben sich die Finanzierungskosten für kurzfristige Kredite damit insgesamt um gut 290 Basispunkte verringert. Die Interbankenzinsen gingen mit gut 410 Basispunkten aber noch deutlicher zurück, was dafür spricht, dass die Banken ihre Risikoaufschläge erhöht haben. Für längere Laufzeiten (Neuausleihungen über 1 Mio. Euro mit einer Zinsbindung über 5 Jahre) nahmen die Kreditzinsen von Juni auf Juli ebenfalls wieder von 4,7% auf 4,5% ab. Neben der Ausweitung der Risikoprämien haben die deutschen Banken, der Juli-Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) nach zu urteilen, ihre Kreditkonditionen im zweiten Quartal noch einmal – wenn auch deutlich weniger stark als in den Quartalen zuvor – verschärft.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Ursprungszahlen, Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten)



Die Kreditvergabe an den privaten Sektor verläuft angesichts der restriktiveren Vergabebedingungen sowie des nach wie vor geringeren Mittelbedarfs von Unternehmen und Haushalte weiter merklich gedämpft. Im Euroraum schwächte sich die Jahreszuwachsrate der Unternehmenskredite weiter kräftig von 2,9% im Juni auf 1,6% im Juli ab. Seit Februar waren im Monatsvergleich Abflüsse zu verzeichnen. Auch in Deutschland verringerte sich die jährliche Zuwachsrate erneut von 1,8% auf 1,0%. Insbesondere kurzfristige Kredite waren deutlich weniger gefragt; das Kreditvolumen schrumpfte hier um 9,2% gegenüber dem Vorjahr. Das Kreditgeschäft mit den privaten Haushalten wird im Euroraum nach wie vor von der Schwäche der europäischen Immobilienmärkte beeinträchtigt. Das ausstehende Kreditvolumen blieb auf Jahressicht unverändert (Juni: +0,2%). In Deutschland verläuft das Kreditgeschäft mit den privaten Haushalten bereits seit langem äußerst gedrückt; die Jahreszuwachsrate lag im Juli bei -0,2% (Juni: -0,4%).

Die Unternehmen nutzen im Juli erneut die Finanzierung über die Rentenmärkte. So erhöhten deutsche

9 Für die nachfolgenden Angaben liegen Daten bis Juli vor.

Unternehmen ihre Verschuldung über die Emission von festverzinslichen Wertpapieren weiter um 1,7 Mrd. Euro (Juni: +1,9 Mrd. Euro), wobei es sich per saldo ausschließlich um Wertpapiere mit längerer Laufzeit handelte. Die Jahreswachstumsrate der von deutschen Unternehmen begebenen und sich im Umlauf befindenden festverzinslichen Schuldverschreibungen blieb im Juli auf hohem Niveau (+111,0%). Im Euroraum insgesamt stieg die Jahreswachstumsrate der von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften begebenen und sich im Umlauf befindenden festverzinslichen Wertpapiere von 16,1% im Mai auf 18,6% im Juni an.

Die Abschwächung der Geldmengendynamik setzte sich im Juli fort. Die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge M3 schwächte sich von 3,6% auf 3,0% ab. Die Jahreszuwachsrate der liquiden Komponente M1 (Bargeld und täglich fällige Einlagen) erhöhte sich demgegenüber weiter von 9,4% auf 12,2%. Bei der starken Ausdehnung der Geldmenge M1 im Vergleich zu anderen Komponenten von M3 dürfte eine maßgebliche Rolle spielen, dass sich im Zuge der Zinsrückgänge die Opportunitätskosten der Bargeldhaltung im Vergleich zu kurzfristigen Geldeinlagen merklich verringert haben. Die Jahreswachstumsrate der kurzfristigen Termineinlagen verminderte sich weiter von 0,4% auf -2,6% und die der marktfähigen Finanzinstrumente von -4,0% auf -7,0%.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²							
	2007		2008				2009	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,8	+ 0,1	+ 1,6	- 0,6	- 0,3	- 2,4	- 3,5	+ 0,3
Inländische Verwendung	+ 1,0	- 0,7	+ 2,3	- 1,3	+ 1,2	- 0,4	- 1,0	- 1,3
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	- 0,3	+ 0,4	- 0,6	+ 0,3	- 0,4	+ 0,6	+ 0,7
Konsumausgaben des Staates	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,8	+ 2,3	+ 2,4	- 2,4	+ 0,6	- 2,0	- 7,7	+ 0,8
Ausrüstungen	+ 1,0	+ 3,9	- 0,6	- 0,8	+ 1,5	- 3,7	-18,5	- 0,5
Bauten	+ 0,6	+ 0,8	+ 5,9	- 4,3	- 0,4	- 1,0	+ 0,2	+ 1,4
Sonstige Anlagen	+ 1,6	+ 2,7	- 2,5	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,0	- 0,3	+ 2,3
Exporte	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,2	- 0,1	- 7,9	-10,5	- 1,2
Importe	+ 2,3	0,0	+ 3,3	- 1,5	+ 3,4	- 4,2	- 5,3	- 5,1
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴								
Inländische Verwendung	+ 0,9	- 0,6	+ 2,1	- 1,2	+ 1,1	- 0,4	- 1,0	- 1,2
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	- 0,5	+ 0,1	- 0,4	- 1,5	+ 0,1
Ausrüstungen	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 1,5	0,0
Bauten	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	- 0,4	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	- 1,0	+ 1,2	- 0,5	+ 0,8	+ 0,2	0,0	- 1,9
Außenbeitrag	0,0	+ 0,8	- 0,5	+ 0,7	- 1,4	- 2,1	- 2,6	+ 1,6
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶							
	2006	2007	2008	2008			2009	
				2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 3,4	+ 1,4	- 1,7	- 6,4	- 7,1
Inländische Verwendung	+ 2,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,7	- 1,1	- 2,5
Private Konsumausgaben ³	+ 1,0	- 0,4	0,0	+ 0,9	+ 0,4	- 0,6	- 0,1	+ 0,5
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,7	+ 4,3	+ 4,1	+ 6,4	+ 4,3	- 1,2	-11,1	-10,9
Ausrüstungen	+11,1	+ 6,9	+ 5,3	+ 7,2	+ 5,8	- 3,0	-20,1	-23,4
Bauten	+ 5,0	+ 1,8	+ 2,7	+ 5,8	+ 2,7	+ 0,3	- 5,6	- 2,9
Sonstige Anlagen	+ 8,0	+ 8,0	+ 6,6	+ 4,7	+ 5,6	+ 4,7	+ 6,9	+ 6,7
Exporte	+12,7	+ 7,5	+ 3,9	+ 7,6	+ 4,2	- 5,7	-17,2	-20,5
Importe	+11,9	+ 5,0	+ 5,2	+ 5,7	+ 5,8	+ 1,2	- 7,3	-12,5

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000=100;

2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

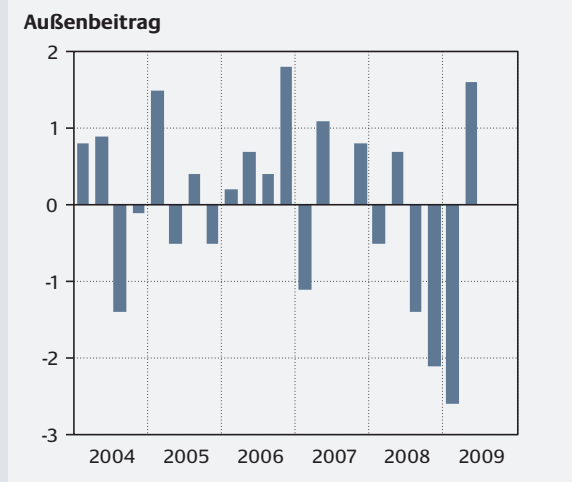
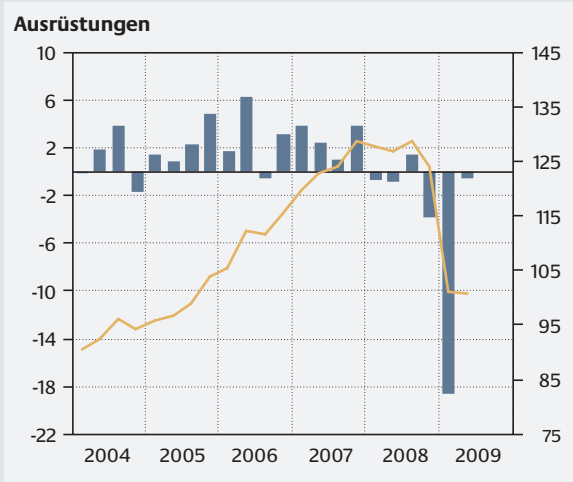
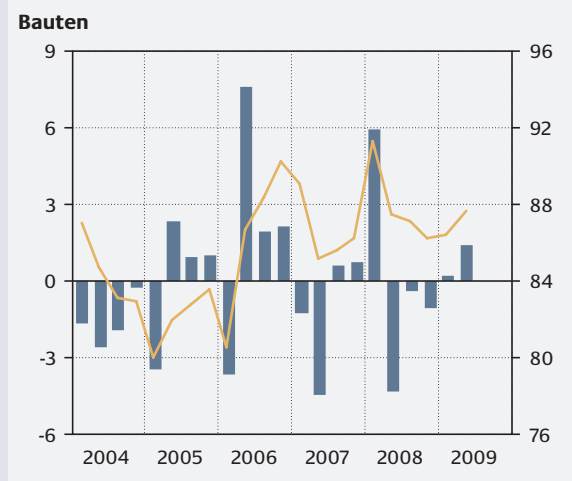
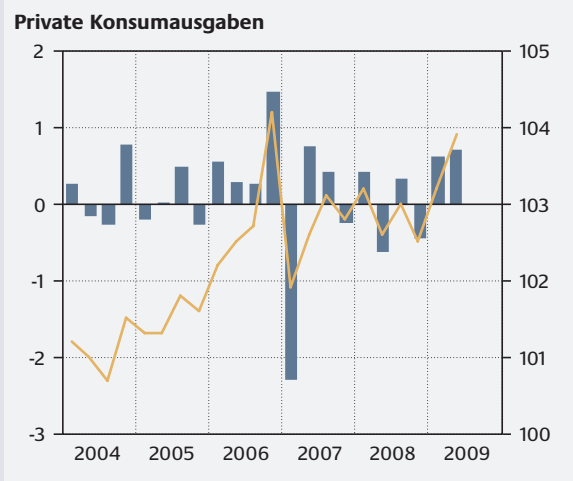
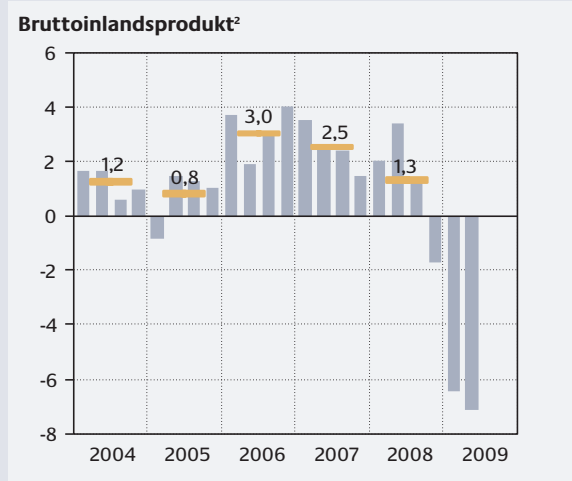
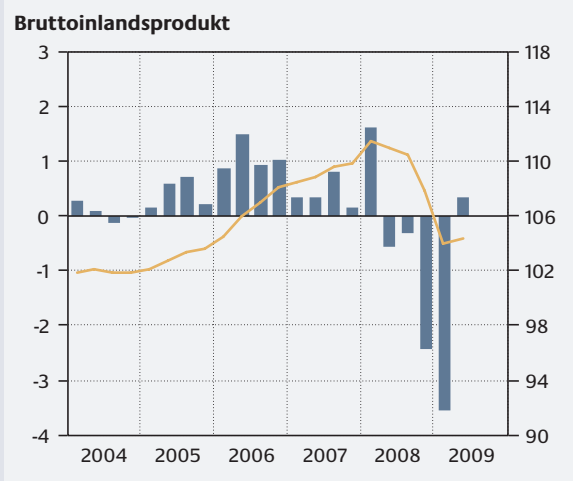
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;

4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;

5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;

6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



— Kettenindex (rechte Skala)

■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)

■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹								
	2007		2008			2009		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²								
Bruttowertschöpfung ³	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,5	- 0,4	- 0,6	- 2,5	- 3,7	0,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,8	- 1,0	- 1,9	- 7,5	-12,0	- 1,2
Baugewerbe	- 0,1	+ 1,8	+ 8,0	- 5,6	- 1,3	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,4	- 0,5	- 0,4	- 2,1	- 2,9	- 0,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,8	+ 0,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,4	+ 0,6
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 0,5	+ 0,3	+ 4,1	- 0,5	+ 0,7	- 1,0	+ 0,9	- 1,2
Veränderungen gegen Vorzeitraum in %								
	2006			2008			2009	
	2006	2007	2008	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung								
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,1
Private Konsumausgaben	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,3	0,0	- 0,3
Kennzahlen								
Erwerbstätige ³	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1
Arbeitsvolumen ⁴	+ 0,3	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,8	- 0,2	- 2,7	- 4,8
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 2,5	+ 0,8	- 0,1	+ 1,9	0,0	- 2,7	- 6,8	- 7,1
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,4	- 0,2
Lohnstückkosten ⁷	- 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 0,1	+ 2,4	+ 5,0	+ 7,8	+ 7,4
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,2	+ 1,0	+ 0,1	- 0,1
Terms of Trade	- 1,3	+ 0,4	- 0,8	- 1,6	- 2,2	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,7
Prognose Bruttoinlandsprodukt⁹								
Institution		Stand	2009	2010				
EU	Europäische Union	09/09	- 5,1	+ 0,3				
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/09	- 4,9	+ 1,0				
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09/09	- 5,2	+ 0,9				
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	09/09	- 4,8	+ 0,3				
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/09	- 5,0	+ 1,2				
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	07/09	- 6,4	+ 0,5				
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/09	- 6,2	- 0,6				
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	06/09	- 5,8	0,0				
ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung	06/09	- 6,3	- 0,3				
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/09	- 6,0	+ 0,5				
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/09	- 6,0	- 0,5				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;

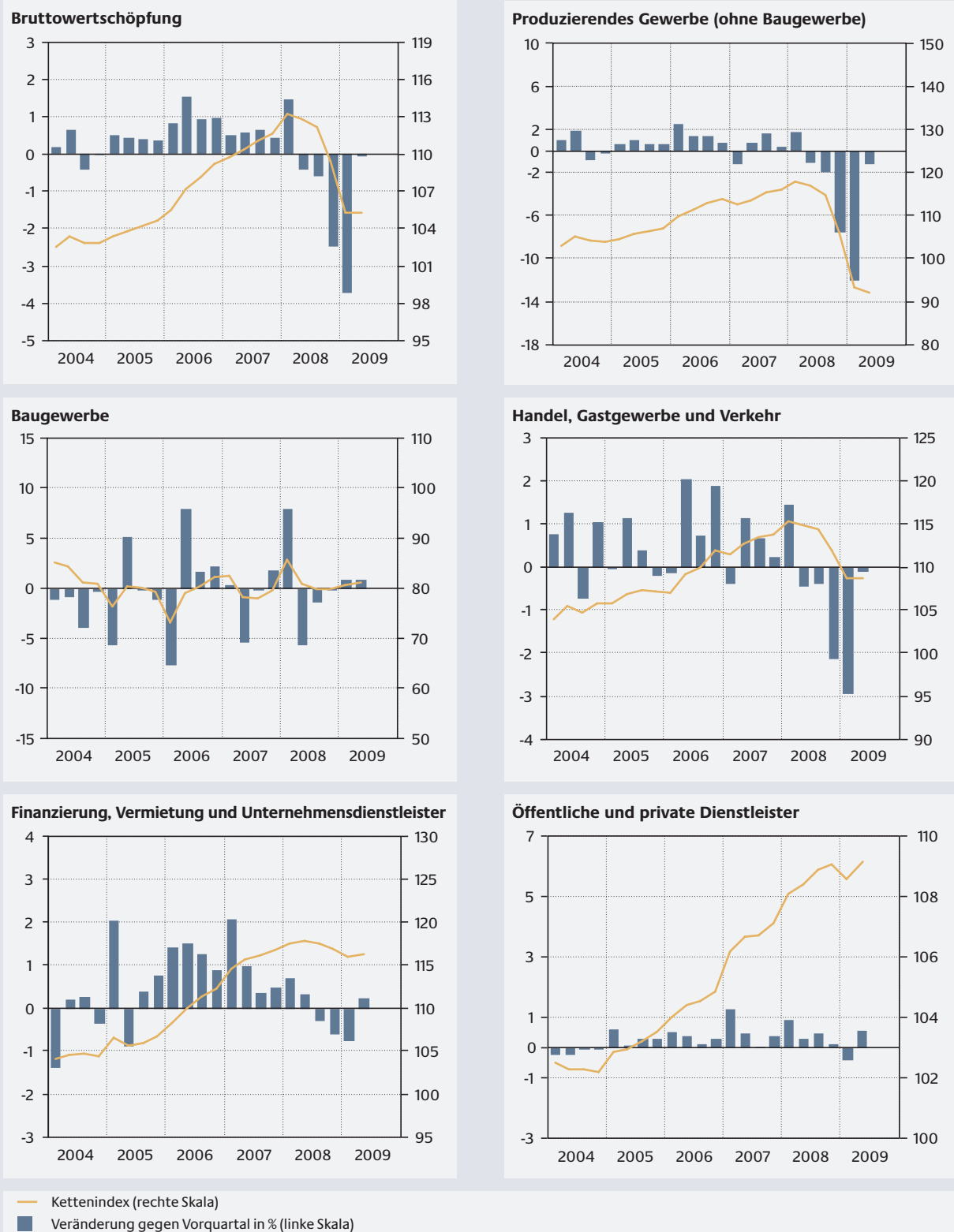
3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;

6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität

(BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;

10 Eigene Berechnung kalenderbereinigte Werte in Ursprungswerte.

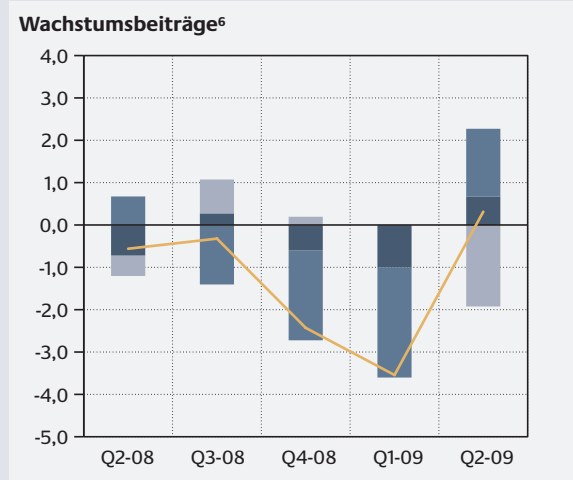
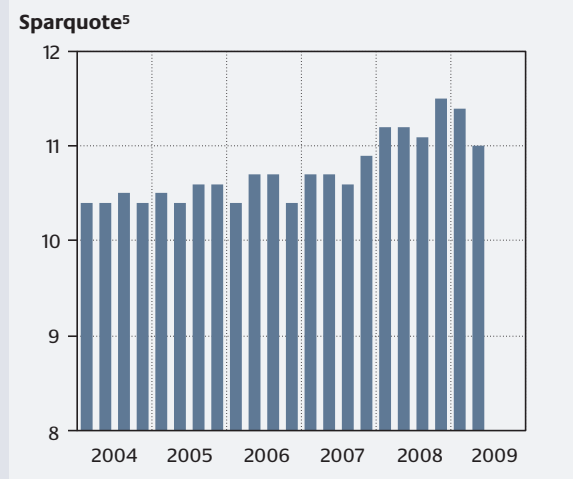
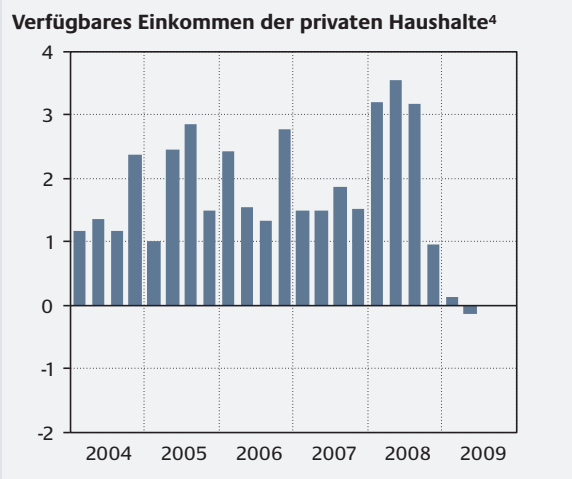
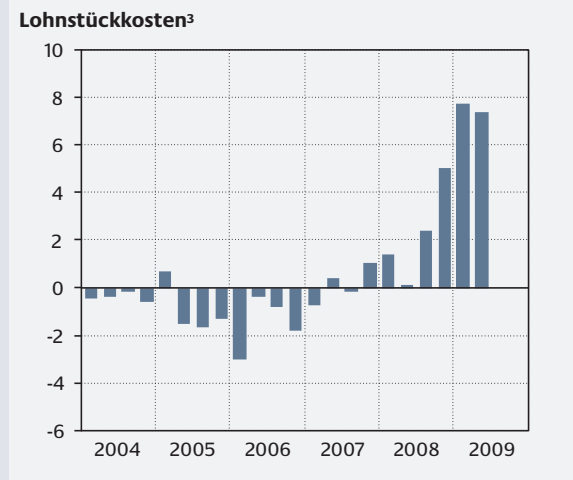
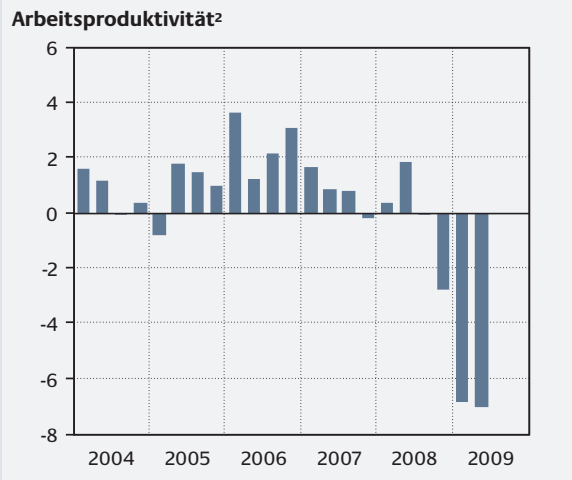
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000=100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen ■ Außenbeitrag
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100; ² Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

³ Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; ⁴ Ursprungszahlen; ⁵ Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

⁶ Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

	2006				2007				2008				2009			
	2005	2006	2007	2008	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹																
Deutschland	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 1,6	- 0,6	- 0,3	- 2,4	- 3,5	+ 0,3
Eurozone (EZ 16) ²	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,8	- 0,3	- 0,3	- 1,8	- 2,5	- 0,1
Europäische Union (EU 27) ³	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	- 0,2	- 0,4	- 1,9	- 2,4	- 0,2
Japan	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	- 0,7	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,3	0,0	- 0,3	+ 0,8	+ 0,9	- 0,7	- 1,3	- 3,4	- 3,3	+ 0,6
USA	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,4	0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2	+ 0,4	- 0,7	- 1,4	- 1,6	- 0,3
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP⁴																
Deutschland	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,3
Eurozone (EZ 16) ²	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 1,1	0,0	+ 0,8	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,7	- 1,3	- 1,0	- 1,3	- 1,9	- 1,0
Europäische Union (EU 27) ³	- 0,8	- 1,3	- 1,1	- 2,0	- 1,0	- 1,0	- 1,3	- 1,5	- 1,1	- 0,7	- 1,5	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,0	- 1,9
Japan	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,9	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,5	+ 5,1	+ 5,2	+ 4,7	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,2
USA	- 5,9	- 6,0	- 5,2	- 4,9	- 6,4	- 5,5	- 5,8	- 5,4	- 4,8	- 4,6	- 5,0	- 5,2	- 5,1	- 4,3	- 2,9	-
Jahresdurchschnitt																
	2006			2007			2008			2009						
	2006	2007	2008	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Arbeitslosenquoten in %⁵																
Deutschland	9,8	8,4	-	7,2	7,1	7,1	7,1	7,1	7,2	7,3	7,5	7,6	7,7	7,7	7,7	-
Eurozone (EZ 16) ²	8,3	7,5	7,6	7,6	7,7	7,9	8,0	8,2	8,5	8,8	9,0	9,2	9,3	9,4	9,5	-
Europäische Union (EU 27) ³	8,2	7,1	-	7,0	7,1	7,3	7,4	7,6	8,0	8,2	8,5	8,7	8,8	8,9	9,0	-
Japan	4,1	3,9	4,0	4,1	4,0	3,8	4,0	4,3	4,1	4,4	4,8	5,0	5,2	5,4	5,7	-
USA	4,6	4,6	5,8	6,2	6,2	6,6	6,8	7,2	7,6	8,1	8,5	8,9	9,4	9,5	9,4	9,7
Verbraucherpreise⁶																
Deutschland	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	0,0	0,0	- 0,7	- 0,1
Eurozone (EZ 16) ²	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	0,0	- 0,1	- 0,7	- 0,2
Europäische Union (EU 27) ³	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,2	+ 3,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	-
Japan	+ 0,1	0,0	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,2	0,0	0,0	- 0,1	- 0,1	- 1,1	- 1,7	- 2,2	-
USA	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,8	+ 5,4	+ 4,9	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,1	0,0	+ 0,2	- 0,4	- 0,7	- 1,3	- 1,4	- 2,1	-

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungswerten berechnet, Quartalsangaben auf Basis saisonbereinigter Werte berechnet;

2 Zur Eurozone gehören folgende 16 Mitgliedstaaten (Stand seit dem 1. Januar 2009): Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland (seit 2001), Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2008), Österreich, Portugal, Slowakei (seit 2009), Slowenien (seit 2007), Spanien, Zypern (seit 2008). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;

3 Der Europäischen Union gehören folgende 27 Mitgliedstaaten an (Stand seit dem 1. Januar 2007): Belgien, Bulgarien (seit 2007), Dänemark, Deutschland, Estland (seit 2004), Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland (seit 2004), Litauen (seit 2004), Luxemburg, Niederlande, Malta (seit 2004), Österreich, Polen (seit 2004), Portugal, Rumänien (seit 2007), Schweden, Slowenien (seit 2004), die Slowakei (seit 2004), Spanien, Tschechische Republik (seit 2004), Ungarn (seit 2004), das Vereinigte Königreich, Zypern (seit 2004). Die neuen Mitgliedstaaten werden anhand einer Kettenindexformel integriert;

4 Jahresangaben = Veränderung in % gegen Vorjahr, Quartalsangaben = Veränderung in % gegen Vorzeitraum;

5 Abgrenzung nach IAO, Berechnung auf Basis saisonbereinigter Größen, für Deutschland, EZ 16 und EU 27 harmonisierte Daten;

6 Veränderung in % gegen Vorjahreszeitraum.

1.7 Internationaler Vergleich – Frühindikatoren

	2008			2009								
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.
USA												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ¹	38,7	36,6	32,9	35,6	35,8	36,3	40,1	42,8	44,8	48,9	52,9	-
Auftragseingänge in der Industrie ²	-6,3	-13,8	-19,5	-20,5	-19,7	-22,3	-22,9	-22,8	-23,6	-23,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,8	3,5	2,4	2,5	2,9	2,8	2,9	3,3	3,7	3,5	3,6	-
Konsumentenvertrauen ³	57,6	55,3	60,1	61,2	56,3	57,3	65,1	68,7	70,8	66,0	65,7	70,2
Japan												
All-Industry-Activity-Index ⁴	100,2	98,1	95,6	94,5	91,4	89,9	91,9	92,5	92,6	-	-	-
Auftragseingänge in der Industrie ⁵	-15,3	-29,2	-21,0	-35,0	-25,4	-27,4	-29,9	-19,4	-33,4	-31,6	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,5	1,5	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,5	1,4	1,4	-
Konsumentenvertrauen ⁶	29,8	28,7	26,7	27,0	27,6	29,6	33,2	36,3	38,1	39,7	-	-
Eurozone												
Vertrauensindikator für die Industrie ⁷	-18,2	-24,8	-33,0	-33,4	-36,1	-37,8	-35,0	-33,2	-31,7	-29,6	-25,5	-
Auftragseingänge in der Industrie ⁸	-15,7	-23,9	-28,9	-32,3	-33,2	-30,8	-31,7	-29,2	-27,8	-	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	3,6	3,1	3,1	3,2	3,1	3,2	3,4	3,5	3,4	3,3	-
Konsumentenvertrauen ⁹	-24,2	-26,3	-30,7	-30,5	-32,9	-34,2	-30,5	-28,1	-25,1	-23,0	-22,0	-

1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

3 University of Michigan;

4 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

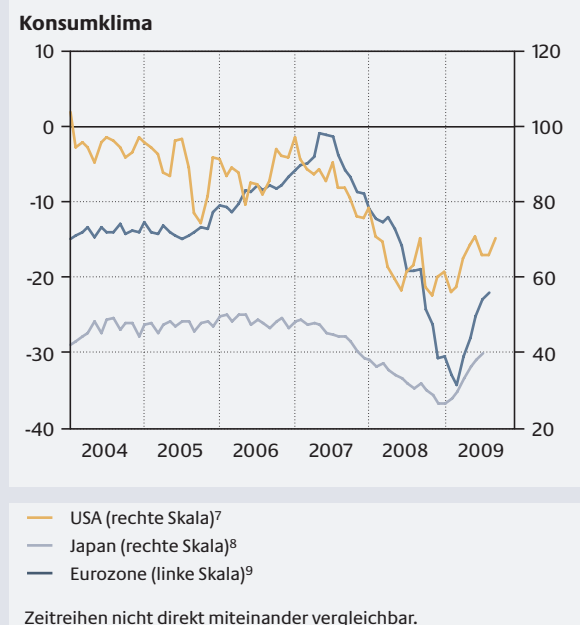
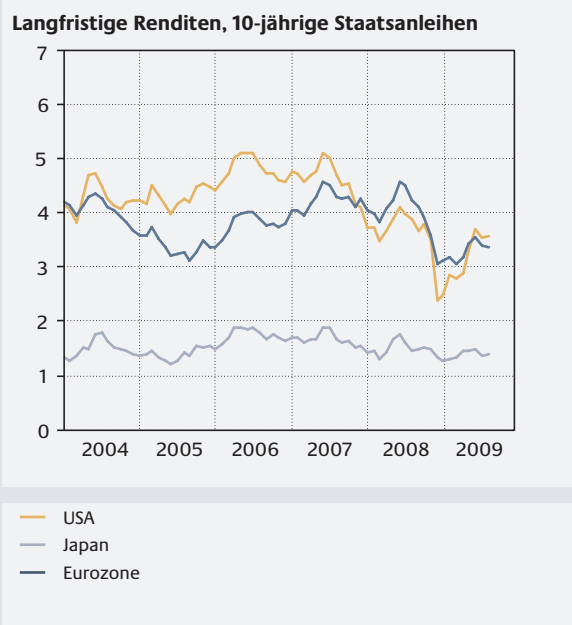
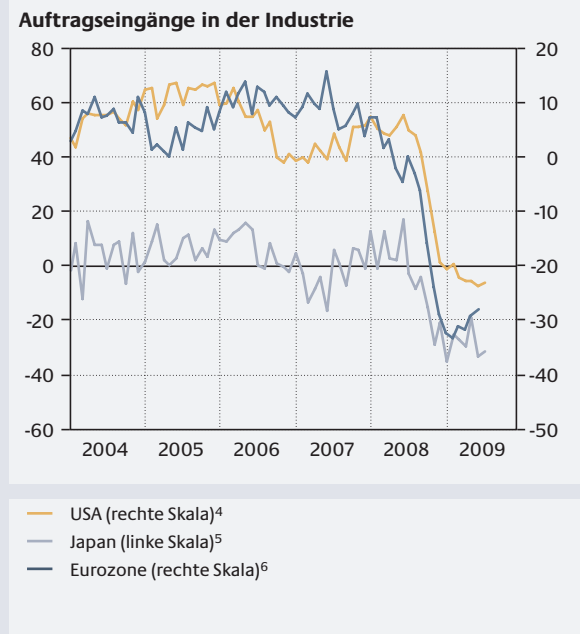
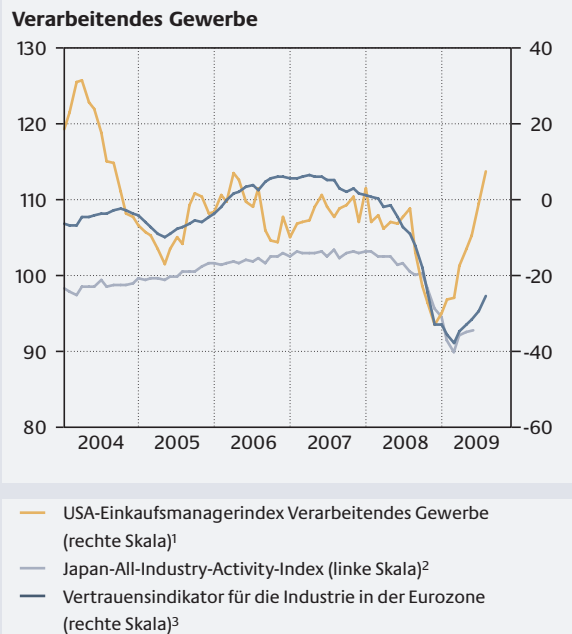
6 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

7 Reuters, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

8 Eurostat, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Frühindikatoren



1 Institute for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

3 EU-Kommission, Salden, saisonbereinigt;

4 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

6 EUROSTAT, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

7 University of Michigan;

8 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)					
Produktion ²	2009				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 2,8	+ 4,5	+ 0,8	- 0,9	+ 2,5
Industrie ³	- 3,3	+ 5,3	0,0	- 0,5	+ 2,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,1	+ 4,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 4,9
Investitionsgüterproduzenten	- 7,1	+ 9,0	- 0,9	- 3,2	+ 1,8
Konsumgüterproduzenten	+ 0,6	+ 0,6	- 1,7	0,0	- 1,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,9	+ 6,3	- 4,7	+ 1,2	- 1,3
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,0	- 0,4	- 1,2	- 0,2	- 1,5
Energie ⁴	- 0,9	+ 1,2	+ 11,1	- 3,9	+ 9,6
Bauhauptgewerbe ⁵	0,0	- 2,5	- 0,9	- 2,3	- 3,3

Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶					
Produktion ²	2009				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 22,6	- 17,7	- 17,6	- 17,0	- 19,4
Industrie ³	- 24,7	- 19,4	- 20,0	- 19,1	- 21,2
Vorleistungsgüterproduzenten	- 26,2	- 22,3	- 20,9	- 19,0	- 23,0
Investitionsgüterproduzenten	- 30,3	- 22,4	- 23,9	- 24,5	- 25,4
Konsumgüterproduzenten	- 6,6	- 5,0	- 7,5	- 6,4	- 6,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 21,8	- 13,9	- 21,0	- 16,1	- 18,8
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,3	- 3,2	- 4,7	- 4,6	- 4,3
Energie ⁴	- 17,6	- 12,9	- 2,3	- 5,8	- 8,3
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 5,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,9	- 2,9

In % der betriebsüblichen Vollausslastung (saisonbereinigt ⁷)					
Kapazitäts- und Geräteauslastung	2008			2009	
	September	Dezember	März	Juni	September
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe⁸	86,0	83,9	76,5	71,3	71,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2005 = 100;

3 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden;

4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung;

5 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau;

6 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt;

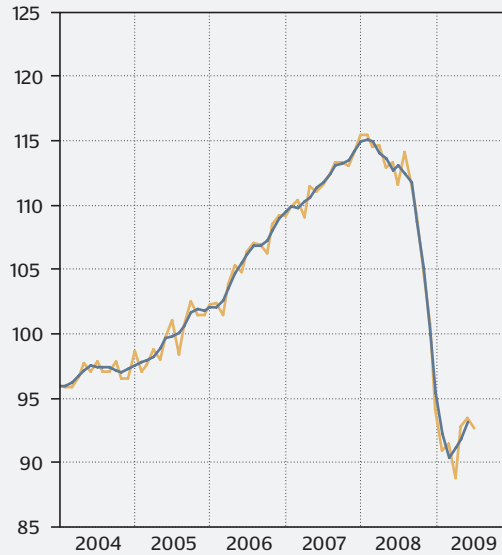
7 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

8 Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie;

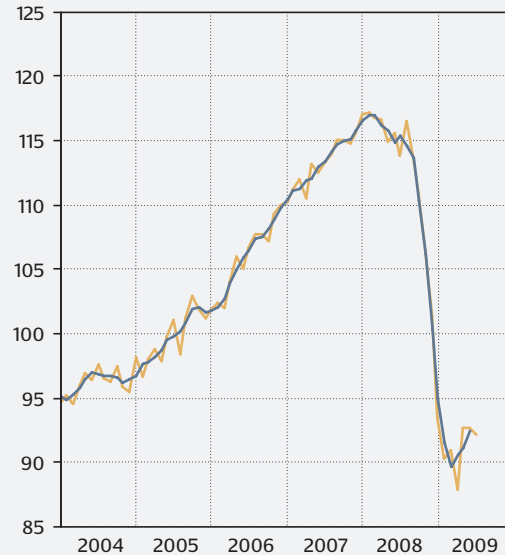
p Vorläufiges Ergebnis.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

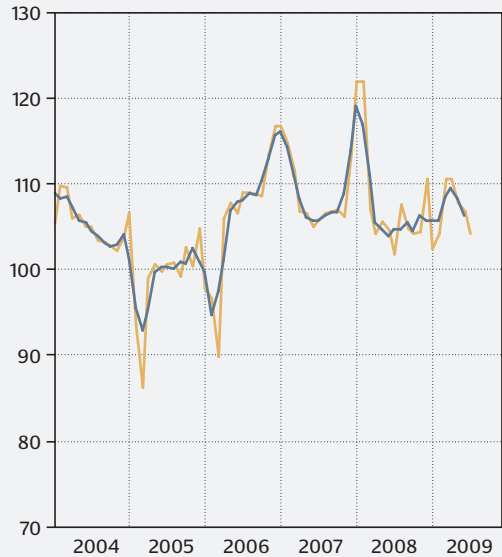
Produzierendes Gewerbe insgesamt



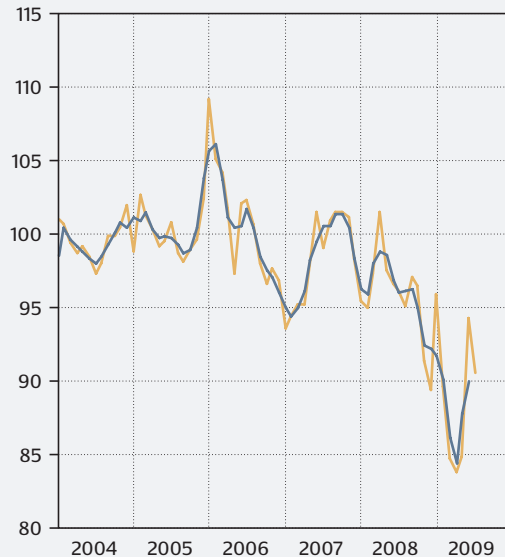
Industrie²



Bauhauptgewerbe



Energie



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2005 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang der Industrie/ Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

Bundesrepublik Deutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)							
Auftragseingang ²	2009						
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Juni/Juli ^p		
Industrie insgesamt³	+ 0,1	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 7,9		
Inland	+ 0,7	+ 4,1	+ 0,5	+ 10,3	+ 7,8		
Ausland	- 0,4	+ 4,2	+ 6,9	- 2,3	+ 7,8		
Eurozone	- 1,8	+ 1,5	+ 10,7	- 2,6	+ 9,9		
Nicht-Eurozone	+ 0,7	+ 6,1	+ 4,1	- 1,9	+ 6,2		
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,9	+ 3,4	+ 3,9	+ 5,2	+ 8,4		
Inland	+ 4,9	+ 2,5	+ 5,7	+ 5,3	+ 9,7		
Ausland	+ 4,9	+ 4,3	+ 2,0	+ 5,1	+ 6,8		
Investitionsgüterproduzenten	- 3,3	+ 5,0	+ 4,5	+ 3,2	+ 8,8		
Inland	- 2,8	+ 5,9	- 3,7	+ 17,2	+ 7,6		
Ausland	- 3,8	+ 4,2	+ 11,0	- 6,5	+ 9,6		
Konsumgüterproduzenten	+ 1,7	+ 2,0	0,0	- 1,5	+ 0,2		
Inland	+ 0,8	+ 1,9	- 0,6	- 1,4	- 0,4		
Ausland	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	- 1,5	+ 0,8		

Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴					
Auftragseingang ²	2009				
	April	Mai	Juni	Juli ^p	Jan.-Juli ^p
Industrie insgesamt³	- 37,1	- 29,4	- 25,2	- 19,8	- 30,6
Inland	- 33,5	- 24,8	- 24,8	- 13,4	- 26,1
Ausland	- 40,1	- 33,1	- 25,6	- 25,3	- 34,3
Eurozone	- 39,3	- 37,2	- 25,2	- 29,8	- 35,4
Nicht-Eurozone	- 40,6	- 29,9	- 26,0	- 21,5	- 33,5
Vorleistungsgüterproduzenten	- 32,7	- 27,0	- 22,6	- 17,6	- 27,9
Inland	- 33,5	- 27,5	- 23,5	- 16,7	- 28,1
Ausland	- 31,9	- 26,4	- 21,8	- 18,5	- 27,6
Investitionsgüterproduzenten	- 41,8	- 32,8	- 28,1	- 22,1	- 34,2
Inland	- 35,0	- 23,6	- 26,7	- 9,5	- 25,3
Ausland	- 46,2	- 38,5	- 29,2	- 30,6	- 39,8
Konsumgüterproduzenten	- 21,9	- 14,7	- 16,3	- 14,9	- 17,4
Inland	- 24,5	- 17,1	- 20,4	- 18,4	- 19,6
Ausland	- 19,3	- 12,3	- 12,1	- 11,5	- 15,2
Gebrauchsgüterproduzenten	- 30,7	- 20,2	- 21,1	- 14,3	- 22,2
Verbrauchsgüterproduzenten	- 18,7	- 12,8	- 14,6	- 15,1	- 15,8

Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵)								
Auftragsbestand	2007		2008			2009		
	September	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März	Juni
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	3,0	3,0	3,0	3,1	3,0	2,8	2,5	2,3
Vorleistungsgüterproduzenten	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3	2,2	1,9	1,8
Investitionsgüterproduzenten	4,1	4,0	4,1	4,2	4,0	3,6	3,2	2,8
Konsumgüterproduzenten	2,2	2,1	2,0	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2005 = 100;

3 Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen;

4 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt;

5 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

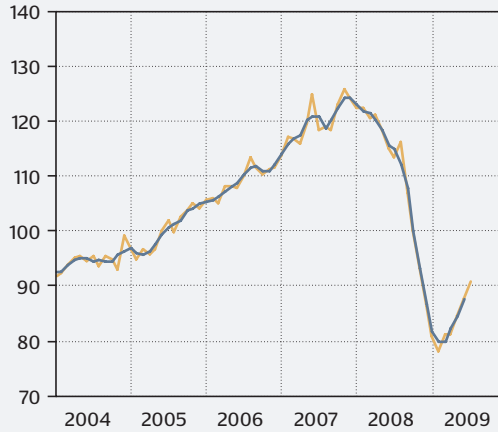
p Vorläufiges Ergebnis.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

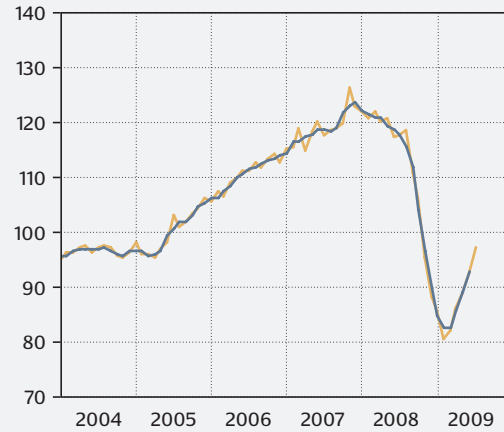
Bundesrepublik Deutschland

Industrie insgesamt

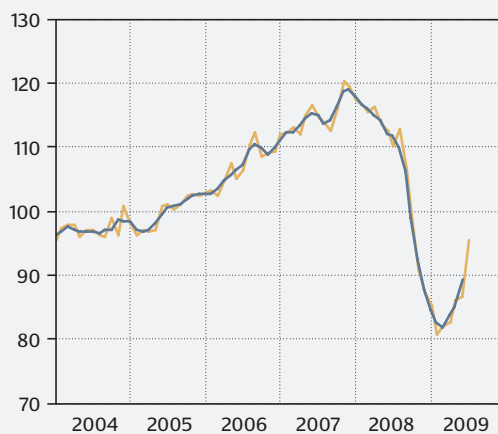
ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



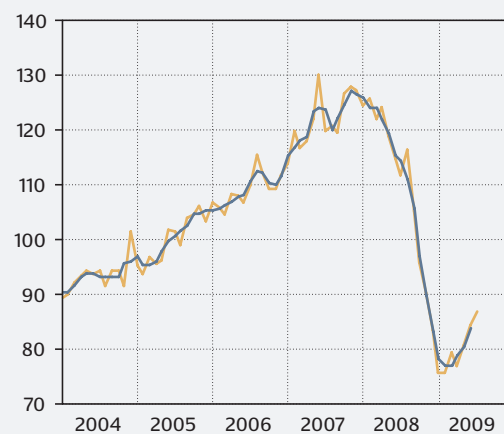
Vorleistungsgüterproduzenten



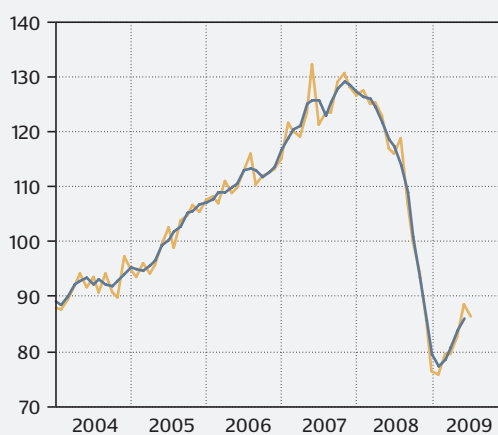
Inland



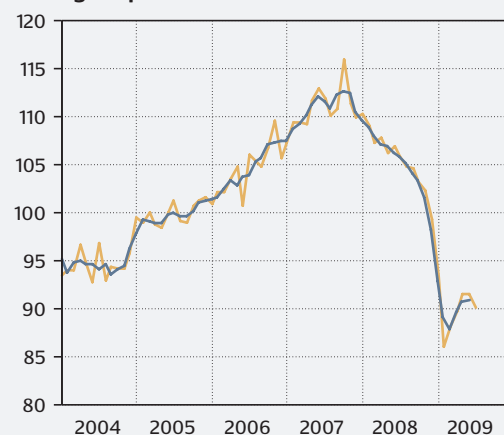
Investitionsgüterproduzenten



Ausland



Konsumgüterproduzenten²



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2005 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland

Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)						
Auftragseingang ²	2009					
	2.Vj.	März	April	Mai	Juni	Mai/Juni
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 5,1	+ 2,6	+ 6,3	- 0,2	- 2,1	+ 1,8
Hochbau	+ 3,1	+ 9,6	+ 1,9	+ 2,4	- 9,0	- 1,2
Wohnungsbau	+ 13,7	+ 2,3	+ 16,9	- 10,5	+ 0,8	- 3,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 1,3	+ 13,3	- 4,7	+ 9,5	- 13,4	- 0,3
Tiefbau	+ 7,0	- 3,4	+ 10,7	- 2,7	+ 4,5	+ 4,6
Straßenbau	+ 14,2	- 0,3	+ 15,4	- 7,3	+ 2,9	+ 0,7
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 2,2	- 5,5	+ 7,2	+ 1,1	+ 5,5	+ 7,5
Baugenehmigungen³						
Hochbau insgesamt	0,0	+ 4,7	+ 1,3	+ 1,0	- 4,8	- 0,6
Wohnungsbau	+ 4,8	+ 7,6	+ 3,3	+ 5,0	- 4,3	+ 4,1
Wirtschaftsbau	- 10,5	- 2,7	- 5,6	+ 0,6	- 8,2	- 6,3
Öffentlicher Bau	0,0	+ 15,9	+ 11,3	- 7,9	+ 1,2	- 2,4

Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %						
Auftragseingang ²	2009					
	2.Vj.	März	April	Mai	Juni	Mai/Juni
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 8,1	- 9,1	- 12,3	- 4,6	- 7,0	- 5,9
Hochbau	- 18,6	- 13,3	- 25,9	- 6,8	- 21,1	- 14,7
Wohnungsbau	+ 1,1	- 9,2	+ 9,2	- 1,6	- 3,3	- 2,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 25,9	- 15,0	- 37,1	- 9,0	- 27,8	- 19,5
Tiefbau	+ 3,3	- 4,6	+ 4,1	- 2,6	+ 8,0	+ 3,0
Straßenbau	+ 13,7	- 1,1	+ 11,4	+ 14,2	+ 15,4	+ 14,8
Tiefbau ohne Straßenbau	- 3,5	- 7,1	- 1,1	- 12,4	+ 3,1	- 4,5
Baugenehmigungen im Wohnungsbau⁴	- 3,5	+ 1,5	- 10,3	+ 7,1	- 6,1	+ 0,2

Weitere Konjunkturindikatoren im Baugewerbe						
Kapazitäts- und Geräteauslastung	2009					
	April	Mai	Juni	Juli	August	Juli/Aug.
Baubehinderungen⁵	- 17,5	- 9,1	- 12,3	- 4,6	- 7,0	+ 36,0
Geräte- bzw. Kapazitätsausnutzung⁶	- 23,7	- 13,3	- 25,9	- 6,8	- 21,1	+ 73,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA, preisbereinigt, Index 2005=100;

2 Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten; preisbereinigt, Index 2005=100;

3 Veranschlagte Baukosten, saisonbereinigt;

4 Kubikmeter umbauter Raum, Ursprungszahlen, 1995=100;

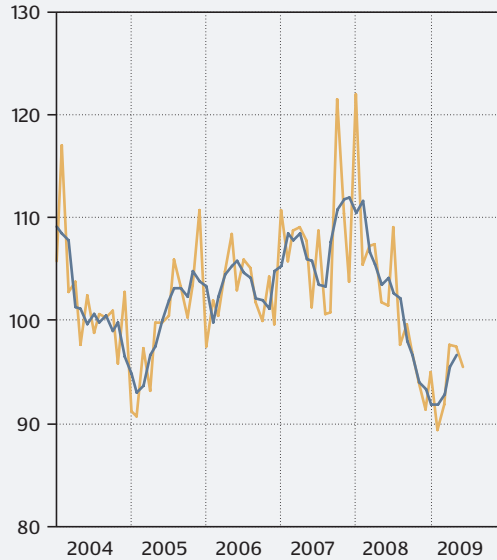
5 ifo-Konjunkturtest, Behinderungen der Bautätigkeit durch ungünstige Witterungsbedingungen, Ursprungszahlen, Anteil der positiven Antworten in Prozent;

6 ifo-Konjunkturtest, Ursprungszahlen, in Prozent.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe¹

Bundesrepublik Deutschland

Bauhauptgewerbe Deutschland insgesamt²

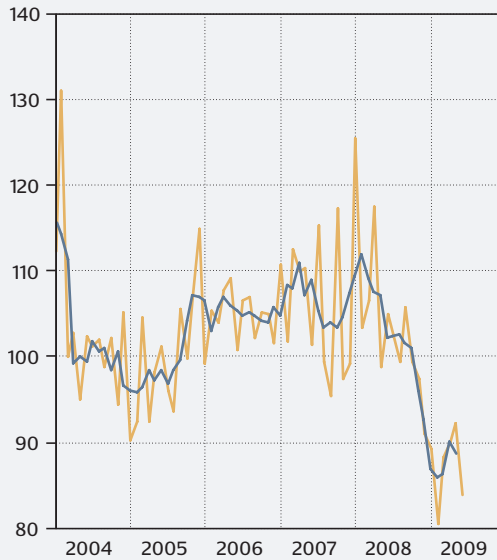


— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Erteilte Baugenehmigungen im Wohnungsbau³

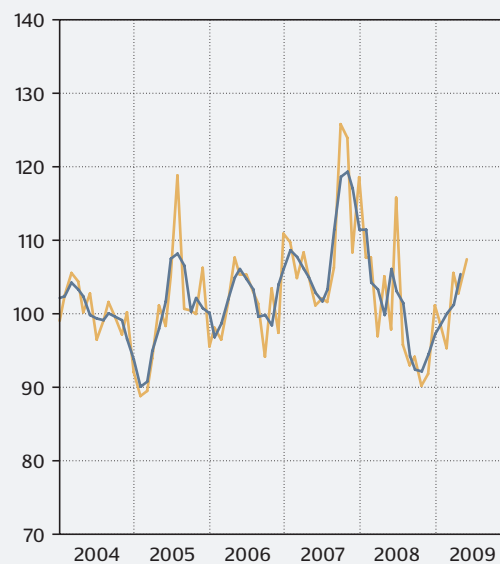


Hochbau Deutschland insgesamt



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
— Monatswerte

Tiefbau Deutschland insgesamt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 2005=100, saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo – Geschäftsklima

Bundesrepublik Deutschland

Salden saisonbereinigt ¹						
	2009					
	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Gewerbliche Wirtschaft						
Geschäftsklima	- 36,2	- 33,0	- 32,0	- 28,7	- 25,9	- 19,7
Geschäftslage (Beurteilung)	- 37,7	- 36,1	- 38,0	- 38,3	- 34,5	- 31,0
Geschäftslage (Erwartungen)	- 34,5	- 29,9	- 25,7	- 18,6	- 16,9	- 7,7
Verarbeitendes Gewerbe						
Geschäftsklima	- 42,8	- 37,8	- 37,7	- 33,6	- 29,7	- 22,0
Geschäftslage (Beurteilung)	- 47,8	- 47,3	- 51,8	- 50,0	- 46,1	- 42,1
Geschäftslage (Erwartungen)	- 37,6	- 27,8	- 22,4	- 15,3	- 11,5	+ 0,7
Vorleistungsgüterproduzenten						
Geschäftsklima	- 46,0	- 41,8	- 39,9	- 34,6	- 28,8	- 18,0
Geschäftslage (Beurteilung)	- 58,8	- 57,6	- 59,8	- 55,4	- 50,4	- 43,6
Geschäftslage (Erwartungen)	- 31,9	- 24,3	- 17,1	- 10,9	- 3,9	+ 11,9
Investitionsgüterproduzenten						
Geschäftsklima	- 49,6	- 45,1	- 44,8	- 41,7	- 39,1	- 33,0
Geschäftslage (Beurteilung)	- 50,9	- 58,4	- 61,6	- 62,1	- 61,7	- 60,6
Geschäftslage (Erwartungen)	- 48,3	- 30,6	- 26,0	- 18,3	- 12,8	0,0
Konsumgüterproduzenten						
Geschäftsklima	- 26,5	- 21,1	- 24,3	- 19,7	- 17,7	- 13,0
Geschäftslage (Beurteilung)	- 23,1	- 14,9	- 21,0	- 19,7	- 14,4	- 11,8
Geschäftslage (Erwartungen)	- 29,8	- 27,1	- 27,6	- 19,6	- 20,9	- 14,2
Bauhauptgewerbe						
Geschäftsklima	- 22,1	- 24,4	- 26,3	- 26,6	- 25,3	- 24,0
Geschäftslage (Beurteilung)	- 29,3	- 29,6	- 32,1	- 33,6	- 32,4	- 30,0
Geschäftslage (Erwartungen)	- 14,7	- 19,0	- 20,3	- 19,3	- 18,0	- 17,8

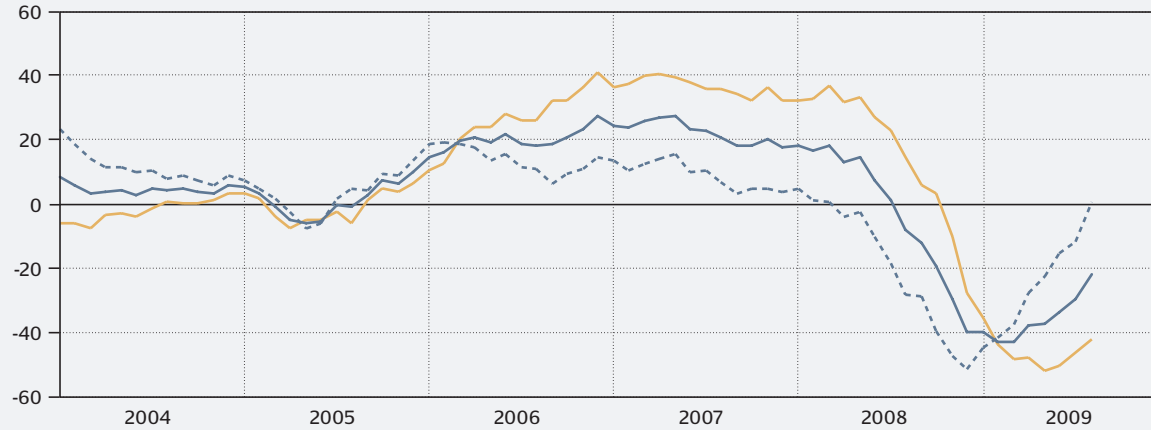
Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

2.8 Entwicklung des ifo-Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland

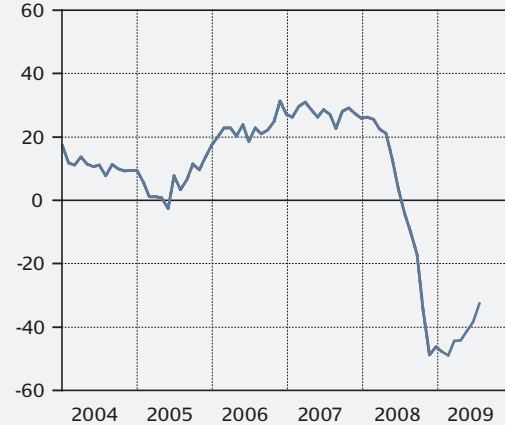
Verarbeitendes Gewerbe¹



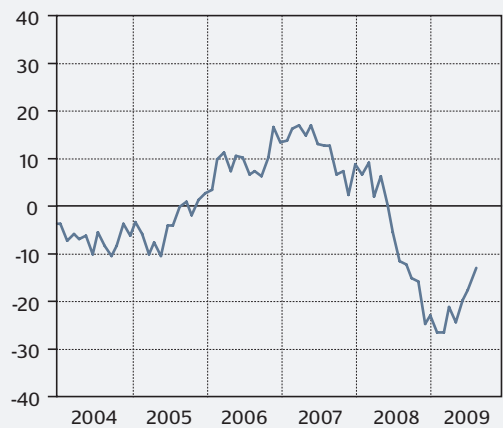
Vorleistungsgüterproduzenten



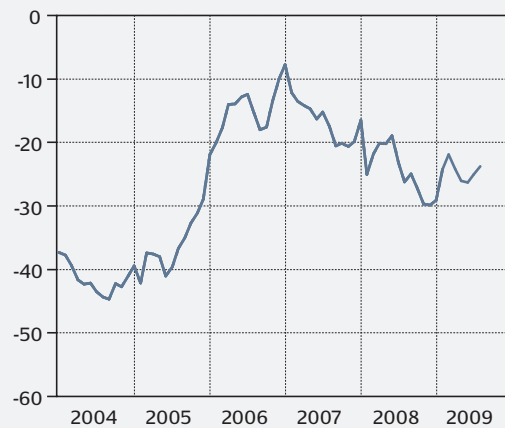
Investitionsgüterproduzenten



Konsumgüterproduzenten



Bauhauptgewerbe



— Geschäftsklima — Geschäftslage - - - Geschäftserwartungen

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Einzelhandelsumsatz, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

Umsätze ¹ (Monatliche Messzahlen)								
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²				Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³			
	2009							
	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni	Juli	Juni/Juli
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	- 1,0	- 0,9	+ 0,7	- 1,1	- 3,7	- 1,6	- 0,8	- 1,2
darunter:								
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,2	- 3,0	- 1,1	- 3,0	- 2,4	- 0,8	+ 0,2	- 0,3
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	- 2,6	+ 1,6	+ 5,1	+ 2,8	- 10,7	- 2,1	+ 2,7	+ 0,4
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,7	- 4,6	- 2,5	+ 0,9	- 0,8
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	- 1,8	0,0	+ 1,3	- 0,3	- 5,0	- 2,3	- 0,7	- 1,5
Apotheken und medizinischer Facheinzelhandel	- 1,2	+ 0,2	- 1,0	- 0,9	- 1,5	- 0,1	- 0,8	- 0,5
Handel mit Kfz; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	- 3,0	+ 1,0	- 3,4	- 2,3	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Gastgewerbe	+ 0,1	- 1,0	- 0,4	- 1,2	- 6,1	- 6,2	- 5,3	- 5,7
Weitere Indikatoren								
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %							
	2009							
	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Juli/Aug.	Jan.-Aug.
Pkw-Neuzulassungen⁴	+ 39,9	+ 19,4	+ 39,7	+ 40,5	+ 29,5	+ 28,4	+ 29,0	+ 26,8
Preise für Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe⁵	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	- 0,4	+ 0,9
Stimmungsindikatoren								
	2009							
	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
ifo – Konjunkturtest Einzelhandel⁶								
Geschäftsklima	- 24,3	- 28,2	- 26,4	- 21,0	- 17,2	- 17,8	- 15,0	-
Geschäftslage	- 17,0	- 20,7	- 12,0	- 7,4	- 10,9	- 3,6	- 4,6	-
Geschäftserwartungen	- 31,2	- 35,3	- 39,7	- 33,6	- 23,3	- 31,0	- 24,8	-
GfK – Konsumklima⁷	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,7
darunter: Anschaffungsneigung	+ 13,3	+ 12,8	+ 12,4	+ 12,5	+ 13,2	+ 15,1	+ 19,8	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrzeugbundesamt, ifo-Institut, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 2005=100;

2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Gastgewerbe nach Berliner Verfahren (BV 4.1);

3 Einzelhandelsumsatz: preis- und kalenderbereinigt; Handel mit Kfz; Gastgewerbe: Preisbereinigt, Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt;

4 Ursprungszahlen;

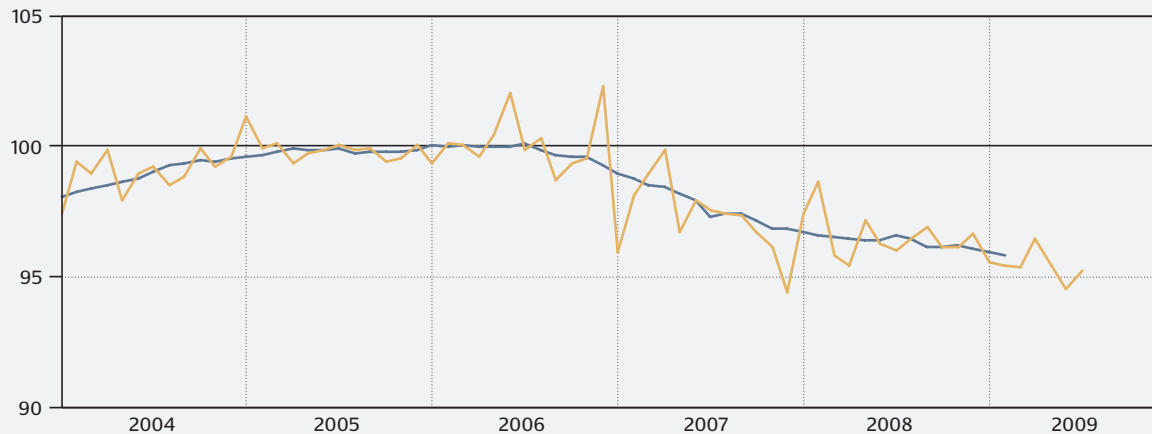
5 Indikator für die Entwicklung der Ausgaben der Privaten Haushalte für Wohnen (COICOP-VPI-Nr. 04);

6 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

7 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹

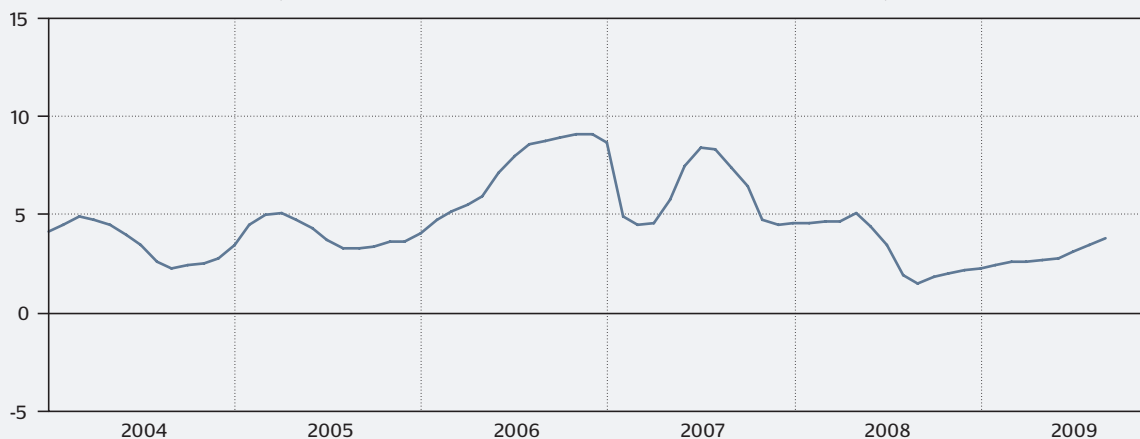


— gleitender 12-Monatswert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo-Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 2005 = 100, preis- und saisonbereingt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Einfuhr, Ausfuhr, Leistungsbilanz

Werte in Mrd. Euro						
	2008			2009		
	Juni	Juli	Jan.-Juli	Juni	Juli	Jan.-Juli
Einfuhr (Waren)	68,0	72,8	477,9	55,8	56,6	390,1
Ausfuhr (Waren)	88,1	86,8	596,6	67,9	70,5	461,8
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 20,1	+ 14,0	+118,7	+ 12,1	+ 13,9	+ 71,7
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,8	- 0,9	- 6,9	- 0,8	- 1,2	- 7,0
Dienstleistungen	- 1,1	- 3,3	- 7,9	- 2,4	- 3,3	- 10,8
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 4,2	+ 4,5	+ 20,1	+ 4,7	+ 4,3	+ 19,6
laufenden Übertragungen	- 2,9	- 3,0	- 20,3	- 0,1	- 2,7	- 19,2
Leistungsbilanz	+ 19,5	+ 11,3	+103,8	+ 13,5	+ 11,1	+ 54,3
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹						
	2009					
	1.Vj.	2.Vj.	Mai	Juni	Juli	Jan.-Juli
in Mrd. Euro						
Saldo der						
Handelsbilanz	- 24,4	- 22,6	- 5,0	- 8,0	- 0,1	- 47,0
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 0,1	0,0	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1
Dienstleistungen	- 2,9	- 0,1	+ 1,6	- 1,3	+ 0,1	- 2,9
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 1,4	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	- 0,2	- 0,5
laufenden Übertragungen	- 1,0	+ 1,8	- 0,7	+ 2,8	+ 0,2	+ 1,0
Leistungsbilanz	- 29,6	- 19,6	- 3,9	- 6,0	- 0,2	- 49,5
in %						
Einfuhr (Waren)	- 14,2	- 21,1	- 22,4	- 17,9	- 22,3	- 18,4
Ausfuhr (Waren)	- 21,0	- 25,5	- 24,6	- 22,9	- 18,7	- 22,6
Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)						
	2009			2009		
	Werte			Volumen ³		
	Juni	Juli	Juni/Juli	Mai	Juni	Mai/Juni
Einfuhr (Waren)	+ 5,9	0,0	+ 4,8	- 1,1	+ 6,2	+ 0,3
Ausfuhr (Waren)	+ 6,1	+ 2,3	+ 7,4	+ 0,4	+ 6,5	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.

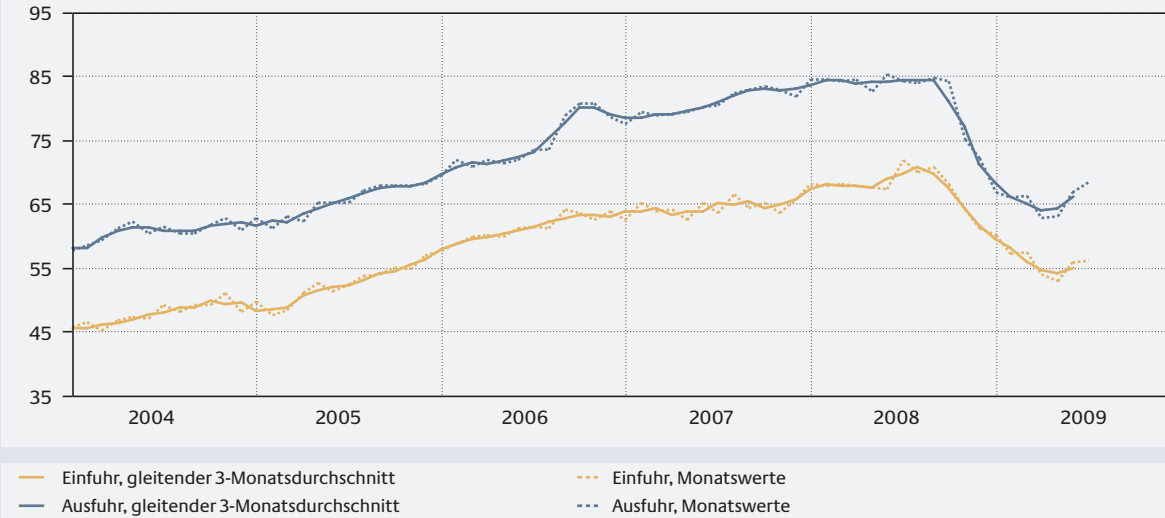
1 Ursprungszahlen;

2 Verfahren Census X-12-ARIMA;

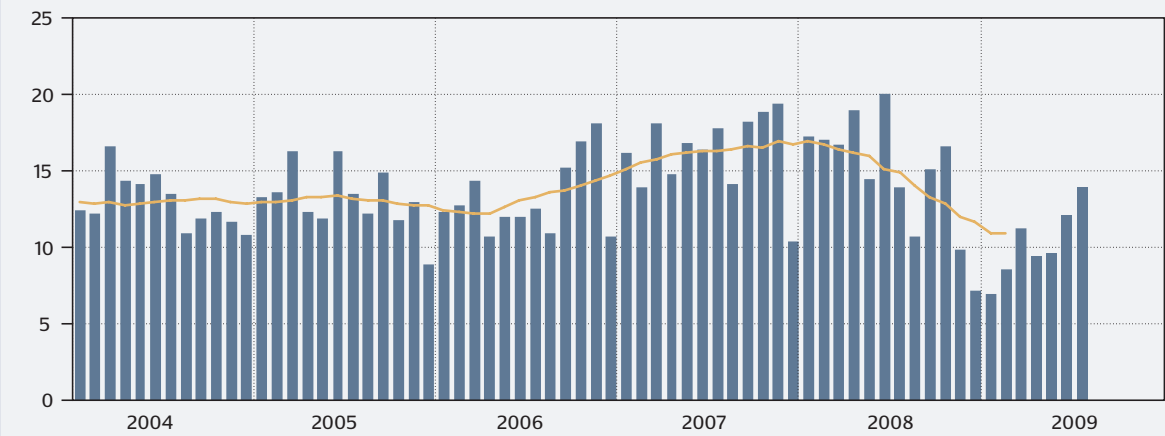
3 Preisbasis 2005.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

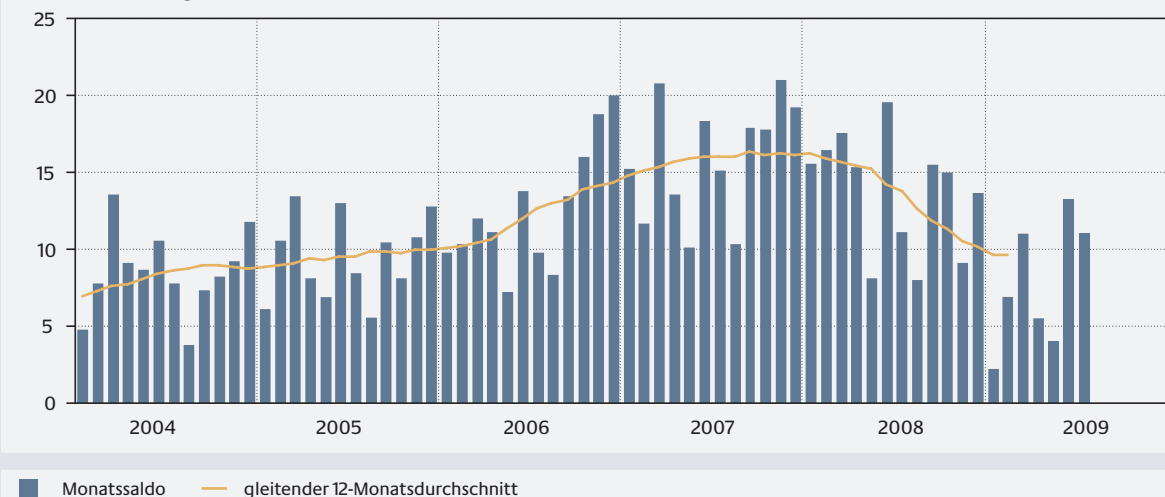
Ausfuhr/Einfuhr, saisonbereinigt¹, Werte in Mrd. Euro



Saldo der Handelsbilanz in Mrd. Euro



Saldo der Leistungsbilanz in Mrd. Euro



5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen

Bundesrepublik Deutschland

Ursprungszahlen ⁶						
	2008			2009		
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Erwerbstätige ¹	40 294	40 293	40 348	40 202	40 149	-
Erwerbslose ²	3 280	3 150	3 050	3 230	3 290	-
Erwerbslosenquote in % ^{2,3}	7,5	7,3	7,0	7,5	7,6	-
Arbeitslose ⁴	3 160	3 210	3 196	3 410	3 462	3 472
Arbeitslosenquote in % ^{3,4}	7,5	7,7	7,6	8,1	8,2	8,3
Zugänge an Arbeitslosen ⁴	588	767	694	711	809	747
Abgänge an Arbeitslosen ⁴	708	713	705	754	752	733
Kurzarbeiter ⁴	50	43	39	1 430*	-	-
Offene Stellen ⁴	596	588	586	484	484	486

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2009					
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Erwerbstätige ¹	+ 27	- 53	-	- 92	- 144	-
Erwerbslose ²	+ 20	+ 60	-	- 50	+ 140	-
Arbeitslose ⁴	- 48	+ 52	+ 9	+ 250	+ 252	+ 276
Kurzarbeiter ⁴	+ 30	-	-	+1 380*	-	-
Offene Stellen ⁴	- 6	0	+ 2	- 113	- 105	- 101

Saisonbereinigte Zahlen ^{5,6}						
	2009					
	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Erwerbstätige ¹	40 306	40 265	40 228	40 191	40 176	-
Erwerbslose ²	3 280	3 320	3 320	3 320	3 320	-
Erwerbslosenquote in % ^{2,3}	7,6	7,7	7,7	7,7	7,7	-
Arbeitslose ⁴	3 396	3 456	3 460	3 487	3 482	3 481
Arbeitslosenquote in % ^{3,4}	8,1	8,3	8,2	8,3	8,3	8,3
Offene Stellen ⁴	501	486	482	471	470	467

	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
Erwerbstätige ¹	- 40	- 41	- 37	- 37	- 15	-
Erwerbslose ²	+ 80	+ 40	0	0	0	-
Arbeitslose ⁴	+ 66	+ 60	+ 4	+ 27	- 5	- 1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Berechnung nach dem Inlandskonzept im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung des StBA;

2 Abgrenzung nach IAO. Die Angaben werden seit September 2007 im Rahmen der Arbeitskräftestichprobe des Mikrozensus erhoben;

3 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

4 Nationale Abgrenzung;

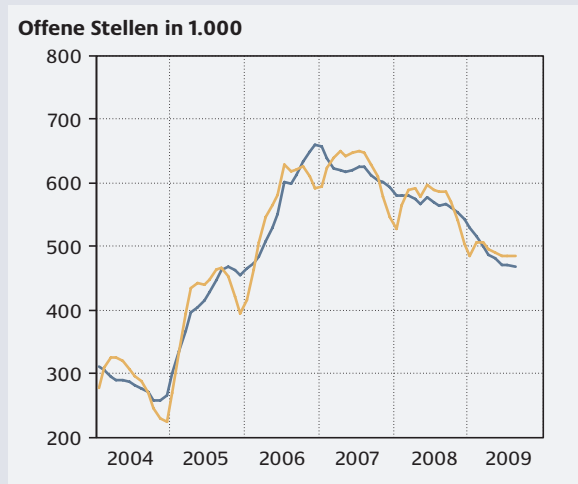
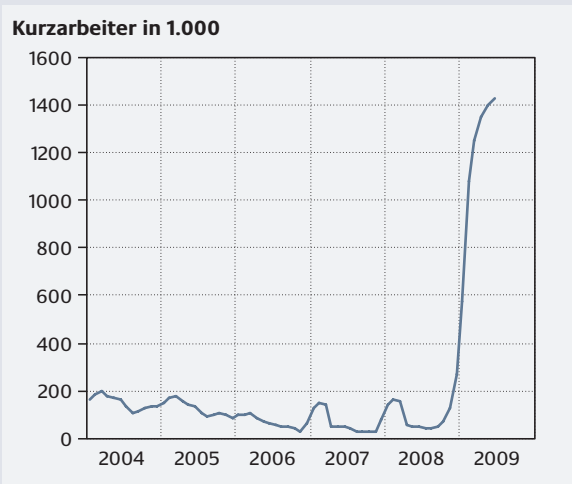
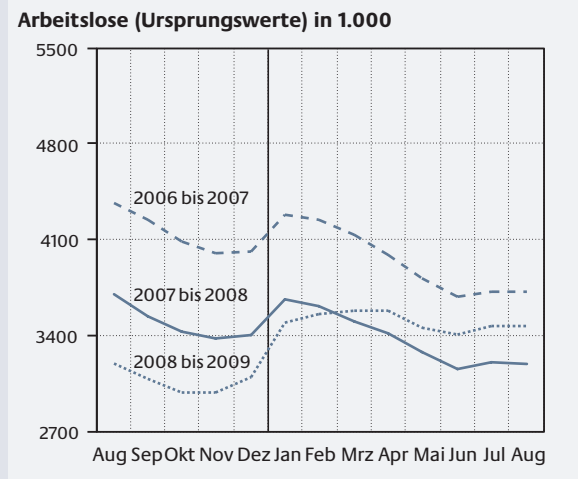
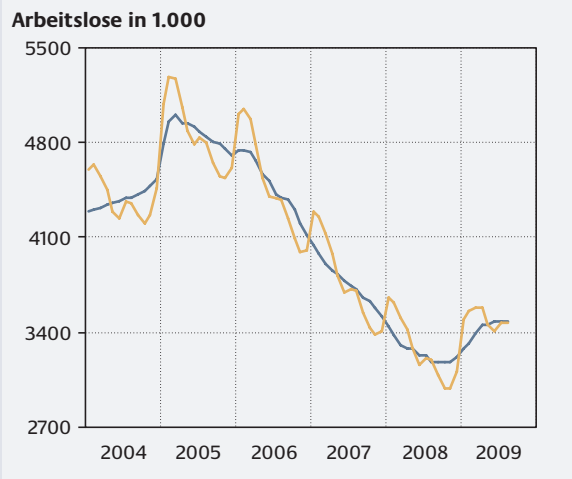
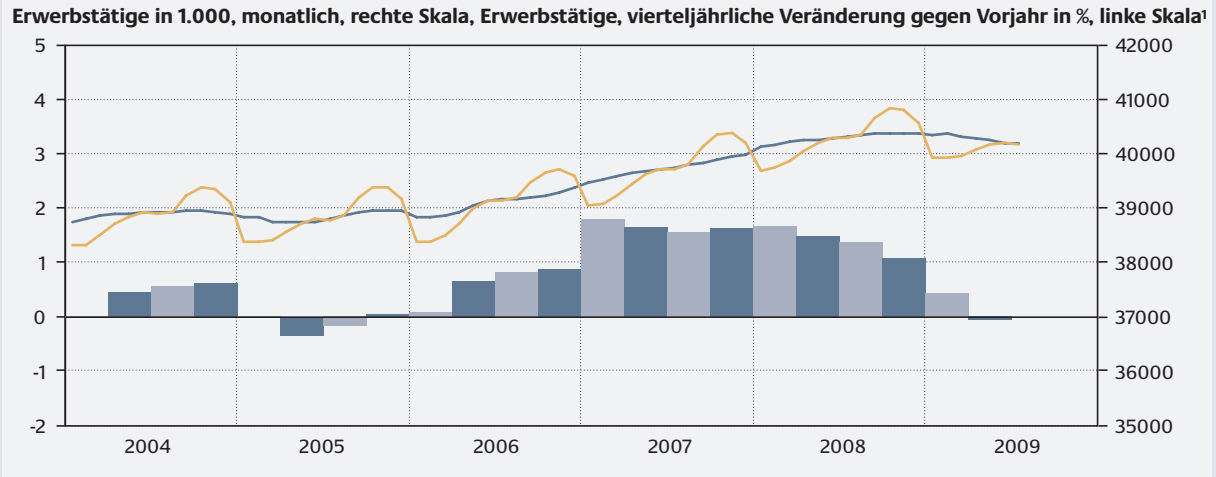
5 Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 In 1.000 Personen, Quoten in %;

* Geschätzter Wert.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – Veränderung in % — Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.
 1 Erwerbstätige nach Inlandskonzept.

5.3 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Westdeutschland

Ursprungszahlen ⁵						
	2008			2009		
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Erwerbslosenquote in % ^{1,2}	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose ³	2 073	2 120	2 109	2 319	2 366	2 389
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	6,2	6,4	6,3	6,9	7,0	7,1
Zugänge an Arbeitslosen ³	404	533	484	499	576	537
Abgänge an Arbeitslosen ³	468	484	493	511	523	512
Kurzarbeiter ³	40	35	33	-	-	-
Offene Stellen ³	481	478	474	370	372	374
	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2009					
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Arbeitslose ³	- 15	+ 48	+ 23	+ 245	+ 246	+ 281
Kurzarbeiter ³	-	-	-	-	-	-
Offene Stellen ³	- 1	+ 1	+ 2	- 111	- 106	- 100
Saisonbereinigte Zahlen ^{4,5}						
	2009					
	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Arbeitslose ³	2 274	2 328	2 342	2 366	2 370	2 384
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	6,8	7,0	7,0	7,0	7,1	7,1
Offene Stellen ³	390	377	370	361	359	358
	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Arbeitslose ³	+ 54	+ 54	+ 14	+ 24	+ 4	+ 14
Offene Stellen ³	- 12	- 13	- 7	- 9	- 2	- 1

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

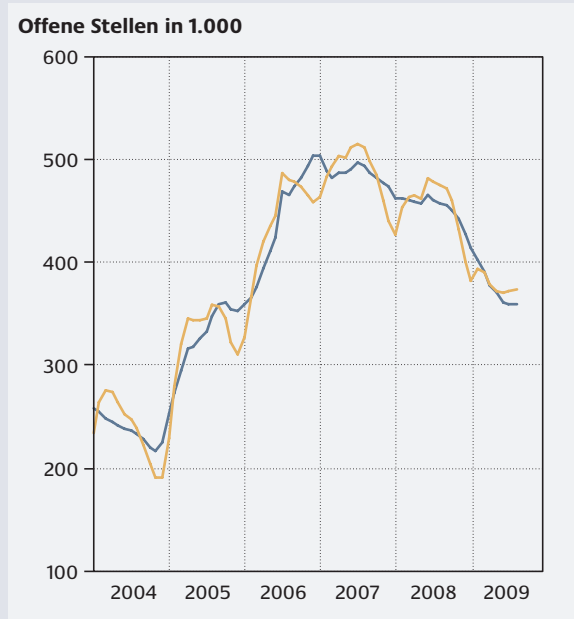
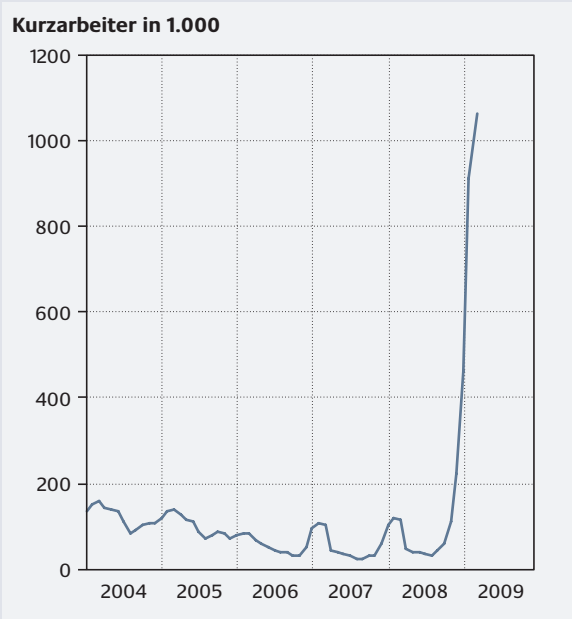
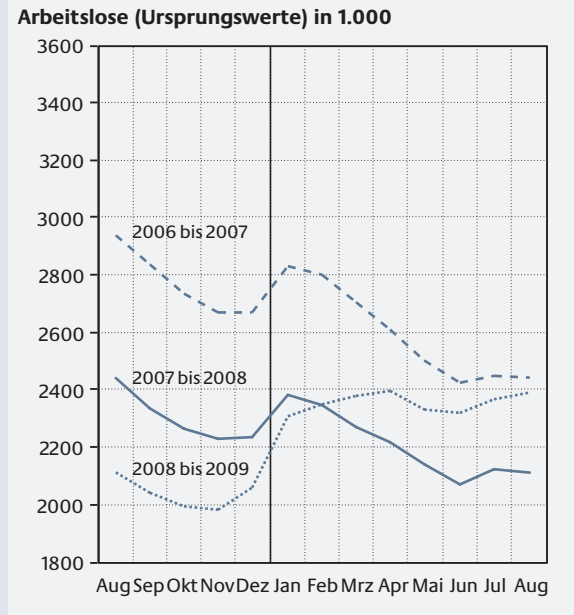
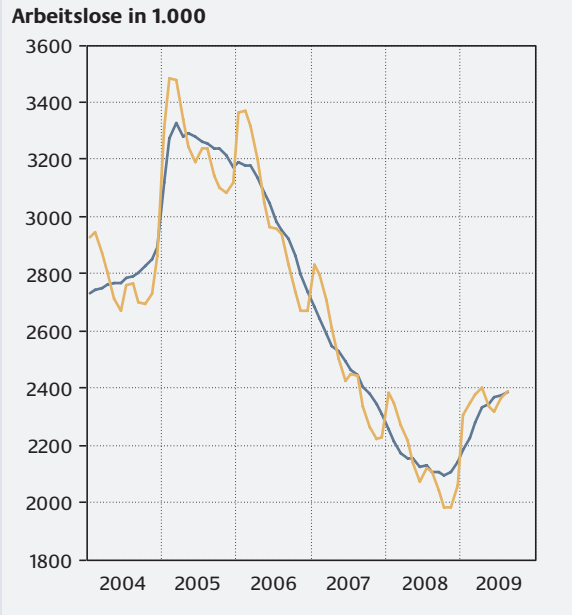
2 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

3 Nationale Abgrenzung;

4 Verfahren Census X-12-ARIMA;

5 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.4 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Westdeutschland



— Ursprungswerte — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

5.5 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Ostdeutschland

Ursprungszahlen ⁵						
	2008			2009		
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Erwerbslosenquote in % ^{1,2}	-	-	-	-	-	-
Arbeitslose ³	1 086	1 090	1 087	1 091	1 094	1 082
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	12,7	12,8	12,8	12,9	12,9	12,8
Zugänge an Arbeitslosen ³	184	234	210	211	233	210
Abgänge an Arbeitslosen ³	240	229	212	243	229	221
Kurzarbeiter ³	10	8	7	-	-	-
Offene Stellen ³	115	110	112	113	112	112
Veränderungen gegen Vorzeitraum						
	2009			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Arbeitslose ³	- 33	+ 3	- 12	+ 5	+ 4	- 5
Kurzarbeiter ³	-	-	-	-	-	-
Offene Stellen ³	- 5	- 2	0	- 2	+ 1	0
Saisonbereinigte Zahlen ^{4,5}						
	2009					
	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Arbeitslose ³	1 122	1 128	1 118	1 121	1 112	1 097
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	13,2	13,2	13,2	13,2	13,1	12,9
Offene Stellen ³	111	109	112	110	111	109
Veränderungen gegen Vorzeitraum						
Arbeitslose ³	+ 12	+ 6	- 10	+ 3	- 9	- 15
Offene Stellen ³	- 4	- 2	+ 3	- 2	+ 1	- 2

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

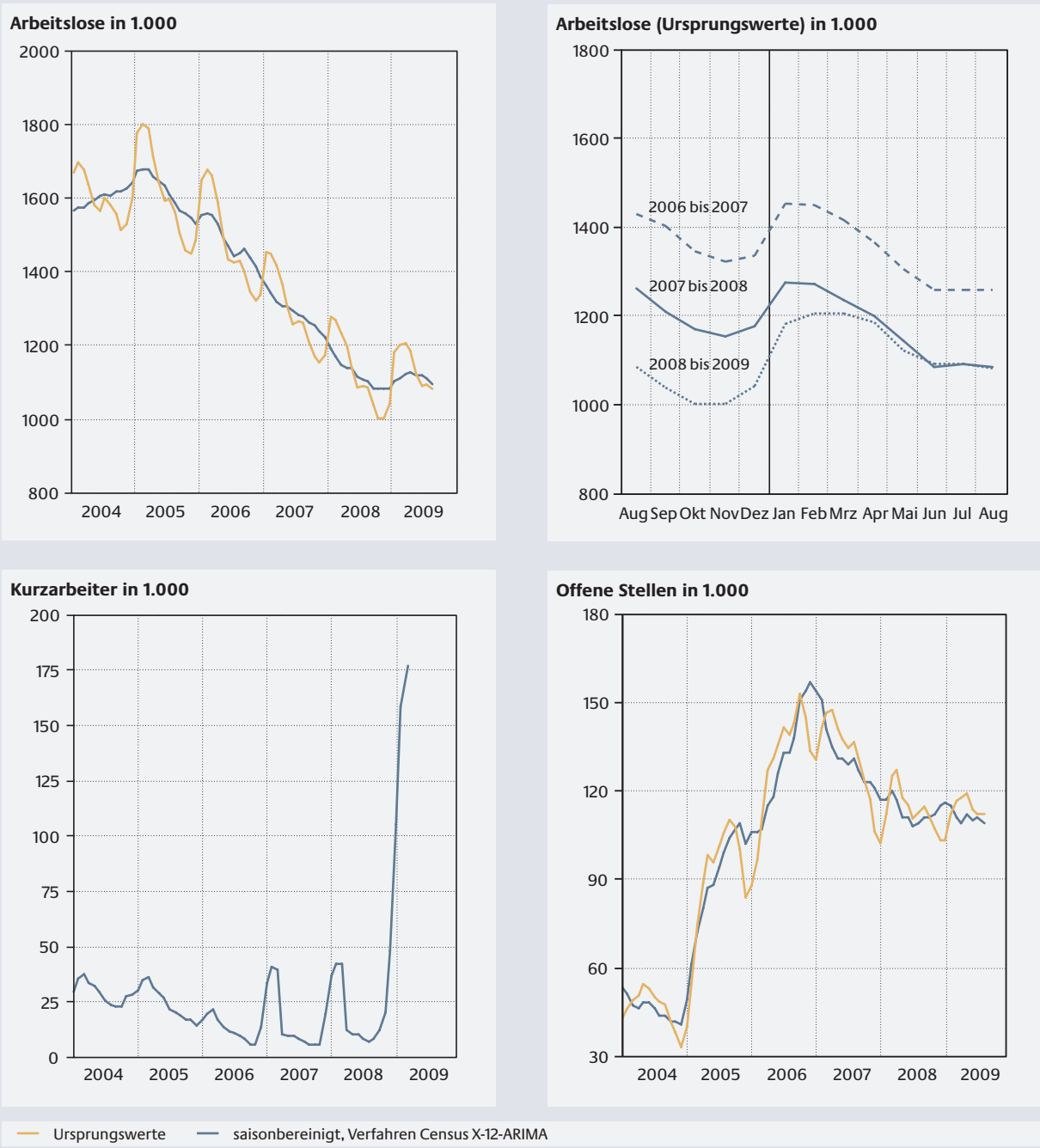
2 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

3 Nationale Abgrenzung;

4 Verfahren Census X-12-ARIMA;

5 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.6 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2009					
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Verbraucherpreise¹						
Insgesamt (Ursprungszahlen)	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,5	0,0
Waren	+ 0,6	- 1,1	+ 0,5	- 1,1	- 2,3	- 1,3
Verbrauchsgüter	+ 1,1	- 1,2	+ 0,4	- 2,2	- 3,9	- 2,3
darunter: Nahrungsmittel	+ 0,4	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 2,4	- 3,0
darunter: Saisonabhängige Nahrungsmittel ²	+ 2,5	- 5,8	- 5,6	- 3,2	- 8,3	- 9,2
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	- 0,7	- 1,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5
Langlebige Gebrauchsgüter	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1
Dienstleistungen	+ 0,2	+ 1,0	0,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3
darunter: Wohnungsmiete	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
nachrichtlich: Kerninflation ³	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Insgesamt (saisonbereinigt⁴)	+ 0,4	- 0,4	+ 0,5	-	-	-
Insgesamt ohne Energie (saisonbereinigt⁴)	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	-	-	-
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
HVPI ⁵	+ 0,4	- 0,1	+ 0,3	0,0	- 0,7	- 0,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁶						
Insgesamt	- 0,1	- 1,5	-	- 4,6	- 7,8	-
Vorleistungsgüterproduzenten	0,0	- 0,3	-	- 6,7	- 7,9	-
Investitionsgüterproduzenten	0,0	- 0,2	-	+ 1,0	+ 0,6	-
Konsumgüterproduzenten	+ 0,1	0,0	-	- 1,2	- 1,7	-
Gebrauchsgüterproduzenten	0,0	- 0,1	-	+ 1,6	+ 1,1	-
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	0,0	-	- 1,6	- 2,0	-
Energie	- 0,3	- 4,5	-	- 8,4	- 16,5	-
	2008	2009		2008	2009	
	November⁸	Februar⁸	Mai⁸	November⁸	Februar⁸	Mai⁸
Baupreise⁷						
Wohngebäude	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,0
Straßenbau	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	+ 4,8	+ 4,0	+ 3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisindex 2005 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose);

2 Obst, Gemüse (einschl. Kartoffeln), Fische;

3 Insgesamt ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel;

4 Saisonbereinigungsverfahren Census X-II;

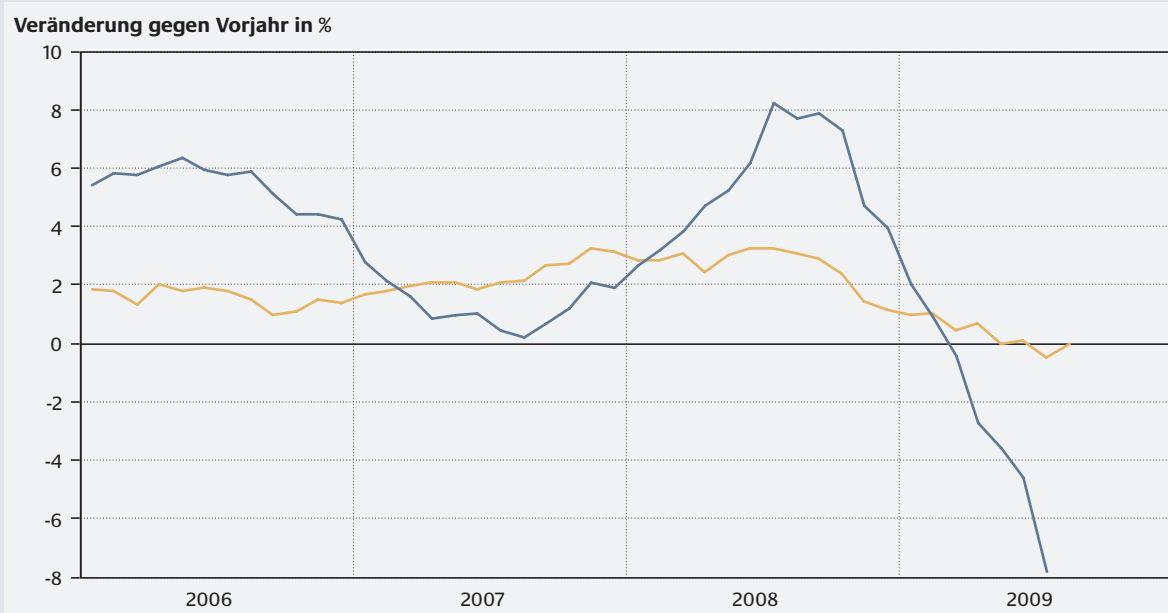
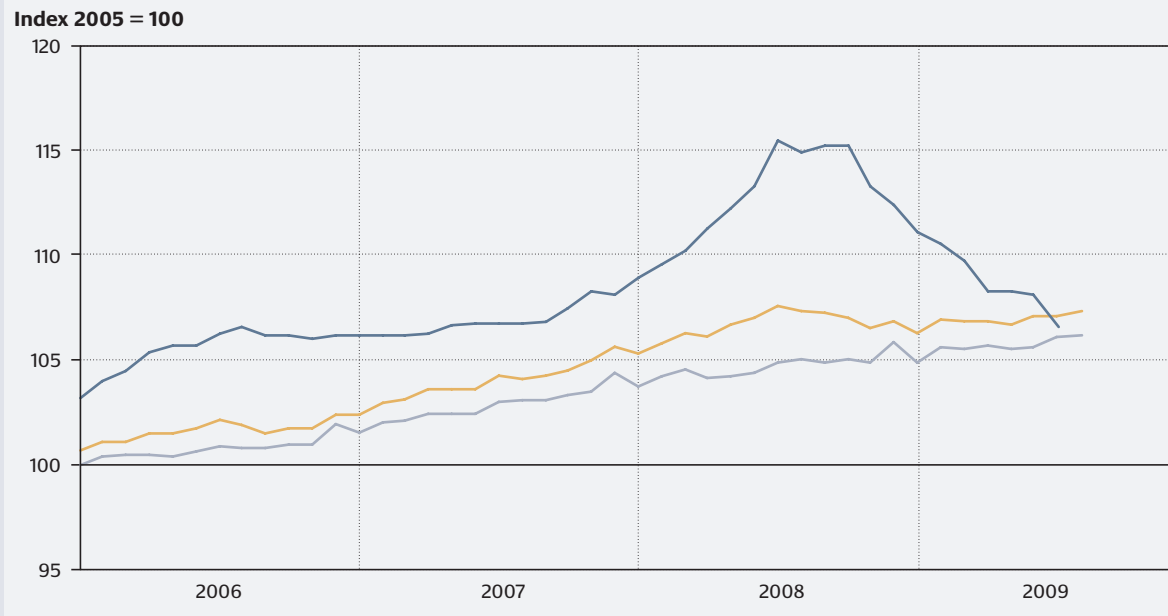
5 Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Ursprungszahlen, Basis 2005 = 100;

6 Ursprungszahlen, Preisindex 2005 = 100;

7 Dreimonatsvergleich, Ursprungszahlen, Preisindex 2005 = 100;

8 Endmonat des 3-Monatszeitraums;

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Kerninflation



— Verbraucherpreise
 — Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
— Kerninflation (Verbraucherpreise ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel)

6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2009					
	Juni	Juli	August	Juni	Juli	August
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹						
Insgesamt	+ 14,1	- 4,4	+ 9,1	- 44,4	- 47,7	- 35,0
Nahrungs- und Genussmittel	+ 2,3	- 7,8	+ 2,7	- 19,5	- 25,0	- 15,3
Industrie-Rohstoffe	+ 5,5	+ 3,7	+ 9,6	- 36,3	- 34,4	- 23,0
Energie-Rohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 18,1	- 5,9	+ 9,8	- 48,0	- 52,1	- 39,1
Außenhandelspreise²						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,4	- 0,9	-	- 11,3	- 12,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	- 2,2	- 1,6	-	- 7,3	- 7,5	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,7	- 0,8	-	- 11,7	- 13,0	-
Rohstoffe und Halbwaren	+ 4,0	- 3,0	-	- 33,5	- 36,6	-
Fertigwaren	- 0,2	- 0,2	-	- 1,2	- 1,7	-
Ausfuhrpreise insgesamt	+ 0,1	- 0,2	-	- 2,9	- 3,6	-
Terms of Trade	- 0,3	+ 0,7	-	+ 9,4	+ 10,3	-
Wechselkurs des Euro						
nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ³	+ 0,9	- 0,2	+ 0,1	- 1,6	- 2,1	0,0
realer effektiver Wechselkurs des Euro ³	+ 0,9	- 0,5	0,0	- 1,9	- 2,5	- 0,3
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁴	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	- 2,0	- 2,2	- 0,9
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁵	+ 0,5	- 0,1	0,0	- 0,9	- 1,0	+ 0,4
Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte						
	2009					
	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Wechselkurs 1 Euro / US-Dollar	1,3050	1,3190	1,3650	1,4016	1,4088	1,4268
Wechselkurs 1 Euro / Yen	127,65	130,25	131,85	135,39	133,09	135,31
Wechselkurs 1 Euro / Pfund Sterling	0,9197	0,8976	0,8844	0,8567	0,8609	0,8627

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 2000 = 100;

2 Index 2005 = 100;

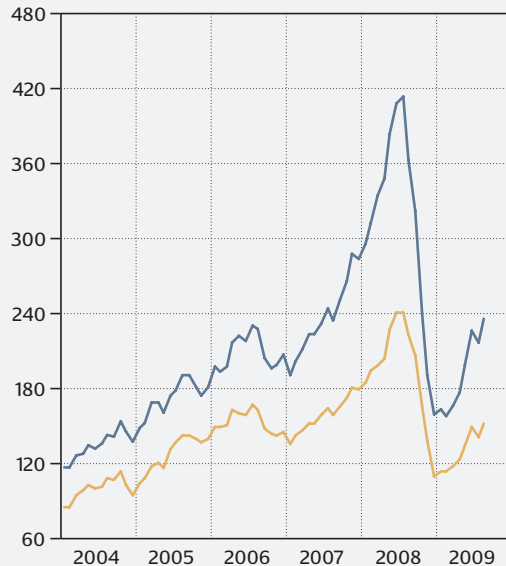
3 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-21-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

4 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (22 Industrieländer);

5 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (56 Industrieländer).

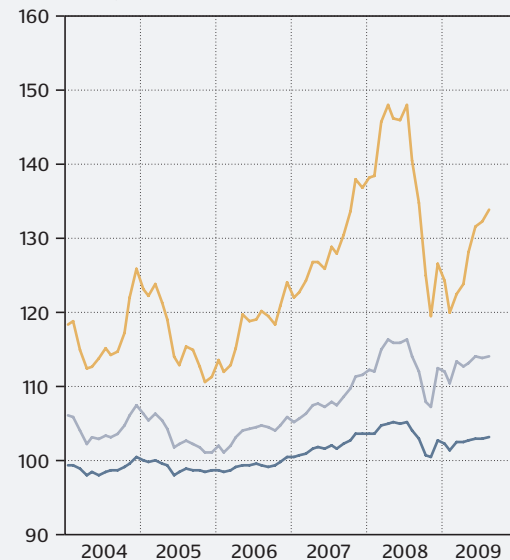
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

Index der Weltmarktrohstoffpreise (2000 = 100)



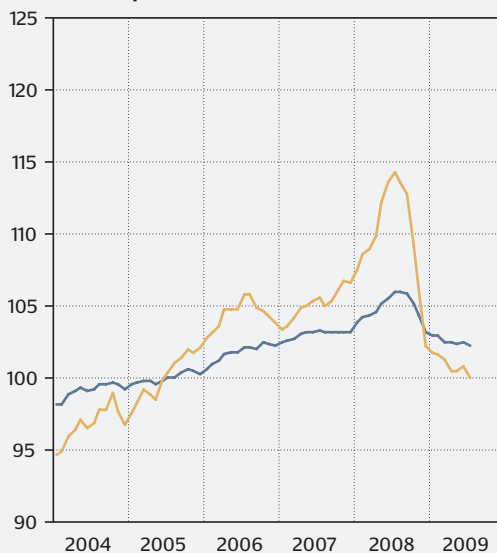
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis

Außenwert/Effektiver Wechselkurs des Euro



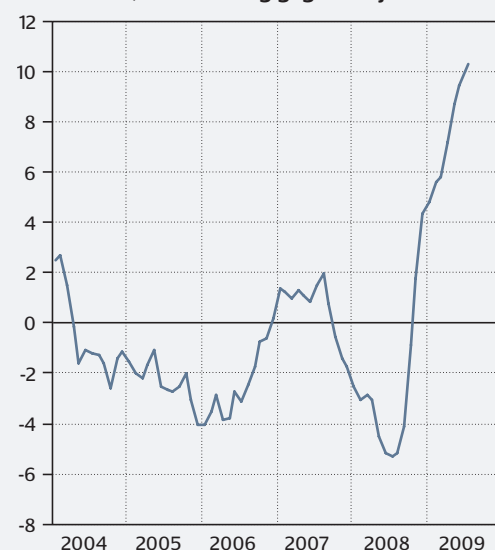
— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro¹; 1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit²

Außenhandelspreise, Index 2005 = 100



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise

Terms of Trade, Veränderung gegen Vorjahr in %



Quellen: HWWA-Institut, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-21-Gruppe; Durchschnitt der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (22 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

Ursprungszahlen in % p.a., Monatsdurchschnitte						
	2009					
	März	April	Mai	Juni	Juli	August
3-Monats EURIBOR	1,64	1,42	1,28	1,23	0,97	0,86
6-Monats EURIBOR	1,77	1,61	1,48	1,44	1,21	1,12
12-Monats EURIBOR	1,91	1,77	1,64	1,61	1,41	1,33
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	2,03	2,17	2,23	2,36	2,26	2,32
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	2,64	2,73	2,90	3,04	2,92	2,90
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	3,02	3,13	3,37	3,47	3,34	3,31
Veränderungen zum Vorjahr in %						
Wachstum der Geldmenge M1 ¹	+ 5,9	+ 8,3	+ 7,9	+ 9,4	+ 12,2	-
Wachstum der Geldmenge M2 ¹	+ 6,2	+ 5,9	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,7	-
Wachstum der Geldmenge M3 ¹	+ 5,1	+ 4,9	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,0	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ¹	+ 5,2	+ 4,6	+ 4,1	+ 3,4	-	-
Kredite an den privaten Sektor im Euroraum ¹	+ 4,6	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,9	+ 1,8	-
Kredite an den privaten Sektor in Deutschland ¹	+ 4,7	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,8	+ 3,5	-
darunter: Buchkredite im Euroraum	+ 3,2	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,6	-
Buchkredite in Deutschland	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,1	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland ²	+ 5,0	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,8	+ 1,0	-
darunter: Laufzeit bis 1 Jahr	+ 3,3	+ 0,1	- 1,0	- 5,5	- 9,2	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	+ 14,2	+ 15,8	+ 15,2	+ 14,7	+ 15,2	-
Laufzeit über 5 Jahre	+ 3,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,7	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ²	- 0,6	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,2	-
darunter: Wohnungsbaukredite	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,7	-
Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte						
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ³	3969,15	4519,14	4886,36	4930,82	4949,61	5395,20
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁴	1993,93	2257,10	2429,25	2449,03	2462,10	2702,65
Standard & Poor's 500 ⁴	757,13	848,53	901,67	926,11	934,11	1009,72
Nikkei 225 ⁴	7772,82	8755,49	9257,71	9810,30	9678,25	10430,35

Quellen: Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

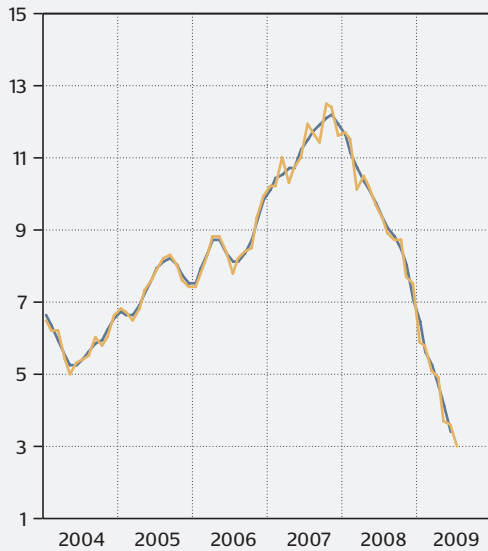
2 Ursprungszahlen;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

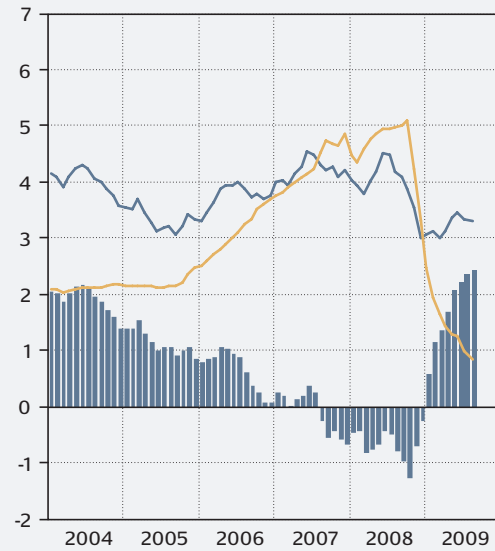
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur

Wachstum der Geldmenge M3 in der EWU



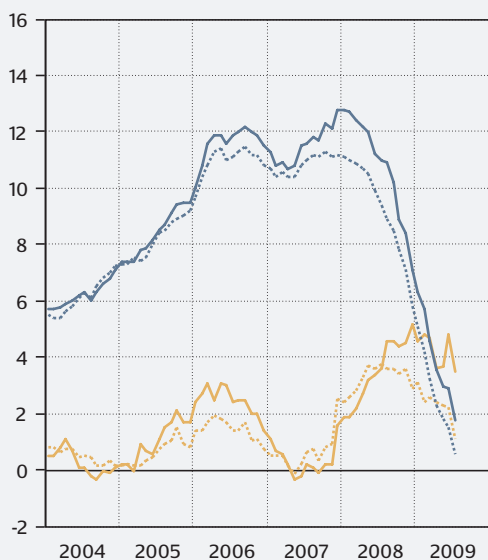
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt

Umlaufrendite, EURIBOR, in % p.a.



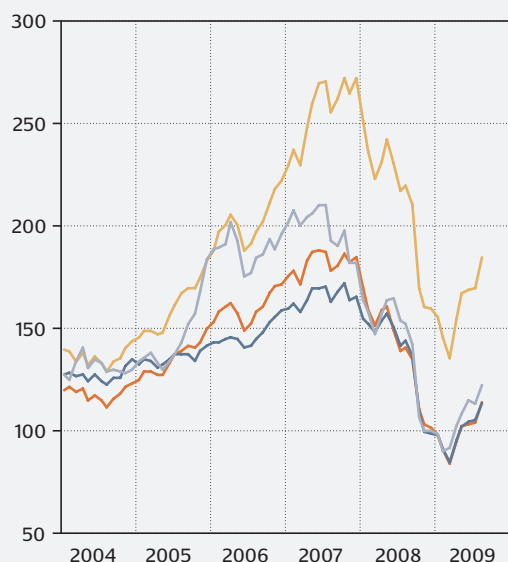
— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR

Kredite an Nichtbanken



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU

Aktienindizes



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones EURO Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelauteten Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzeltatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftrags-eingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarrischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u.ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitsfähig bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d.h. nicht preisbereinigter) und realer (d.h. preisbereinigter) Form zu Grunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo-Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Evelin Friedrich
(Demografischer Wandel – Herausforderung für das Handwerk)

Dr. Anna Robert
(Wissensintensive Dienstleistungen – ein bedeutender Innovationsmotor in Deutschland)

Bernd-Wolfgang Weismann
(Ein Jahr Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft – Ergebnisse und Perspektiven)

Katja Schmidt, Joachim Kaiser und Mathias Kesting
(Wirtschaftliche Lage)

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Veröffentlichungskalender 2009/2010

Ausgabe	Veröffentlichungszeitpunkt im Internet
November 2009	Do, 22. Oktober 2009
Dezember 2009	Mo, 23. November 2009
Januar 2010	Mi, 23. Dezember 2009
Februar 2010	Fr, 22. Januar 2010
März 2010	Di, 23. Februar 2010
April 2010	Di, 23. März 2010

Verzeichnis der Fachartikel zum Monatsbericht von Juli 2007 bis September 2009

Ausgabe	Fachartikel	Seite
Juli 2007	Wirtschafts- und finanzpolitische Mittelfriststrategie „Goldener Schnitt 2012“	7
	Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Mehr Wettbewerbsfähigkeit für Europa!.....	12
	Handelspolitische Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	19
	Wie kräftig kann Deutschlands Wirtschaft dauerhaft wachsen? – Untersuchungen zum Potenzialwachstum	25
	Wachstum und Verantwortung – Der G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 6.–8. Juni 2007 in Heiligendamm.....	32
August 2007	Rohstoffpolitik	7
	Ergebnisse des dritten Energiegipfels	14
	Russland und seine Nachbarregionen in Osteuropa, Zentralasien und im Kaukasus – mehr als Energie und Rohstoffe	19
	Der Bericht der Bundesregierung zur Modernisierungsstrategie für die deutsche Wasserwirtschaft	28
September 2007	Exportinitiative Energieeffizienz – Wettbewerbsvorteile im Ausland nutzen	7
	Investitionsgarantien des Bundes – erfolgreiche Unterstützung deutscher Unternehmen im Ausland	12
	Die Verwertungsoffensive – ein wichtiger Baustein der Innovationspolitik	16
	Benchmark „Internationale Telekommunikationsmärkte“ – ein Marktvergleich	21
Oktober 2007	Gesamtwirtschaftliche Einordnung der US-Hypothekenkrise	7
	Wirtschaftspolitische Aspekte der Föderalismusreform	15
	Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer	25
	EU-Strukturpolitik	26
	Justitia in Europa: Welche Rolle spielt der Europäische Gerichtshof für Bürger, Unternehmen, Staat?	33
November/Dezember 2007	Moderne Instrumente der Mittelstandsfinanzierung.....	7
	Zeiten für Gründer – Die GmbH-Reform	11
	Zukunftsweisende Berufsbilder und Qualifikationen	15
	Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Qualifizierung und Zuwanderung	19
Januar 2008	Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung.....	7
	Zehn Leitlinien für eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik.....	13
	Industriepolitik – in Deutschland und Europa	19
	Wettbewerb im Energiebereich	24
	Wachstum und Demografie – Wie kann Deutschland den demografischen Wandel erfolgreich bewältigen?	30
Februar 2008	Luftfahrtforschung am Standort Deutschland.....	7
	Für die Erde ins All – Satelliten für Erdbeobachtung und Kommunikation in Deutschland	11
	Die Technologieförderung des BMWi für den Mittelstand – von Ideen über Kooperationen zu Innovationen	18
	Von Potsdam nach Hannover – Bilanz und Ausblick des Zweiten Nationalen IT-Gipfels	24
	Wirtschaftspolitische Aspekte des Vertrags von Lissabon	25

Ausgabe	Fachartikel	Seite
März 2008	Investitionsfreiheit und Prüfung ausländischer Investitionen – kein Widerspruch!	7
	Produkt- und Markenpiraterie – Handelspolitische Aspekte und internationale Zusammenarbeit	11
	Exportkontrolle – Sicherheitspolitische Beschränkungen des Außenhandels	18
	Sicherung der Erdgasversorgung in Deutschland.....	24
	Jahreswirtschaftsbericht 2008: Kurs halten!	30
	April 2008	Zum Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) für eine Neufassung der Kreditaufnahmeregel im Grundgesetz
	Klimaschutz als wirtschaftspolitische Herausforderung	14
	Chancen für mehr Beschäftigung: Bürgerarbeit im BMWi-Modell für eine existenzsichernde Beschäftigung	30
	Maritime Wirtschaft – eine Zukunftsbranche	35
Mai 2008	Die „Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ der EU – Wie strukturelle Reformen in Europa koordiniert werden	7
	Ergebnisse des Frühjahrsgipfels 2008	14
	Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland – verlässlicher Schutz vor Risiken bei Exportgeschäften	19
	Handelspolitische Schutzinstrumente – Jüngste Entwicklungen in Brüssel und Genf.....	25
	OECD-Deutschlandexamen 2008	30
	Juni 2008	Politik für das Handwerk
	Reform der Erbschaftsteuer 2008 – aktueller Stand der Diskussion.....	13
	Bürokratie abbauen – Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessern	21
	Öffentliche Auftragsvergabe wird effizienter – Bürokratie wird abgebaut	26
Juli 2008	Haushaltsausgleich im Gesamtstaat	8
	Heute investieren in die Märkte von morgen – Wagniskapital für junge innovative Unternehmen	11
	Europäische Automobilpolitik vor neuen Herausforderungen	18
	Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft	24
August 2008	Arbeitsmarkt am Scheideweg: Sieben Thesen für eine Fortsetzung der beschäftigungspolitischen Reformen	8
	Einkommensentwicklung und -verteilung in Deutschland	12
	Erste Erfahrungen mit der Postmarktliberalisierung	16
	Verbesserte Bedingungen für die Gründung des eigenen Unternehmens	20
September 2008	Von der Gesundheitsversorgung zur Gesundheitswirtschaft – ein Paradigmenwechsel	8
	Markt für Arzneimittel vor einschneidenden Veränderungen?	12
	Kartell- und Wettbewerbsrecht in der Gesundheitswirtschaft	16
Oktober 2008	Zur Anatomie des Aufschwungs	8
	Drohende Stromlücke lässt sich verhindern	15
	Die französische EU-Ratspräsidentschaft aus wirtschaftspolitischer Sicht	21
	Öl-, Gas- und Kohlepreisentwicklung.....	27
	Die neue EU-Verordnung zu Zollpräferenzen (APS) – Kontinuität und behutsame Modernisierung	34

Ausgabe	Fachartikel	Seite
November 2008	Raumfahrtrobotik – der verlängerte Arm ins Weltall.....	8
	Schnelles Internet für jedermann	15
	Digitale Medien	19
Dezember 2008	Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken	8
	Deutschland, USA, Kanada: Abbau von „barriers behind borders“ im transatlantischen Markt	19
	Bessere Bildung durch mehr Effizienz und Wettbewerb bei Schulen und Hochschulen – Ein Beitrag gegen den Fachkräftemangel	23
	Die neue EU-Berufsanerkennungsrichtlinie – mehr Transparenz oder neue Hürden? ..	27
Januar 2009	Deutschland ist fest in die Weltwirtschaft eingebunden	7
	Mehr Jobs, weniger Sicherheit? – Aktuelle Entwicklungen der atypischen Beschäftigung	10
	Die digitale Zukunft Deutschlands gestalten	15
	Mediation in der Wirtschaft – ein neues Berufsbild?.....	21
Februar 2009	Entschlossen in der Krise, stark für den nächsten Aufschwung	8
	Warum sollte der Ausstieg aus der Kernenergie überdacht werden? – Pro und Contra Kernkraft	19
	Energiesparen und Energieeffizienz im Gebäudebereich	31
März 2009	Jahreswirtschaftsbericht 2009: Konjunkturgerechte Wachstumspolitik	8
	Kredit- und Bürgschaftsprogramme der Bundesregierung setzen Impulse für die Kreditversorgung der Wirtschaft	13
	Brief des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie an Bundesminister Michael Glos vom 23. Januar 2009	19
	Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Wettbewerbsrecht.....	32
	Aktuelle Gründungstrends und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	39
	Alternde Belegschaften im Mittelstand – Herausforderung erkannt heißt noch nicht gebannt	46
April 2009	Europäisches Beihilferecht – Reaktionen auf die Krise	8
	Internationaler Dienstleistungshandel – Handelshemmnisse und Potenzial für Deutschland	13
	Die Deutschen Auslandshandelskammern – Wegbereiter zum erfolgreichen Auslandsgeschäft	18
Mai 2009	China investiert in Deutschland	8
	Europa auf dem Weg aus der Krise – der Beitrag der Gemeinschaft.....	14
	Innovativ durch die Krise	18
	Das Gebäude der Zukunft verbraucht keine Energie – Forschung für energieoptimiertes Bauen	23
Juni 2009	Die Weltwirtschaftskrise von 1929: Nicht vergleichbar mit der aktuellen Rezession	8
	Realismus und Zuversicht – Frühjahrsprojektion 2009 der Bundesregierung	16
	Qualifikationssicherung im Mittelstand	23

Ausgabe	Fachartikel	Seite
Juli 2009	Die wirtschaftliche Lage der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland.....	8
	Stabil durch die Krise – die Gesundheitswirtschaft	13
	Berufsbildung nach Maß: nachhaltig, marktgängig, durchlässig.....	17
August 2009	Die Krise abfedern – Zwischenbilanz zur Konjunktur- und Wachstumspolitik der Bundesregierung	9
	„Wirtschaftsfonds Deutschland“ – Perspektiven in der Krise sichern	16
	Schnelles und mobiles Internet für jedermann – durch die „Digitale Dividende“	22
	Sektorinitiativen zur Verbesserung der industriellen Standortbedingungen in Europa	25
September 2009	Energierohstoffe 2009 – Zuwachs bei Reserven und Ressourcen	8
	Strukturwandel in ländlichen Räumen	14

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.